Mo+Do, 17°°-22°° Uhr
040-3902875

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

DEZEMBER '80 DM 2.-

★ NR 40 ★
REMITTENDEN-ECKE, bitte zurück!

ENDLICH NEUE PARKPLATZE AN DER UNI?

STEINE, FLASCHEN,

BLUMENTÖPFE UND

ANDERE WURFGESCHOSSE

hinter DER SCHEIBE

ABLEGEN

IN DIESEM SINNE EINEN

GUTEN RUTSCH

Zurück Nach Hamburg noch Zurück ?

Noch stehen in Europa alte Häuser leer.
Manche werden besetzt, andere weggeräumt.
Es gibt auch noch alte Häuser, die bewohnt sind.
Ein solches Wunder gibt es in Hamburg.
Das Schröderstift steht mitten in der Harfenstadt –
umgeben von Monumenten des Betonzeitalters
(Fernsehturm – Geomatikum).
Nur einem Zufall, nämlich dem leeren Portemoneys der Stadt verdanken es 120 Menschen, hauptsächlich Studenten, seit zehn Jahren anders zu leben, als es die Kaninchenställe der Wohnungsgesellschaften SAGA oder Neue Heimat vorsieht.
Im Schröderstift gibt es eine Wiese, Bäume und Vogelgezwitscher
– viele Katzen und Kinder
– und ein freudiges Miteinander der Bewohner.
'Alternatives' Leben!
Dies hat nun ein brutales Ende –
von heute auf morgen sollen die Schröderstiftler auf die Straße gesetzt werden –
sofortige Räumung droht jeden Tag –
der Schröderstift soll Parkplatz werden.
Wir brauchen Eure Hilfe und Solidarität –
wie in Amsterdam, Zürich, Freiburg.

Genaueres auf Seite 10 :
Entstehung und Geschichte des Schröderstifts / 120 Studenten sollen auf die Straße gesetzt werden / Wer keine Probleme hat, der schafft sich welche / Ein Wohnmodell wird zerstört / "Nur" Wohnraumvernichtung? / Solidaritätsfest für den Erhalt des Schröderstifts "Tanz auf dem Vulkan"

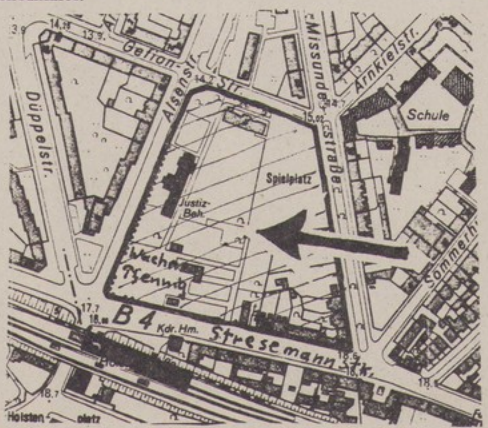
Zum VIERJÄHRIGEN JUBILÄUM (wer glaubt das schon?)
geben wir einen neuen LEITSPRUCH aus:
VORGEZOGENE RENTE FÜR ALLE
REDAKTÖRINNEN und REDAKTÖRE(?)
DER GROSSEN FREIHEIT

STATTNACHRICHTEN

" Es ist zukünftigen Mietern nicht zuzumuten, hier zu wohnen"

(Herr Strunge, Vors. des Stadtplanungsausschusses Altona, SPD)

Am Montag, den 3.11.80 waren wir bei der Öffentlichen Anhörung. Dabei ging es um den Bau der Polizeidirektion West und den Neubau des Kreiswehrersatzamtes. Diese Gebäude sollen auf das Gelände gebaut werden, wo heute noch Wucherpfennig und ein großer Spielplatz sind, gegenüber vom Holstenbahnhof.



Was wollen sie uns unterjubeln?

Erstmal die Polizeidirektion West von der Max-Brauer-Allee, die Wache Lappenbergsallee, die Fahrbereitschaft Haubachstraße und das Kreiswehrersatzamt, jetzt Sophienterasse.

Der Spielplatz kommt weg ebenso die Übergangsvollzugsanstalt (wird gerade renoviert!), einige Wohnhäuser und Gewerbebetriebe. Das hört sich ja noch ganz harmlos an, aber nach einigen Zwischenfragen von uns wurde klar, was die Behörde hier wirklich vorhat.

Auf diesem Gelände sollen 18.000 qm mit 7-8geschossigen Betonklötzen bebaut werden. Unerträglich wird der Lärm – 400 Beschäftigte (Beamte) und 150 Polizeifahrzeuge, vom Peterwagen bis zum Wasserwerfer, fahren ein und aus. – Lärmschutz der Behörde?

Der große Spielplatz kommt weg und soll durch den geplanten kleineren Spielplatz an der Oelkersallee ersetzt werden. Unmöglich ist der weite Weg, Kinder brauchen einen Spielplatz vor der Tür, nicht einen Kilometer weit weg.

Nach all dem sind die nächsten Schritte der "Sanierung" klar. Die Alsenstraße soll sowieso verbreitert werden, das wurde auf der Anhörung vom 21.5.80 zur Alsenstraße klar. Und nun sieht man auch, warum die Bezirksversammlung Altona beschlossen hat, daß die Bäume an der Stresemannstr. abgeholzt werden (auf dem Fußweg, am Bahndamm zwischen Alsenstr. und Kielerstr.): denn es muß ja eine Abbiegespur zusätzlich von der Stresemannstr. in die Alsenstr. gebaut werden – für die Einsatzfahrzeuge der Polizei und für Besucher.

Besucherparkplätze gibt es noch nicht, aber vielleicht kommen sie in unsere Wohnzimmer, oder das letzte Stückchen Grün muß denn dem Polizeiterror weichen.

Außerdem: Wenn insgesamt 600 Leute mehr am Holstenbahnhof arbeiten, dann wird ein Einkaufszentrum Holstenstr. für den Stadtteil noch interessanter. Von der Bundesbahn ist ja bereits beschlossen, daß die S-Bahn-Brücke abgerissen und um das doppelte verbreitert wird. Der Holstenplatz wird zentraler Verkehrsknotenpunkt – ideal für Polizeieinsatz und Überwachung.

Wohnen können wir dort nicht mehr. Und das wissen die Planer.

Wir fragen uns, was der Anhörungszirkus bringt. Können wir auf diesem Wege überhaupt irgendwas beeinflussen oder verändern ???

sto.

– Ausländerfeindlichkeit –

Diese Briefe bekam ein ausländischer Mieter:

"Trotz wiederholter Aufforderung, sich an die Hausordnung zu halten, die Hoftür zu verschließen, halten Sie es immer noch nicht für notwendig, sich an diese Verordnung zu halten. Sie sprechen immer nur von Ihren Rechten, Sie haben aber auch Pflichten, besonders als Gast in einem fremden Land. Gestern mußte ich 5mal hinter Ihnen abschließen, Ihre Kinder können von mir aus die ganze Nacht auf der Straße spielen, aber wenn Sie sie nach 21 Uhr heraufholen, dann gehört es sich, die Tür abzuschließen. Wenn Sie, wie Sie behaupten, nur für wenige Minuten das Haus verlassen, dann machen Sie in Zukunft einen Zettel an die Tür "komme gleich wieder". Das Verschließen der Türen hat nichts mit Ängstlichkeit zu tun, es dient der Sicherheit aller Mieter. Was seit Jahrzehnten im Hause üblich war, können Sie als Ausländer nicht einfach umstoßen.

Ich möchte Sie außerdem auffordern, Ihre unflätigen Beschimpfungen Frau St. gegenüber zu unterlassen.

Dieses Schreiben habe ich zur Einsichtnahme der SAGA Herrn D. vorgelegt. Sie können sich an Herrn D. oder an mich persönlich wenden. Im übrigen wissen Sie ja ganz genau, daß Sie die Wohnung nicht unter ganz richtigen Voraussetzungen erhalten haben, Sie gaben nur ein Kind an, obgleich Sie mit 2 Kindern einzogen!!!"

und:

"Unterzeichnete fordern Sie hiermit auf, zur Vermeidung gerichtlicher Schritte, Ihrer Tochter, 6 Jahre alt, Deutschen gegenüber pöbelhafte Bemerkungen wie "Alte Hexe, halt's Maul" usw. zu untersagen, dieser Ton war und ist in unserem Hause nicht üblich. Frau E., Familie P., Frau St. verbitten sich, vergammelte Tomaten, angeknabberte Äpfel auf die jeweiligen Balkons zu werfen."

– Halt's Maul alte Hexe! –

Offener Brief
an interessierte Bürger und die zuständigen Behörden

Honigfabrik, 5.11.80

In den Jahren seit den letzten Bürgerschaftswahlen hat die Bevölkerung erfahren, daß in Hamburg goldene Zeiten für Stadtteilkultur angebrochen sind. Im Sinne von mehr Bürgerbeteiligung sollten insbesondere selbstverwaltete Zentren und Initiativen gefördert werden. Leider sehen wir uns gezwungen, Ihnen in Form eines Offenen Briefes die wirkliche Entwicklung am Beispiel der Honigfabrik Wilhelmsburg aufzuzeigen. Derartige Schreiben an die Behörden und Politiker blieben bislang praktisch ohne Wirkung.

Nach dem Beginn der finanziellen Förderung durch die Kulturbehörde und den Ankauf des Fabrikgebäudes ist es uns unter großen Schwierigkeiten gelungen, Kultur- und Freizeitangebote in Wilhelmsburg aufzubauen. So wurden sämtliche bisher genutzten Räume in zigtausend freiwilligen Arbeitsstunden von Vereinsmitgliedern hergerichtet. Im letzten Jahr haben die Aktivitäten des Vereins insgesamt erheblich zugenommen. Dieser Aufschwung ist eine erfreuliche Bestätigung unseres Vereinszieles, die Schaffung von selbstorganisierten Freizeitgruppen und die Förderung von musischen und kreativen Fähigkeiten.

Unsere Erfahrungen in der letzten Zeit lassen uns befürchten, daß unsere gesamte Arbeit durch die verantwortlichen Politiker und Behördenvertreter langsam aber sicher durch unzumutbare Behinderungen und die Verschleppung des Ausbaus der Honigfabrik kaputt gemacht werden. Dies können wir durch den Vergleich unserer Entwicklung zu der des "Bürgerhauses" Wilhelmsburg (zu dem wir bisher geschwiegen haben) verdeutlichen:

Vor knapp einem Jahr wurde vom Senat beschlossen, daß für den Ankauf und Ausbau der Honigfabrik sowie für den Neubau eines Bürgerhauses Mittel bereit gestellt werden. Eine Untersuchung der Harburger Baubehörde im August 1979 ergab, daß das Fabrikgebäude in seiner Bausubstanz gut erhalten ist. Merkwürdigerweise hat die Baubehörde Hamburg erst vor kurzem die eingereichten Untersuchungsergebnisse als nicht ausreichend bezeichnet und eine erneute Prüfung angeordnet. Plötzlich erklärte man dort, die Baukosten der ersten Ausbaustufe seien nicht losgelöst von den zu erwartenden Kosten des 2. Bauabschnitts (Große Veranstaltungshallen) zu sehen. Dies widerspricht dem ursprünglichen Beschluß, den 1. Ausbau noch in diesem Jahr abstimmen und beginnen zu lassen. Nun ist auch dieser Termin verstrichen und wir sollen auf die Entscheidung im Senat und den Ausbau im nächsten Jahr warten!!

WIE LIEF ES BEIM BÜRGERHAUS ?

Vor einigen Wochen wurden vom Senat dem "Bürgerhaus" 14 Millionen DM für den Bau zugesprochen. Das Bürgerhaus ist ein im wesentlichen von Kommunalpolitikern und ortsansässigen Unternehmen initiiertes Projekt. Während wir für die Honigfabrik seit über zwei Jahren einen Trägerverein und seit ca. 1 1/2 Jahren ein inhaltliches Konzept sowie einen Raumnutzungsplan haben, konnte für das "Bürgerhaus" das Konzept erst im Jan. 80 und ein Raumnutzungsplan im Okt. 80 vorgelegt werden. Die Frage der Trägerschaft wurde bisher noch gar nicht geklärt. Es ist ein Unding, über ein Projekt in dieser Größenordnung unter diesen Bedingungen zu entscheiden.

Wir fragen uns, wie es in unserem Fall möglich ist, daß bis heute keine Entscheidung über den weiteren Ausbau der Honigfabrik getroffen wurde. Mehrmals angekündigte Entscheidungen in Bürgerschaft und Senat wurden immer wieder verschoben. Dies setzt sich fort im Vorgehen der Baubehörde Hamburg. Gerade diese Behörde, die sonst bei anderen Anlässen sehr schnell handelt (siehe oben), hat es bis heute nicht geschafft, die eingereichten Baupläne zu überprüfen und ihren Bericht mit der Drucksache der Kulturbehörde dem Senat vorzulegen! Während man uns kategorisch den zweiten Stock verweigert, wird das Projekt "Bürgerhaus" von der Finanz- und Baubehörde mit nicht geplanten weiteren 800 qm beschenkt.

Wir empfinden diese geschilderten Tatsachen als einen kulturpolitischen Skandal.

Neben der Verschleppung des Ausbaues würde eine Schließung des zweiten Stockes unsere Arbeit in unzumutbarer Weise erschweren. Gerade der 2. Stock ist dringend notwendig für den organisatorischen Ablauf der gesamten Arbeit im Haus, da hier das Büro und etliche Abstellräume liegen. Im 1. Stock ist dafür kein Platz vorhanden, schon gar nicht während eines hoffentlich bald stattfindenden Umbaus.

Wir fragen die verantwortlichen Politiker und Behördenvertreter, wie sie diese Politik mit ihren in der Öffentlichkeit gemachten Aussagen zur verstärkten Förderung der Stadtteilkultur vereinbaren können?

Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, das Projekt Honigfabrik jetzt vorrangig zu behandeln und die bereitliegenden 2 Millionen DM für die erste Ausbaustufe durch einen positiven Entscheid freizugeben. Als eine dringende Notwendigkeit sehen wir die Einbeziehung des zweiten Stockwerkes in den ersten Bauabschnitt.

Honigfabrik
Industriestraße 125-131
2102 Hamburg 93

Verein Stadtteilarchiv Ottensen – Sammelstelle für Geschichte und Geschichten

Der Verein Stadtteilarchiv Ottensen hat sich zur Aufgabe gesetzt, Dokumente und Zeugnisse der Geschichte und Gegenwart Ottensens zu sammeln, zu erschließen, zu veranschaulichen und seinen Bewohnern sowie anderen Interessierten zugänglich zu machen.

Ausgehend von den heutigen Verhältnissen und den Erfahrungen der Bewohner mit ihrer Umwelt will dieses Bürgerarchiv das Interesse an der Alltagskultur früher und heute sowie an historischen Entwicklungen der unmittelbaren Umgebung und der Stadtentwicklung insgesamt wecken.

Das Archiv wird seine Arbeit unmittelbar mit und für die Bewohner des Stadtteils leisten. Als Sammelstelle für Stadtteilgeschichte und Stadtteilkultur bietet das Archiv Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart des Stadtteils und darüber hinaus zur aktiven Beteiligung an Aufbau und Erweiterung des Archivs: die Bewohner teilen ihre Erfahrungen über den Stadtteil mit und stellen sie als ein Stück gelebter Geschichte dem Archiv zur Verfügung. Das kann in unterschiedlicher Form geschehen: z.B. mündliche oder schriftliche Berichte und Aufzeichnungen, Fotos, Tonbandaufnahmen, Zeitungsausschnitte, Tagebücher und andere Dokumente privater und öffentlicher Art.

Das Archiv sieht es als seine Aufgabe an, diese Dokumente zu erfassen und den Bewohnern verfügbar zu machen. Von dem Material wird das Archiv möglichst Kopien anfertigen – ein Verfahren, das den Umgang mit solchen Dokumenten für alle Beteiligten erleichtert und zugleich, wenn gewünscht, die Rückgabe des Originalmaterials ermöglicht. Der Verein wird das Altonaer Museum bei der Vorbereitung der Stadtteilausstellung aktiv unterstützen.

Neben kulturellen Veranstaltungen wie Ausstellungen, Filmabenden etc. bietet der Verein vielfältige Programme in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, Museen, verschiednen Gruppen und Initiativen.

Mit dieser Form einer offenen und für alle benutzbaren Einrichtung versuchen wir, Bewohner bei der Darstellung der Geschichte ihres Stadtteils zu beteiligen. Das Archiv sollte der Ort für ein 'Stadtgespräch' werden und Gelegenheiten für Erfahrungs- und Informationsaustausch über Ottensen bieten.

.... und wie können Sie sich beteiligen?

Wir brauchen Berichte und Erzählungen von früher und heute.

Wir suchen Fotos, alte und neue Ansichten von Ottensen, Fotoalben, Tagebücher, Zeitungsausschnitte, Schulzeugnisse, Lohnabrechnungen, Haushaltsbücher, Miet- und Arbeitsverträge. Gebrauchsgegenstände aus Arbeit, Küche, Keller, Dachboden.

.... wollen Sie bei uns mitmachen? Sie können z.B. auch Mitglied werden!

.... wo sind wir zu erreichen?

Am Born 6 / Ecke Bergiusstr. (Nähe Nöltingstr.) im 2. Stock. Wir sind dort jeden Donnerstag von 16 - 19 h zu erreichen.

Sicher haben Sie schon unseren Bauwagen in Ottensen gesehen. Mit diesem 'mobilen Archiv' - Ausstellungswagen wollen wir auf Festen, Veranstaltungen und Aktionen im Stadtteil mitmachen.

Bisher haben wir leider noch kein Telefon. Sie können uns aber unter folgenden Nummern erreichen:

Elisabeth Dücker	380 75 15 / 14
Heinz Huchtmann	850 62 44
Ulf v. Kieseritzky	390 23 85
Cecilia v. Studnitz	48 90 56

Übrigens: wir freuen uns auch über Spenden: Konto 30/15005 Altonaer Volksbank (Kieseritzky/Dücker), BLZ 206 900 05

Betr.` Entwurf für Zulassungsbeschränkung der Berufsfachschule für Kinderpflegerinnen

An der Kinderpflegeschule ist vor einigen Monaten vom Schulleiter Herrn Schriever ein Entwurf veröffentlicht worden, der u.a. folgenden Inhalt hat:

Drogenabhängige, Kriminelle und sozial wie intelektuell schwach differenzierte sollen durch ein Ausleseverfahren nicht mehr die Möglichkeit haben, die Schule zu besuchen.

Ein Teil dieses Ausleseverfahrens ist das von Herrn Schriever angestrebte Aufnahmegespräch. In diesem Gespräch (besser Verhör) will Herr Schriever klären, wer als sozial schwach, unreif, drogenabhängig, drogengefährdet und kriminell zu bewerten ist. Eine Prognose über das zukünftige Verhalten eines Bewerbers nach diesem Gespräch abzugeben, ist eine reine Willkür.

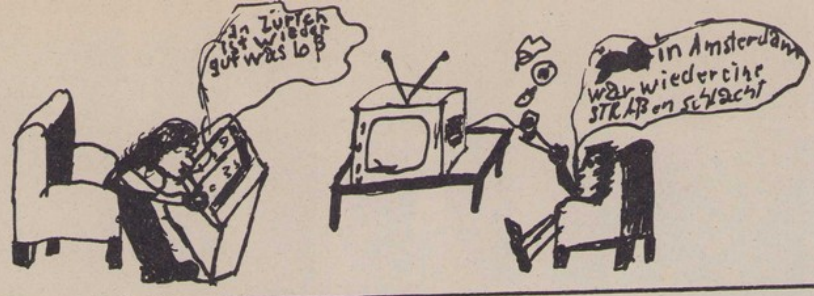
Von dieser Willkür kann jeder betroffen werden! Wir meinen, daß dieses Ausleseverfahren wieder Randgruppen stark diskriminiert und die schon abgestempelten Menschen bereits vor dem eigentlichen Schulbesuch nochmals abstempelt. Dieses sagt, daß die diskriminierten Bewerber/innen ihre Ausbildung nicht beginnen können und in dieser Gesellschaft auch nicht fußfassen.

Deshalb fordern wir:

- daß die Wiedereingliederung von Randgruppen nicht nur leere Worte bleiben, sondern daß Mann/Frau konkrete Unterstützung zur Wiedereingliederung erhalten.
- Freie Berufswahl und Weiterbildungsmöglichkeit für Jeden!!!
- In den Papierkorb mit diesem Entwurf – Her mit zwei Sozialpädagogen für die Betreuung der vielen Schüler!!!

gez.: Arbeitsgruppe gegen diesen Entwurf

Tel. 280 35 07



neues von der KNEIPENFRONT

und noch einmal (aber wirklich zum letzten Mal) etwas zum sog. 'Mader Kollektiv'

Eigentlich sollte unsere Kritik am Mader-'Kollektiv' und die darauf gefolgten Diskussionen mit den Mader Leuten längst Früchte getragen haben. Leider ist dies nicht der Fall, was deutlich macht, daß das Kollektiv sich nur scheinbar mit uns auseinandersetzte – wohl um sein Gesicht in der linken Szene zu wahren.

Wenn dann ein "Kollektiv"-Mitglied einem seiner Gäste verbunden mit einem jovialen Schulterklopfen vertraulich ins Ohr säuselt: "Wir sind doch Linke, also ehrlich, was hälst du denn von der Sache mit dem Loretta?", frage ich mich einmal mehr, was diese Leute unter politischem Bewußtsein verstehen.

Nicht nur, daß eine Kneipe wie das Loretta (in der sich seit der Diskussion mit dem 'Kollektiv' in der gf nichts geändert hat) absolut nicht dem links-alternativen Anspruch des 'Kollektivs' entspricht – denn es ist zwar nichts dagegen einzuwenden, daß auch ein 'Kollektiv' Leuten mit Kohle diese aus der Tasche zieht, aber doch bitte in einem angemessenen Rahmen (z.B. Lage und Anspruch der Kneipe).

Auch die Ansichten des 'Kollektivs' über die Rechte seiner Angestellten (Kellner, im Marder-Jargon auch Springer genannt) decken sich nicht mit seinen dick aufgetragenen politischen Ansprüchen. So wäre es ihm gelegen gekommen, hätten die Springer nur während hektischer Zeiten in den 'Kollektiv'-Kneipen gearbeitet, sich aber in den ruhigen Zeiten, z.B. Winter, einen anderen Job gesucht und wären dann wieder eingesprungen, sobald es streßig geworden wäre. Womit das 'Kollektiv' die Kosten für die Einarbeitung neuer Kräfte gespart hätte ohne die berechtigten sozialen Ansprüche seiner Angestellten zu berücksichtigen.

Auch wurden lange Zeit die Leute an ruhigen Tagen nach 3 Stunden Arbeit nach Haus geschickt, während sie sich an hektischen Tagen oft den 3fachen Streß reinziehen mußten, ohne einen Pfennig mehr zu verdienen. Wohingegen Mitglieder des 'Kollektivs' sich zu Zeiten, in denen in einer ihrer 3 Kneipen Streß angesagt ist (z.B. im Mader zu Semesterbeginn), schnell in eine ihrer beiden anderen Kneipen verziehen und den Streß ihren Springern überlassen.

Erst nach langwierigen Diskussionen konnten die Springer durchsetzen, daß ihnen auch in ruhigen Zeiten 3 volle Schichten pro Woche zustehen.

Es ist wohl auch interessant zu wissen, daß ich z.B. mit folgenden Begründungen vom Kollektiv entlassen wurde:

1. Widersetzung gegen die Anweisungen des Kollektivs
2. zu langsames arbeiten
3. das Zubereiten zu großer Tomatenbrote

Kommentar überflüssig.

In diesem System will ich es den 8 Leuten nicht ankreiden, daß sie kräftig versuchen, Kohle zu scheffeln. Aber daß sie sich als linkes Kollektiv bezeichnen, nur um ihre Kneipen für eine bestimmte Gruppe von Leuten attraktiv zu machen, geht einfach zu weit. Es ist wichtig, daß sich Kollektive zusammentun, um eine andere – bessere Form des Zusammenlebens und -arbeitens zu versuchen und – im günstigsten Fall – zu verwirklichen. Um allen Zweiflern zu zeigen, daß diese andere Form machbar ist, und um den unentschlossenen Mut zu machen. Leute wie das Mader-Kollektiv jedoch können unserer Zusammen- und Öffentlichkeitsarbeit nur schaden.

Also, Liebe Mader-Leute, ihr braucht eure Geschäftspraktiken nicht zu ändern. Aber es wäre wohl angebracht, daß ihr euch nicht länger als linkes Kollektiv bezeichnet.

Übrigens:
Die Mader Leute haben ihre Anzeige mit der Begründung aus der großen freiheit genommen, daß von den gf-Lesern sowieso keiner in eine 'Kollektiv'-Kneipe ginge, stimmt.

pm.

(Stimmt leider nicht . . .)

Wir trauern um den

† † † BOYKOTT † † †

Popper-Lock 'Vögel' oder` WARUM VERGNÜGEN SICH POPPER IN DEN PROLOVIERTELN

In jüngster Zeit werden das Karolinenviertel, Schanzenviertel, St. Pauli Nord (Thadenstr) und Ottensen immer häufiger von den Popperbonzen aus den Elbvororten, aber auch aus Schnösel- und Deppendorf heimgesucht. Sie finden es unheimlich schick, sich in sogenannten Alternativkneipen breitzumachen, da sie es nicht verstehen oder zu faul sind, in Totmarschen oder ihren anderen Domizilen selbst was zu machen. In diese Marktlücke haben die Maderkneipen, der 'Vogel' in Ottensen und ne Reihe anderer Läden voll reingehauen. Die "edel-Alternative" Atmosphäre, die hohen Preise (z.B. hat der Vogel vor kurzem schon wieder erhöht). . . Alles locker für die Popper.

Doch uns geht es nicht nur darum, den Poppers ihr Bier zu vermiesen. Denn die Invasion der Schnieki-Mickis aus Totmarschen und anderen Bonzvierteln ist nur die eine Seite des Problems. Zufällig läuft zur Zeit gerade ein Sanierungsprogramm, das diese Stadtteile für diese Kneipentouristen auch zum Einkaufen und gar Wohnen attraktiv machen soll. (In Ottensen wohnen leider schon welche). Solche Schuppen wie der 'Vogel' sind nur der erste Schritt.

Die Fußgängerzone "Ottenser Hauptstraße", seit kurzem sogar durch Tunnel verbunden mit der Altonaer Glas- und Betonwüste "Neue Große Bergstr." ist ein weiterer Schritt zur Veränderung des Stadtteils. Das Ziel der Sanierer ist die Vertreibung der jetzigen Bewohner (Türken, Freaks, Rentner, Arbeiters...).

Wie man mit Fußgängerzonen umgeht, haben uns vor kurzem die Leute in Hannover gezeigt (oder in Bremen im Ostertorviertel).

Es müßten sich, wie zum Teil auch schon geschehen, mehr Leute praktische Gedanken machen, wie man Sanierung und Schikimia-Entwicklungen, die die Stadtteile versnoben, konsequent entgegentreten kann. Vorschläge dazu wären eine "Umsonst-und-Drinnen"-Bewegung und Ton, Steine, Scherben.

VORWÄRTS! ★

besorgte Ottenser Bürger (BOB)

Die Konsumanten kamen – die Krawallanten gingen

Am 12.11. fand in der Uni eine Veranstaltung statt mit Leuten aus Amsterdam, Zürich und Berlin. Das war gut und nicht schlecht.

Wir finden es wichtig, daß Leute aus verschiedenen Städten und auch Ländern zusammenkommen, um Erfahrungen auszutauschen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede im alltäglichen Kampf (Hausbesetzungen, Jugendbewegung allgemein usw.). Auch wir erhofften uns von dieser Veranstaltung positive Auswirkungen auf die Hamburger 'Scene', Antrieb für schon laufende Sachen wie z.B. das Hausbesetzerplenum (inzwischen aufgelöst), das sich nach der Hausbesetzung in der Hospitalstraße zusammengefunden hatte.

Dann noch dieses Plakat (Foto aus einer Straßenschlacht in Amsterdam), das wohl den militanten Widerstand symbolisieren soll und etliche Leute angetörnt hat, auf die Veranstaltung überhaupt erst zu kommen. Wenn dann diese Veranstaltung am 25. Geburtstag der Bundeswehr in der Nähe des Kreiswehrersatzamtes stattfindet, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn einige Leute mehr im Kopf haben als eine reine Diskussionsveranstaltung. Außerdem war auf dem Flugblatt zur Veranstaltung angekündigt worden, daß es keine übliche Diskussion sein sollte (Kampf der Podiumsdiskussion!), sondern überall im Raum Mikros verteilt werden sollten, damit jeder die Möglichkeit hat zu sprechen.

Wie sah es jedoch in Wirklichkeit aus:

Das Audimax wurde uns verweigert, und die "Marxistische Gruppe' (Linke mit Brett vorm Kopp) tagte mit ihren 20 People im Pädagogischen Institut, auch ein großer Raum, der für unsere Veranstaltung geeignet gewesen wäre. Und keiner der "Krawallmacher" hielt es für nötig, einen der beiden leeren Räume zu besetzen, um die Veranstaltung so zu ermöglichen, wie sie geplant war. Alle quetschten sich in eine enge Vorhalle der Uni und gaben sich mit dem Frust zufrieden. Nur ein Viertel der Leute verstanden, was vorne (!keine Podiumsdiskussion?) geredet wurde.

ge Leute beschlossen, jetzt endlich auch die Praxis zu Wort kommen zu lassen, was bei dem müden Haufen aber keine Begeisterung hervorrufen konnte. Danach klirrten beim Audimax die Scheiben. Ein paar Leute hatten ihrem Frust Luft gemacht und der Uni die Raumverweigerung heimgezahlt. Aber: kaputte Scheiben ersetzen keine Besetzung, und die Veranstaltung konnte dadurch auch nicht mehr ermöglicht werden wie geplant.

Dann wurde der Vorschlag gemacht, zum nahegelegenen Kreiswehrersatzamt zu ziehen und der Bundeswehr unsere Glückwünsche zu überbringen. Ganze 80 Leute (hochgeschätzt) fanden sich dazu bereit, was aber auch daran lag, daß keiner wußte, was los war und die Sache total unvorbereitet war. Außerdem geisterte das Gerücht durch die Gegend, daß ein Haus besetzt werden sollte, wozu sich dann nochmal ein Häufchen 'Aufrechter' von der Veranstaltung entfernte.

Was dann in Pöseldorf los war, dürfte ja inzwischen bekannt sein: Das Kreiswehrersatzamt (auch Standortkommandantur) war mit Bullen abgeriegelt, dann flogen halt die Steine ins Truppendienstgericht. Eine Stunde später sind dann auf dem Uni-Gelände einige Leute von Zivis festgenommen worden, aber nach Personalienüberprüfung wieder freigelassen worden. Bei der Aktion selbst wurde niemand gekrallt. Aber auch hier müssen wir Selbstkritik üben. Das ganze war total unvorbe-

Uns drängt sich hier stark der Verdacht auf, daß viele Leute diese Veranstaltung als eine Konsumveranstaltung verstanden, Leute, die sonst nie auf Aktionen zu sehen sind. (Bei der Hausbesetzung waren 200, zur Wohnungseinschreibung im Rathaus 25, beim Möbelumzug vor der SAGA 15, wieso waren zu den Amsterdamer Kraakern in die Uni mehr Leute gekommen?)

Aber liegt es nur an den Besuchern?

Oder wollte nicht auch der KB und die anderen etablierten Politgruppen den frustrierten Hamburger Linken die "tapferen Kämpfer aus Amsterdam und Zürich" vorführen, damit sie für die nächsten paar Wochen wieder was zu träumen haben (mensch, in Zürich ist vielleicht was los, Alter!"). 1977 ist der KB bei den italienischen Autonomen, die er hier auch als Vorführobjekte benutzen wollte, aufn Arsch gefallen, diesmal hat sich die Veranstaltung selbst sabotiert.

Als dann immer mehr Leute lustlos den Raum verließen, haben einireitet. Der Vorwurf des 'blinden Aktionismus', der uns gemacht wurde, mag wohl etwas herbe sein, aber nicht ganz unberechtigt. Auch wir zeigten ein gewissen Konsumverhalten, indem wir unvorbereitet auf die Veranstaltung gingen, obwohl einige Leute was im Kopf hatten, daß was laufen könnte (zumal nach Hannover, wo unsere Kollegen die Sache gründlicher gemacht haben), und wir gedacht haben, daß irgendetwas schon in Gange kommen würde.

Wir haben jedenfalls in Zukunft die Schnauze voll von solchen Veranstaltungen und rufen alle Schlaffis auf, nicht immer nur nach Zürich und Amsterdam zu schielen, sondern hier in Hamburg den Widerstand aufzunehmen gegen den Staat und Zürich-Amsterdam-Verhältnisse zu schaffen.

BREMEN/HAMBURG/HANNOVER
DER STAAT WIRD IMMER DOOFER !

Krawallmacher Ottensen (K.O.)

„Amerika ist der große Satan!"

Khomeini

Die USA und die westliche Zivilisation sehen sich von islamischen Ländern herausgefordert. Khomeini droht mit dem „Heiligen Krieg". **Welche Kräfte werden hier freigesetzt? Warum steht der Westen dem Geschehen so hilflos gegenüber?** Konzelmann liefert den Schlüssel zum Verständnis einer weltweiten Auseinandersetzung, die wahrscheinlich den Rest dieses Jahrhunderts einschneidend bestimmen wird.

„Amerika ist der große Satan", diese Parole hat Khomeini geprägt – sie hat gezündet. **Die Vereinigten Staaten fühlen sich getroffen, doch gemeint ist der Westen, sind die Industriestaaten insgesamt.** Betroffen sind auch die Freunde des US-Imperialismus, die Könige der Ölstaaten. Sie stehen unter Anklage, der westlichen Industrie die Ölfelder auszuliefern. Ihnen wird vorgeworfen, mit überflüssigen westlichen Produkten auch verwerfliche Ideen und Ideologien in die islamische Welt zu holen **und damit den Kern ihrer Religion zu zerstören.**

Denn: der Islam ist keine passive Jenseits-Religion – er ist eine Herausforderung. Religion bereits im Hier und Jetzt zu realisieren. Der Westen ist herausgefordert. Aber seine Position ist schwach. Sie wird durch Unverständnis und Hilflosigkeit geprägt. **Daß Religion auch zur kämpferischen Kraft werden kann, das begreifen Amerikaner und Europäer nur schwer.** Religion ist für sie bestenfalls Privatsache geworden, nachdem sie an Stelle ihrer ursprünglichen christlichen Inhalte einen pseudoreligiösen Glauben an Wissenschaft, Fortschritt und Wohlstand gesetzt haben. Für den Moslem aber ist Religion untrennbar mit praktischer Politik und gesellschaftlichem Leben verknüpft geblieben.

Konzelmanns Buch versucht jene Kraft zu erklären, die hinter dem Islam, seiner Religion, seiner Geschichte steht. Er ist einer der besten Kenner des Islam.

384 Seiten, DM 36,–

Hoffmann und Campe

"Im Namen des Volkes"

Nr. 6

Hamburger Informationen über politische Verfolgung

Erklärung von Festgenommenen des 6. Mai, Bremen

Wir leben mit dem Krieg und im Krieg

Am 6. Mai fand in Bremen im Weserstadion eine öffentliche Rekrutenvereidigung statt.
Seit 25 Jahren ist die BRD in der Nato.
Seit 25 Jahren gibt es die Bundeswehr.
Solange wir denken können, herrscht Krieg in der Welt.
Krieg in Vietnam, Krieg in Iran, Krieg in El Salvador – aber auch Krieg gegen unsere Lebensinteressen, direkt vor unserer Haustür: Umweltverschmutzung, Energieverschwendung, Zerstörung von Wohnraum.

Wir leben mit dem Krieg und im Krieg.

Anfang des Jahres 1980 rückte angesichts der mißglückten Geiselbefreiung in Iran der dritte Weltkrieg, in dem es um die Sicherung "unserer" Rohstoffe und Absatzmärkte geht, immer näher. Unter dem Deckmantel der "Friedenssicherung" laufen die Vorbereitungen zum nächsten Weltkrieg auf Hochtouren. Wir wissen, was Nato und Bundeswehr unter "Friedenssicherung" verstehen: Die Nato ist ein Bündnis, das über die Rohstoffländer herfallen wird, sobald diese nicht mehr so spuren, wie die Industrieländer – vor allem USA und BRD – das wollen. Aber solche Kriege können sie nur führen, wenn sie Ruhe im Hinterland haben. Diese nötige Ruhe wollen wir ihnen vermasseln.

WIR wollen keine KRIEGE

Öffentliche Vereidigungen sollen die Bevölkerung auf militärische Auseinandersetzungen einstimmen. Wir können Kriege aber nur verhindern, wenn wir auch schon die Propaganda dafür verhindern.

So haben wir eine Demonstration zum Weserstadion gemacht, an der ungefähr 12.000 Menschen teilgenommen haben. Wir wollten unserem Protest gegen die Kriegshetze Ausdruck verleihen und das ganze Militärspektakel, wenn möglich, verhindern.

So sind Leute ins Weserstadion gegangen und haben dort durch Krach versucht, die Schau zu übertönen. So wurden Bundeswehrfahrzeuge zerstört und die Bürgerkriegsarmee der Polizei mit Steinen auf Abstand gehalten. Das war die klare Antwort der Demonstranten auf Kriegstreiberei. Diese Art des Protests und der Gegenwehr halten wir für richtig und gerechtfertigt, unabhängig davon, wie wir uns selbst verhalten haben.

Die Reaktion des Staats darauf war die härteste, die wir je nach einer Demonstration erlebt haben. Es gab zig Hausdurchsuchungen, gegen 52 Menschen wird nach unserem Wissen namentlich ermittelt. Es wird etliche harte Prozesse geben.

Für diese Reaktion des Staates gibt es viele Gründe:

1. Die Ruhe im Land muß wieder hergestellt werden, die durch diesen massiven Protest gegen die Nato-Huldigung empfindlich gestört worden ist. Gäbe es bei uns eine konsequente Bewegung gegen Nato und Krieg, so wäre eine Beteiligung der BRD an Kriegen in Rohstoffländern zumindest sehr erschwert. Daß die Nato gerade für solche Kriege da ist, hat sich wieder an der Beteiligung an dem faschistischen Putsch in der Türkei gezeigt. Dieser war notwendig, weil die Situation in dieser Region durch die islamische Revolution in Iran und auch durch die Zustände in der Türkei selbst die westlichen Industrieländer unsicher geworden war.

2. Um die nötige Ruhe zu haben, muß jede Art von Widerstand ausgeschaltet werden. Dazu gibt es zwei grundsätzliche Möglichkeiten: Entweder er wird integriert oder er wird zerschlagen. Widerstand, wie der am 6. Mai, kann nicht integriert werden, sondern nur zerschlagen werden. So versuchen sie, die gesamte Linke durch Knüppel, Prozesse und Knast zu zerschlagen.

3. Da die Wahlen vor der Tür standen, mußte die SPD diese Schlappe wieder gut machen, indem sie sich erneut als "starke" Partei profilierte.

4. Hinzu kommt die besondere innenpolitische Situation in Bremen: Hier gibt es Krach innerhalb der SPD in der Frage der "harten" und der "weichen" Linie. So hat der Polizeipräsident Diekmann ein Papier herausgegeben, in dem seine Strategie klar wird, mit der er "bis Frühjahr 1981 in Bremen aufgeräumt" haben will (Zitat Diekmann). Die SPD hat den 6. Mai zum Anlaß genommen, die harte Linie gegen den Widerstand in Bremen durchzusetzen.

So werden jetzt einige von uns stellvertretend für alle vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Sie hoffen, daß alle anderen sich dadurch einschüchtern lassen und jeder Widerstand gegen ihre menschenverachtende Politik aufhört. Damit haben sie sich aber verrechnet.

Unsere Demonstration vom 6. Mai war logische Konsequenz aus unserer Betroffenheit.

WIR lassen uns nicht kleinkriegen, WIR WOLLEN LEBEN!

Deshalb wehren wir uns weiter gegen Kriegshetze, Unterdrückung, gegen Ausbeutung und die Zerstörung unserer Umwelt.

Wir sind alle vom 6. Mai!
(Angeklagte, Beschuldigte und Betroffene)

★

Solidaritätsaufruf für die Verfolgten der Bremer Anti-Kriegs Demonstration!

Am 6. Mai 1980 demonstrierten in Bremen fast 15.000 Menschen gegen die öffentliche Vereidigung von 1.200 Rekruten im Weserstadion. Angesichts der steigenden Kriegsgefahr stieß die Ankündigung dieser Mammutmilitärschau schon von Beginn an auf breite Proteste. Dieser Widerstand fand seinen Ausdruck auch in den friedlichen und den militanten Aktionen vor dem Weserstadion.

Einen Tag darauf setzte seitens der bürgerlichen Medien und der Parteien eine massive Kampagne gegen die Demonstrat/inn/en ein, die zunächst die Spaltung der Bewegung in einen friedlichen und einen militanten Teil anstrebte, um die angebliche Handvoll "militanter Politrocker" auszusondern und isoliert den Gerichten zuzuführen. Es begann die größte Fahndung, die es in der jüngeren Geschichte der BRD je nach einer Demonstration gegeben hat:

– Hausdurchsuchungen in Bremen, Hamburg, Bayern und Niedersachsen
– 52 Ermittlungsverfahren gegen namentlich bekannte Personen;
– Fahndungsflugblätter und Fotomappen in allen öffentlichen Gebäuden zur bestmöglichen Einbeziehung der Bevölkerung in die Ermittlungstätigkeiten;

– vergebliche Versuche der Spitzelanwerbung.

Inzwischen sind 4 Anklageschriften verschickt worden und der erste Prozeß sollte am 24. November beginnen (ist auf unbestimmte Zeit vertagt).

Auf der politischen Ebene bildeten die Proteste vor dem Weserstadion neue Vorwände für scharfe Angriffe gegen das Demonstrationsrecht, von denen keine politische Organisation verschont blieb, wofür insbesondere die verbotenen Anti-Strauß- und Anti-Schmidt-Aktionen in Hamburg und Bremen ein deutlicher Beleg sind. Die Polizeispitzen und -gewerkschaft versuchen, gefährlichere Waffen zur Demonstrationsbekämpfung zu bekommen; z.B. Gummigeschosse. Angeblich machten erst die Ereignisse in Bremen eine besondere Zurschaustellung und Treuebekenntnisse zur Bundeswehr notwendig, so daß seitdem eine Welle öffentlicher Vereidigungen in der ganzen BRD die Wehrbereitschaft der Soldaten und der Zivilbevölkerung stärken soll.

Die Erfahrungen aus der Anti-AKW-Bewegung und seit dem 6. Mai machen deutlich, daß mit der Hetze und der juristischen Verfolgung des militanten Teils der Bewegung zugleich der politische Spielraum des gesamten Protestpotentials eingeschränkt werden soll. Gerade an der Frage der Solidarität mit Menschen, die von diesem Staatsapparat verfolgt werden, dürfen wir uns nicht spalten lassen und müssen zeigen, daß die Scheidelinie nicht zwischen friedlichen und militanten Kriegsgegnern verläuft, sondern zwischen Kriegsgegenern und Kriegstreibern.

EINSTELLUNG ALLER STRAF- und ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN DEMONSTRANT/INN/EN VOM 6. MAI!

Ihr könnt die Verfolgten unterstützen, indem ihr
– in euren Gruppen und Zusammenhängen eigene Initiativen entwickelt;
– diesen Aufruf in jeder Form weiterverbreitet;
– die Prozesse besucht;
– spendet: R. Seekamp
Sparkasse in Bremen
Kto-Nr. 1121 2743
(BLZ 290 501 01)

PROZESSKALENDER
(ruhige Zeiten?)

Datum	Uhrzeit	Gericht/Saal	gegen wen und warum
1.12.	9.00 Uhr	AG* Harburg Saal 211	Fortsetzung des nun schon monatelangen Antifaschisten-Prozesses.
2.12.	9.00 Uhr	AG* Hamburg	Demonstration von AKW-Gegnern am HEW-Kundenzentrum
12.12.	9.00 Uhr	Saal 160	

* auf mehrfache Beschwerden hin: AG heißt Amtsgericht, das von Hamburg (Mitte) sitzt in Strafsachen meist am Sievekingplatz 3 (Strafjustizgebäude), das von Harburg in der Buxtehuder Straße 9-11 (Ecke Bleicherweg).

ERKLÄRUNG AN DIE BREMER ÖFFENTLICHKEIT
19.11.80

Ein seltsamer Einbruch!

Die Bewohner der Mozarstraße 31 berichteten der "Prozeßgruppe 6. Mai" von einem Vorgang, der, sollte er wirklich zutreffen, eine neue Qualität staatlicher Unterdrückung darstellt. Hier zunächst der Bericht der Betroffenen:

"Am Donnerstag, den 13.11.80 (84?) verließen wir gegen 19.10 Uhr unser Haus in der Mozartstr. 31, um eine Veranstaltung über die Züricher Unruhen im Konsul-Hackfeld-Haus zu besuchen. Nachdem wir die Veranstaltung vorzeitig verließen, fielen wir zu Hause angekommen (gegen 21.30 Uhr) aus allen Wolken. Die aufgebrochene Kellertür stand sperrangelweit offen. Das Licht ging nicht, denn die Sicherungen waren rausgedreht. Das gesamte Haus, vom Keller bis zum Boden war in unserer Abwesenheit durchsucht worden: offenstehende Schränke, herausgerissene Schubladen, durchwühlte Schreibtische, von der Wand gerissene Bilder und Postkarten, durchschnüffelte Betten, ausgepackte Musikinstrumente, Schmutzwäsche durchstöbert, durchsuchte Garderobe.

Was waren das für Einbrecher?

Seltsamerweise war fast nichts geklaut worden, obwohl ein Zugriff auf Bargeld und Wertgegenstände möglich war. Mitgenommen wurden einige Notizzettel, Diskussionsvorlage (vervielfältigt) der Betroffenen Demonstranten mit Ermittlungsverfahren bzgl. 6. Mai, ein Scherzausweis aus einer Brieftasche, in der Bargeld zurückgelassen wurde.

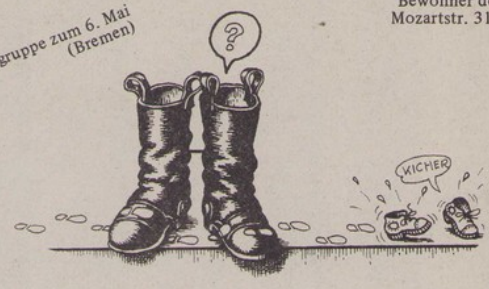
Seltsamerweise waren nur die 2 Schreibtische durchwühlt, die die Polizei bei einer Hausdurchsuchung am 7.5.80 zu durchsuchen versäumt hatte.

All diese Indizien lassen uns vermuten, daß diese Hausdurchsuchung von staatlichen Behörden durchgeführt wurde.

Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, weil wir kein Vertrauen mehr zur Polizei haben.

Sachdienliche Hinweise nehmen wir gerne jederzeit entgegen.

Bewohner der
Mozartstr. 31"



Auch wir hegen die Vermutung, daß die Durchsuchung stattfand, unter Beteiligung Bremer Justizbehörden oder Geheimdienste. Gestützt wird diese Vermutung auf die Tatsache, daß keinerlei Wertgegenstände entwendet wurden. Dieser Akt stellt einen Verstoß gegen sämtliche strafrechtlichen Bestimmungen bezüglich Hausdurchsuchungen dar. Sieht so die Ermittlungstätigkeit der Bremer Polizei aus? Unter Ausschluß der Öffentlichkeit und des geltenden Rechts? Es sieht so aus! Die Vision des Dieckmann-Papiers wird Realität! Bis zum Frühjahr 81 soll die 'Scene' aufgerollt' sein – wenn' sein muß auch unter Mißachtung der elementarsten Rechte. So sieht die Dieckmann-Realität aus!!

Wir fordern:
Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
Vernichtung aller durch die Durchsuchung gewonnenen Erkenntnisse!
Schluß mit den Hausdurchsuchungen!

Prozeßgruppe 6. Mai
Bremen

Kontakt:
Sonntags 18.00 - 20.00 Uhr,
BBA Laden, Ostertorsteinweg 43
oder
Manfred Börgershausen, Mozartstr. 31, Tel.: 32 42 92

Schwarz-rote Hilfe gründet sich

... in der breiten Unterstützung durch die Linke!

Aus mehreren Treffen von betroffenen Genossen, die Ermittlungsverfahren wegen Kirchenbesetzung, Amerikahaus, Bremen usw. am Halse haben sowie Gruppen und Einzelpersonen, die bereits eine unterstützende Arbeit zu Prozessen und Knast machen, entwickelte sich die Idee, eine Schwarz-Rote Hilfe zu gründen.

Ende Oktober wurde diese Idee konkret, indem sich mehrere Gruppen und Einzelpersonen zusammentaten und sich einen Namen gaben: SRH. Es gibt noch jede Menge anderer Gruppen, die sich mit Knast, Prozessen und Repression beschäftigen. Wir wollen nicht noch eine Gruppe sein, sondern mit allen entsprechenden Leuten zusammenarbeiten, egal ob rot oder schwarz, unsere gemeinsame Arbeit koordinieren, und so in die Lage kommen, einen besseren Schutz von Angeklagten und Eingeknasteten zu erreichen. Die SRH sollte nach unserer Meinung überwiegend ein Koordinierungsgremium sein, das die laufende Knastarbeit, sofern sie über rein caritative Inhalte hinaus geht, unterstützt, entstehende Initiativen fördert und wann immer dadurch Zeit und Kräfte gespart oder sinnvoller eingesetzt weden können, vereinheitlicht.

Die notwendige Qualifizierung in einzelnen Gebieten braucht dann nicht von verschiedenen Leuten parallel geleistet zu werden (wegen fehlender Arbeitszusammenhänge), sondern kann durch das Zusammentragen der jeweiligen Ergebnisse und Informationen mit geringerem Arbeitsaufwand stattfinden.

Ferner sollte die SRH eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen, die mit Knast, Prozessen und auch die im Nachherein auftretenden Schwierigkeiten, sofern sie deren Klärung als Gruppe nicht selbst leisten kann, werden, um sie wann immer möglich an die 'zuständigen Leute' weiterzuleiten. Die technischen Einzelheiten dazu müßten gesondert erörtert werden.

Die Vermittlung von Anwälten oder die Möglichkeit, z.B. bei Demos oder in ähnlich konkreten Situationen unter bestimmten Telefonnummern welche zu erreichen, soll genauso zu unseren Aufgaben gehören wie das Besprechen, soweit konkret möglich, des sinnvollsten Verhaltens bei Festnahmen.

Wir meinen, daß es auch richtig wäre, Kontakte von Leuten im Knast untereinander zu vermitteln, denn sofern wir die Leute nicht selbst 'rausholen' können, können wir außer einem Drinnen-Draußen Info-Austausch und einem Versuch, eine möglichst sinnvolle politische Arbeit u.a. damit, zu leisten nicht tun.

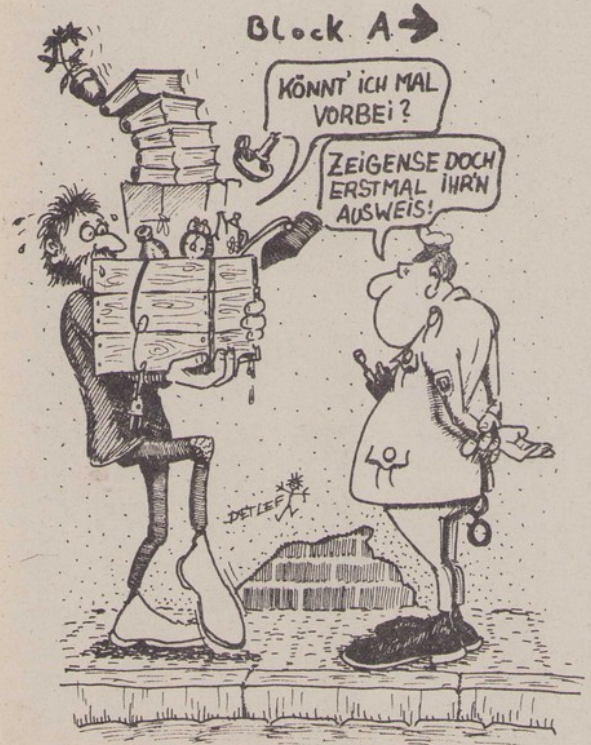
Die SRH sollte politische Informations-Arbeit leisten z.B. zu:
- Hochsicherheitstrakts
- Verschärfung von 'Sicherheits'- und Haftbedingungen
- Überwachung von Leuten, Einführung der Trennscheibe
- Verteidigerausschlüssen
- Gesetzesverschärfungen und Neuerungen
- Skandale in Knästen (Stammheim, Fuhlsbüttel usw. usf.)
- Verhaftungen bei Demos etc.
- Verbreitung des juristischen know-how bzw. Sprache unter Betroffenen.
- und sich aktiv in die Kämpfe einbringen.

Perspektivisch sollte unser Ziel auch sein, über die sog. Linke Scene hinaus, einer ansprechbaren Öffentlichkeit die gesellschaftliche Funktion von Knast und allem was damit zusammenhängt zu vermitteln. Dies betrifft sowohl die Wirkung auf das Verhalten der angeblich nicht Betroffenen als auch in den geplanten und erreichten Auswirkungen auf die eingesperrten Menschen.

Nicht die Gesellschaft muß vor den Leuten, die gegen Gesetze verstoßen, geschützt werden, sondern wir müssen uns vor den Gesetzen und Gesetzgebern schützen! (Computerisierung, ADV, fälschungssichere Personalausweise, Überwachungsstaat).

Wir wollen nicht nur die 'Schmerzhaftigkeit der Wunden lindern', die das System dem Einzelnen schlägt, wir wollen, daß die SRH eines von vielen Instrumenten wird, den Kampf voranzubringen.

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.00 Uhr im 5. Stock der Dralle. Zur Zeit nehmen wir erstmal Kontakt auf mit anderen Gruppen. Daher wäre es sehr nett, wenn Vertreter dieser Gruppen mal vorbeischauen würden. Zwar haben wir eine Liste von Gruppen erstellt, die wir direkt ansprechen wollen, aber diese ist sicher nicht umfassend. Ein Rechtshilfekonto ist eingerichtet worden. Die Nummer wird demnächst bekanntgegeben. Unsere Adresse ist bisher die grosse freiheit.



Gefangenen Selbst Initiative – es weihnachtet sehr...

Übrigens...
es ist wieder soweit! Die Zeit des Konsumterrors, des "Friedens" und des Beschenkens ist in vollem Gange. Bis auf wenige, denen dies nichts bedeutet, nehmen alle daran teil.

Fast alle!

Die zahlreichen Gefangenen in zahlreichen Knästen sind ausgeschlossen. Sie dürfen, sofern sie jemanden "draußen" haben, allenfalls ein auf wenige Pfund beschränktes Paket erhalten. Die Mehrzahl der Gefangenen kommt aus unterprivilegierten Verhältnissen. Kontakte nach "draußen" sind abgerissen, oder die Bekannten haben selbst ums Überleben zu kämpfen. So sind es nur wenige, die vor den Augen der Mitgefangenen ein Paket in Empfang nehmen können, für die Übrigen werden die Reiertage zur Tortour. Bei den Paketaktionen der letzten Jahre waren große Erfolge zu verzeichnen.

Viele mittellose Gefangene erhielten ein Paket, und es entstanden eine Menge Kontakte, die heute noch bestehen. Die Resonanz bei den Gefangenen war sehr groß. Eine Menge Vorurteile gegenüber jenen, die anders sind als sie, konnten abgebaut werden. Auch bei denen, die kein Paket bekamen, dies nur verfolgten.

Dieses Jahr haben wir ein "gemeinsames Paketpacken" vor, ein Treffen, bei dem Frau/Mann sich über die Arbeit der GSI informieren kann, bei dem über die derzeitige Situation in den Knästen berichtet wird und u.a. die Hamburger Gruppen bei gemeinsamer Praxis wieder ins Gespräch kommen, unterschiedliche Positionen ausdibbern, das Infodefizit beheben können etc.

Also – sprecht über die Aktion und fordert alle auf, sich allein oder gemeinsam zu beteiligen!

Der Paketpacken-Info-Klönschnack-Treff ist am
Donnerstag, d. 18.12., 18.30 Uhr
in der Hochschule für bildende Künste, Lerchenfeld 2
2000 Hamburg 76 (U-Bahn Mundsburg)

Wem dieser Termin nicht zusagt, kann Lebensmittel wie Schokolade, Kekse, Tee, Pulverkaffee usw. oder Tabak und Zigarettenpapier ab

Dienstag, d. 16.12. im Medienzentrum e.V. (MeFu)
Schumannstr. 57, 2000 Hamburg 76, Tel. 220 51 37

abgeben, oder über die GSI die Adressen von Gefangenen erhalten, mit denen wir in Verbindung stehen. Diese Gefangenen können Euch dann schreiben, welcher Gefangene im Knast kein Paket bekommt. Zugleich können sie Euch die Paketvorschriften nennen, damit das Paket nicht angehalten wird. Die Knäste reagieren nämlich sehr merkwürdig, wenn etwas nicht nach ihren Vorschriften läuft. Für alle, die weder das eine noch das andere wollen, bleibt die Möglichkeit der Geldspende auf folgendes Konto: Postscheckkonto Hamburg 315891-204.

GSI
Postfach 123
Hamburg

GS INFO Dezember 1980

Nach neuesten Informationen von K.-H. Galander (Santa Fu, Anstalt II) hat sich im November die "GSI Intern" (Selbstorganisation in der Anstalt II, HH-Fuhlsbüttel) aufgelöst.

UND SIE ARBEITEN DOCH... !!!

Entgegen allen bösartigen, spekulativen, verleumderischen, sektiererischen, spalterischen und sonstigen üblen Gerüchten, die "Knastgruppe Hamburg" befände sich im "Auflösungsprozeß", wurde uns mitgeteilt, daß die "Knastgruppe Hamburg" c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13 aktiv in der Knastarbeit war und auch bleibt.

GESCHICHTE DES KNASTES / ARCHITEKTUR DES KNASTES

Zu diesem Themenbereich gibt es eine umfangreiche Dokumentation, herausgegeben von Studenten der Hochschule für bildende Künste HH – Fachbereich Architektur – mit dem Titel "Knastarchitektur zur Zerstörung". Interessenten wenden sich an:
GSI (Gefangenenselbstinitiative)
Postfach 123, 2000 Hamburg 6
oder
AStA der HfbK HH, Lerchenfeld 2
2000 Hamburg 76, Tel. 229 08 41

AUSSTELLUNGSKATALOG

Zur Ausstellung "Jetzt reden WIR vom Knast", die Anfang des Jahres in Hamburg zu sehen war und immer noch durch die BRD läuft, existiert inzwischen ein ausführlicher Katalog. Er ist als Fotokopie (der Druck ist wegen Finanzierungsschwierigkeiten noch ungeklärt) zu beziehen über:
Medienzentrum e.V. (MeFu)
Schumannstr. 57, 2000 Hamburg 76
Tel.: 220 51 37

GIBT ES EINEN SOZIALBANDITEN, DER HILFT?

Die Amsterdamer Organisation "HAPOTOC", die regelmäßig Knastkurzinfos (in englischer Sprache) aus aller Welt als "Newsletter" verschickt, steckt in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Sie wird nicht mehr allzulange durchhalten, wenn es an der notwendigen Unterstützung fehlt.
Kontaktadresse:
HAPOTOC, P.O. Box 10638
Amsterdam / Holland
Spendenkonto:
ABN Postgiro 6269 Amsterdam
Netherlands
Acc. 541911155, Hapotoc

Betrifft: EINKAUFSMÖGLICHKEITEN FÜR GEFANGENE IN DER UNTERSUCHUNGSHAFTANSTALT HAMBURG

Aufgrund der überhöhten Preise des Anstaltskaufmanns 'Habenichts' (liiert mit EDEKA) (Beispiel: 200 g Nescafe 'Classic': drinnen 12,95 DM, draußen 8,98 DM) stellte der Untersuchungsgefangene Klaus-Dieter H. die Forderung – Lieferung von Lebensmitteln durch Lieferanten seiner Wahl beziehen zu können. –

Alle Mitgefangenen sind aufgerufen, diese Forderung zu unterstützen. Erfahrungen über die Wucherpraxis und unseriöse Preispolitik der Anstaltskaufleute sollten ausgetauscht werden und zu gemeinsamen Aktionen führen (z.B. WIE geschehen in der JVA Werl – Einkaufsboykott).
Kontakt über GSI.

Der anstehende Gerichtsentscheid zu dieser Sache wird von uns umgehend nach bekanntwerden veröffentlicht.

Eine Öffentlichkeitsaktion gegen die Monopolstellung der Knastläden in Zusammenarbeit mit der Knastleitung wurde im Oktober von der Gefangenenselbsthilfe Nürnberg

c/o Peter Gippert
Schwabacher Str. 41,
8500 Nürnberg 70
Tel. 0911/ 65 13 03
durchgeführt.

AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT IM HHer UNTERSUCHUNGSKNAST IN VOLLER BLÜTE

Zur Regelung der Arbeitsentlohnung für U-Haftgefangene in Hamburg wird von Klaus H. folgendes beschrieben:
... Jeder Gefangene wird einer bestimmten Lohnstufe zugeordnet. Beispiel: Monatlicher Verdienst 100 DM = 100%; Bei Mehrarbeit werden bis zu 40% über den Grundlohn ausgezahlt (140% = 140 DM).

Bei jeder Leistung, die über 40% den Grundlohn überschreitet, behält die Anstalt die Hälfte des Mehrbetrages ein, ohne daß dieser dem Gefangenen irgendwann einmal zugute kommt (auch nicht nach der Entlassung).

Die zusätzliche Ausdehnung dieser "Maßnahme" (die mit Festlegung durch das Strafvollzugsgesetz begründet wird) auf Untersuchungsgefangene, deren Unschuld bis zum Urteilsspruch nach bestehender Rechtsordnung vorgeschrieben ist, kommt neben der Ausbeutung auch noch einer Rechtsbrechung gleich und ist ein gesetzlich geschützter Diebstahl! Der Gerichtsentscheid zu dieser Knastausbeutungspraxis wird demnächst veröffentlicht.

Folgende Infos wurden uns von der Gefangenenzeitung "Der Funke II" zugeschickt:

ES FUNKT WIEDER

Am 15. Dezember 1980 erscheint die nächste Ausgabe der Lingener Gefangenenzeitung 'der funke II". Alle Gefangenen in Niedersachsen beziehen diese Zeitschrift umsonst, und alle anderen Interessierten gegen Rückporto von DM –,90 bei
Redaktion "Der Funke II"
Kaiserstr. 5
4450 Lingen / Ems
Also – anfordern !

WICHTIG

Der Niedersächsische Minister der Justiz hat anläßlich seines Besuches in der JVA Lingen 1 nocheinmal in einer Diskussion mit Gefangenen bestätigt, daß in absehbarer Zeit nicht mehr mit der Einführung von Privatfernsehern für Strafgefangene zu rechnen ist.

WER HILFT HIER

Dringend benötigt werden die folgenden Adressen:
1. Arbeitsgemeinschaft deutscher Gefangenenpresse
2. Pressedienst deutscher Gefangenenzeitungen

von der Redaktion "Der Funke II" (Anschrift s.o.).

Gesucht wird ein Verlag, der bereit ist, die Gedichte eines Nachwuchsautors nun endlich in Buchform zu bringen, da aufgrund von andauernder Frustration das Genie sonst die Arbeit einstellt. Manuskriptanforderungen gegen Rückporto bei der Redaktion.

ES RESOZIALISIERT WIEDER

Der Mensch Hans-Georg S. schickt uns seinen Beitrag zur Einweihung des Hallenbades in der JVA Lingen 1 (ist er etwa ein Zyniker?):

Am 4.1.80 wurde in der JVA Lingen 1 das aus Spenden der CURA und des VFKP finanzierte und von STRAFGEFANGENEN und BEDIENSTETEN erbaute Hallenbad seiner offiziellen Bestimmung übergeben. An der Einweihung nahmen Strafgefangene und Bedienstete sowie Vertreter des öffentlichen Lebens der Stadt Lingen teil. Punkt 16 Uhr gab der Anstaltsleiter Herr Pomper das schmucke Hallenbad frei, welches dann durch den Sprung eines Strafgefangenen ins wohltemperierte Naß seinen ersten Badegast hatte.

Im Rahmen einer Grillfete ging es anschließend zum gemütlichen Teil über. Der von Funk und Fernsehen bekannte Sänger Jan-Wilhelms – auch "der singende Doppelzentner" genannt – und einige Nachwuchssänger und Sängerinnen stellten ihr Können honorarlos unter Beweis. Dadurch bekam die Einweihung einen glänzenden Anstrich, alle Anwesenden waren von den Darbietungen der Künstler begeistert und dürften diesen Nachmittag noch lange in guter Erinnerung behalten.

Im anstaltseigenen Hallenbad ist mittlerweile längst der Badealltag eingezogen. Die Inhaftierten sind froh, nach getaner Arbeit die Möglichkeit zu haben, sich in die kühlen Fluten stürzen zu können, und somit ist eine rege Nutzung des Hallenbades zu verzeichnen.

gez. Hans-Georg S.

(Anm. der GSI: Wir empfehlen allen Gefangenen, einen Antrag auf Verlegung in den "Kurknast" Lingen 1 zu stellen bzw. auf das Gleichbehandlungsprinzip zu verweisen und eine vergleichbare Einrichtung in ihrer Anstalt durchzusetzen. Wir fragen uns, wie wohl der Bassinteil für Hochsicherheitstraktgefangene aussehen wird? . . . .)

gert & christine's
tel. 43 49 51
WEINHANDLUNG
2 hamburg 6
schanzenstraße 11
wein aus frankreich,
aus deutschland, in
flaschen und vom faß,
umweltschutzpapier
und die große freiheit!

Fortsetzung des "Stammheim-Prozesses" im Januar 1981 ?

Die meisten von euch erinnern sich sicher noch daran, daß dam 6.12.79 in Hamburg 3 Frauen unter Vorsitz des Amtsrichters Graue wegen "Verunglimpfung der BRD" verurteilt wurden; zu Strafen von 3 bzw. 4 Monaten Gefängnis auf Bewährung. Vor dem Hintergrund des 'STERN'-Berichts über den Tod der politischen Gefangenen in Stammheim wollen wir noch einmal daran erinnern, was in dem damals verteilten und angeklagten Flugblatt eigentlich gestanden hat: (Zitat aus dem Urteil)

"Wir glauben nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese, sondern sind der Meinung, daß die 3 Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind. Und zwar, weil wir wissen, daß:
der Staatsschutz jeden Versuch, die Morde in Stammheim durch eine unabhängige und internationale Untersuchungskomission aufzuklären, verhindert hat."

"Unsere Betroffenheit über diese Morde ergibt sich einfach aus unserer Verbundenheit mit allen Menschen, die gegen dieses Unterdrükkungssystem Widerstand leisten."

"Mit dieser Demonstration wollten wir das Lügengebäude des Staates und die Haftbedingungen und die Morde in Stammheim durchbrechen."

"Diese Erklärung soll ein Ausdruck dafür sein, daß wir weiter Öffentlichkeit über die Schweinereien des Staates herstellen wollen."

Die 'Stern'-Veröffentlichung könnte eine wichtige Hilfe im Kampf für einen Freispruch der Frauen sein, aber nur, wenn sich viele Leute auch dafür einsetzen.

AUTONOMIE - Nr. 6
"Revolution am Golf?
Krieg Iran – Irak"
erscheint am 1. Dezember

DIE 3 FRAUEN MÜSSEN FREIGESPROCHEN WERDEN !!

Im Urteil heißt es dann dazu:

"Diese Äußerungen enthalten den Vorwurf eines schimpflichen Zustandes und eines schimpflichen Verhaltens, und sie verneinen die Einhaltung von Verfassungsgrundsätzen – nämlich die Bindung der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht und dem Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft – in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar in einer Form, die diesen Staat in der Achtung der Staatsbürger nicht nur herabsetzt, sondern ihn der Achtung unwürdig erscheinen läßt. Vom Durchschnittsbürger sind derartige Formulierungen nur so zu verstehen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Rechtsstaat, sondern ein verbrecherisches System ist, das Morde veranlaßt und die Täter deckt. ...

Die Angeklagten handelten in Kenntnis ihres Unrechts und aus bewußt staatsfeindlicher Gesinnung." (Urteil des Herrn Graue)

Nach dem Erscheinen des 'Stern'-Artikels (v. 30.10.80 über den Tod von Baader, Raspe und Ensslin) ist heute wahrscheinlich viel mehr Leuten klargeworden, daß das Flugblatt tatsächlich "in Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in der BRD" geschrieben worden ist. Es ist schon traurig zu sehen, daß es heute nur noch für eine Zeitung wie dem 'Stern' möglich ist, die Darstellungen anzuzweifeln, ohne dafür eine Gefängnisstrafe zu fürchten.

Am 31.10. dieses Jahres sollte nun das Berufungsverfahren durchgeführt werden. Es wurde aus terminlichen Gründen verschoben und soll nun am Anfang des nächsten Jahres stattfinden.

CHAOS IM KOPF – LANGEWEILE IM LAY-OUT

Tausend Feuer müssen brennen
damit wir endlich leben können

Tausend Herzen müssen glühen
damit wir unsre Freiheit kriegen

Wir haben heute, 2.11.80, im Amtsgericht Wuppertal geheizt – sprich Feuer gelegt.

Die Justiz als Herrschaftsinstrument hat nicht nur die Aufgabe, durch Prozesse einzuschüchtern (z.B. hohe Geldstrafen für Schwarzfahren und Widerstand gegen Bullen), sondern ist auch dafür verantwortlich, daß Genoss(inn)en durch das Aufgreifen revolutionärer Politik jahrelang in Isolationstrakte wandern und gemordet werden. Über die Gesetzgebung legitimiert der mörderische SPD-Staat seine Todesschüsse, die nicht nur Guerillas treffen, sondern jeden treffen können – wie zuletzt in W-Berlin, als ein "tatverdächtiger Dieb" erschossen werden sollte und ein Besucher getroffen wurde.

FREIHEIT für die 13 Amerikahaus-Besetzer(innen)
FREIHEIT für Jürgen! (9 Monate Knast für sprühen!)
Sofortige Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla!
Solidarität mit dem Hungerstreik in Nord-Irland
Zerschlagt die Trakts!
Den militanten Widerstand organisieren.

Ch.A.Os.

MANCHMAL DES ABENDS

Im Kopfkeil die
stinkende Justiz
festgebissen
sticht Nadel in
meinen Körper
tausend & mehr
Einsamkeit & anderes
in Nase
Eingeweiden
& auch Tod
Fäuste um meine
Seele geballt so
viele
wie die Gesellschaft
Mitglieder zählt
ehrenwerte
abgestochen in
deren Namen
seht her er
ist unser nicht wert

Eine letzte Seite
Tolstoj Sämtliche
Erzählungen
dann schlägt sich
Nachtschmerz wie
Stacheldraht um mich

Gedichte

Gedichte von:
Karlheinz A. Barwasser,
JVA Werl
Postfach 301
4760 Werl/Westf.

SO ISSES

Einmal Knast
& der
Gestank geht
nie mehr ab
von dir

VOGEL - SCHUTZ durch Hamburger Justiz?

Am Bußtag vor zwei Jahren (22.11. 1978) hielt ein Politiker namens Vogel eine Ansprache.

Er sprach über ein interessantes Thema: die Todesstrafe.

Andere Leute hatten zu der Frage, daß und wie die Justiz Menschen zum Tode befördern kann, auch etwas zu sagen.

Während Herr Vogel sich mit seiner pathetischen Rede gegen die Todesstrafe als guter Christ darstellte, der natürlich seine Nächsten liebt wie sich selbst, wurden jene anderen Leute, die ebenfalls etwas mitzuteilen hatten (ein Gefangener in Lebensgefahr), von unauffälligen Herren, die bis dahin andächtig gelauscht und zwischendurch fromme Lieder gesungen hatten, unsanft gepackt, geprügelt und auch mal ein bißchen getreten, aus dem großen Raum gezerrt, in schon bereitstehende Fahrzeuge gesperrt und dann weggefahren.

Im März 1980 wurden sie angeklagt – nicht die Schläger, die sich in die friedliche Versammlung eingeschlichen hatten, sondern diejenigen, die damals ihrer Freiheit beraubt worden sind. Der Ankläger (Herr Bistry) hatte – wie man aus einschlägigen Kreisen erfahren kann – bereits öfter das Pech, die Täter mit den Opfern zu verwechseln. Aber während er nun schon jahrelang vergeblich nach einem Straftatbestand sucht, mit dem man die Bluthunde des ehemaligen Schah-Geheimdienstes SAVAK belangen kann, wurde er diesmal fündig: die Geknebelten und Geschlagenen vom Bußtag 1978 wurden angeklagt wegen **Störung eines Gottesdienstes.** Das ist wirklich originell. Immerhin, der Versammlungssaal war die evangelische Katharinenkirche in Hamburg. Das stimmt wenigstens an der Anklageschrift. Der katholische Vogel steht übrigens als Bundesminister an der Spitze der westdeutschen Justiz. Daß er gegen die Todesstrafe ist, würde man lieber hören und vor allem eher glauben, wenn es nicht in der Zeit seiner Regierungsverantwortung einige Todesfälle in den Haftanstalten der Bundesrepublik gegeben hätte, die – ist ist erlaubt zu sagen – immer noch nicht geklärt sind. Hinzu kommt, daß der Minister an jenem Bußtag trotz seiner zur Schau getragenen Menschlichkeit absolut nichts davon wissen und hören wollte, daß nur wenige Kilometer von ihm entfernt ein Gefangener seines Staates aufgrund der Haftbedingungen in akuter Lebensgefahr schwebte: Werner Hoppe.

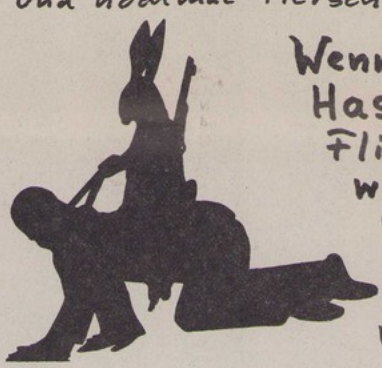
Diese Tatsache ist heute kein Streitpunkt mehr. Werner Hoppe ist sozusagen in letzter Minute nach schwierigen, lange vergeblichen, von den Behörden immer wieder durchkreuzten Bemühungen vieler Menschen freigelassen und schließlich vom Hamburger Senat begnadigt worden. Heute also ist die kalte Ignoranz, mit der Vogel damals reagierte, auch vom naivsten Zeitgenossen nicht mehr zu rechtfertigen. Vogels "Predigt" ist längst als das übliche leere und selbstgerechte Geschwätz bürgerlicher Politiker entlarvt. Da kommt ein Staatsanwalt daher und nennt diese Propagandarede "Gottesdienst". Es soll Christen geben, die das als Gotteslästerung empfinden. Der Staatsanwalt klagt die Leute an, die sich – wie selbst er heute wissen müßte – zu Recht für die sofortige Freilassung eines totkranken politischen Gefangenen eingesetzt haben.

Wenn sich bei der Hamburger Justiz nicht noch die Einsicht Bahn bricht, daß sie bei einem solchen Prozeß nur verlieren kann – an "Ansehen" nämlich –, dann werden wir am Sievekingplatz bald ein besonders abgeschmacktes Schauspiel erleben (einschließlich eines neuen Vogel-Auftritts).

Die Heuchelei stinkt zum Himmel!

Tarik

Und nochmal Tierschutz:



Wenn die Hasen Flinten hätten, würden nicht so viele erschossen werden!

Hannover, 3.11.80

Hallo, grosse freiheit,

leider gibt es hier in Hannover keine Zeitung, die sich für die Meinung eines Gefangenen interessiert. Vielmehr habe ich den Eindruck, daß es den Hannoveranern gar nicht bewußt ist, daß in ihrer schönen Stadt 800 Menschen resozialisiert werden sollen.

Vielleicht habt ihr für meine Gedanken, die ich euch oben geschildert habe, einen Platz in eurer Zeitung. Übrigens – die Bombe ist natürlich eine Konfetti-Bombe, ich möchte mich nämlich an dem Fest beteiligen. . . .

VOLKER KLEIN

Sehenswürdigkeiten

Es war an einem Sonntag Nachmittag, als ich in meiner Wohnung stand und interessiert die vielen Menschen betrachtete, die nun schon ein paar Stunden da draußen ausharrten. Der Tag war sehr warm, und die vielen Imbißbuden und Erfrischungsstände fanden regen Zuspruch. Eine Blaskapelle spielte zur Unterhaltung, und manchmal klatschte die Menge Beifall, wenn sie ein Musikstück für besonders gelungen hielt.

Drüben – auf dem Platz vor der Justizvollzugsanstalt hatte man ein großes hölzernes Podest gebaut, mit einem Rednerpult, und die vielen Mikrofone, die man an dem Pult befestigt hatte, blitzten und funkelten in der Sonne. Dutzende von Lautsprechern hatte man an die wenigen Bäume befestigt, die es noch in diesem Stadtviertel gab, um die Rede des Leiters der JVA zu übertragen. Kinder – kleine deutsche Fähnchen schwingend – drängten sich an den Absperrgittern, die den Platz sowie die Straße säumten. Die Menschenmenge wurde immer größer.

Die Presse, der Rundfunk und sogar das Fernsehen waren anwesend, um über das kommende Ereignis zu berichten.

Der Anstaltsleiter, der bis eben mit Vertretern der Kirche, mit dem Justizminister sowie mit einigen anderen Personen zusammengestanden hatte, begab sich nun zu dem Podest, stieg die Stufen hinauf und ging an das Rednerpult. Die Menge wurde ruhiger, die Blaskapelle hörte auf zu spielen, und alle Augen wandten sich dem Konvoi zu, der ganz hinten, am Ende der Straße in Sicht kam. Vorweg fuhren zwei Polizeibeamte auf Motorrädern, dann kam ein Polizeiauto mit eingeschaltetem Blaulicht, dem ein Transportwagen der JVA folgte. Den Abschluß bildeten wiederum zwei Beamte auf Motorrädern. Jubel kam auf, die Menge drängte an die Absperrgitter, zahlreiche Polizeibeamte bildeten eine Kette und versuchten so, die drängende Menge zurück zu halten. Fernsehkameras richteten sich auf den Konvoi, der nun direkt vor dem Podest zu halten kam. Begeisternder Jubel brandete auf, als zwei Beamte an den Transportwagen der JVA traten und die Schiebetür öffneten. Sie packten den Mann an den gefesselten Händen und zogen ihn aus dem Wagen.

Die Begeisterung der Massen wurde immer größer. Der gefesselte Mann wurde auf das Podest geführt, wo der Anstaltsleiter der JVA nun beschwichtigend die Arme hob und sich an die Menge wandte. Ich hörte seine Stimme durch die vielen Lautsprecher.

"Liebe Bürger, ich bin stolz darauf, heute den Einmillionsten Gefangenen zu übernehmen. Ich danke für das in uns gesetzte Vertrauen und möchte Ihnen versichern, daß wir nur alles menschenmögliche tun werden, um den Gefangenen zu Resozialisieren, um ihn dann – nach gelungener Umwandlung – wieder der Gesellschaft zu übergeben . . ."

Ich hörte noch eine Weile zu und ging dann in den Keller. Es wurde Zeit, daß meine Bombe fertig wurde. . ..

Volker Klein
z.Zt. JVA
3 Hannover 1
Postfach 5827

WAS GÄB ICH DRUM ZU LEBEN

Fiktion ein
Abteilfenster &
die Landschaft zieht
vorbei Leben & soviel
die Erde sich drehend
Koloß euphorischer
Freiheitsgedanken Träume
in eiskalter Umhüllung
Gitter Rost & abgeblätterte
Farbe
das bißchen Welt steht
still wie
die Uhr des Lebens
ich wünsche
aber dem Toten ist das
Aufstehen
untersagt

ZEICHEN AUS DEM

"ZEICHEN AUS DEM KNAST"

Zu diesem Thema – eben Knast – fand am 18.11. in der Fabrik eine Veranstaltung verschiedener Gruppen statt, die zum Thema Knast bzw. gegen Knast arbeiten.
Im folgenden drucken wir den Beitrag der Peter-Paul-Zahl-Initiative Hamburg ab:

Knast im Knast – O-Töne zum Hochsicherheitstrakt in Hamburg und anderswo mit geteilten Rollen

Vorgeschichte

Erste Hinweise, daß nach dem Beispiel vieler anderer Städte auch in Santa Fu ein Hochsicherheitstrakt gebaut wird, erhielten wir im Herbst '79. Nähere Einzelheiten von offizieller Seite zu erhalten, war allerdings unmöglich.

Ein Offener Brief Hamburgischer Strafvollzugsbediensteter vom 3.1.80, in dem diese sich über die durch die Belegung des Trakts fällige Mehrarbeit beschwerten, lieferte uns erste konkretere Informationen über den Stand der Bauarbeiten und den Zeitpunkt der Belegung.

Am 4.3. verfaßte der Gefangene Karl-Heinz Galander einen Offenen Brief an die Senatorin Eva Leithäuser, worin er sie aufforderte, die bis dahin dort Inhaftierten in den Normalvollzug zurückverlegen zu lassen und den Trakt und die anderen Isolierstationen unbrauchbar zu machen.

Im März ließ sich dann nach Informationen von Gefangenen ein Plan über die baulichen Anlagen und die Ausstattung des Trakts erstellen.

Auf einer Veranstaltung im Juni gab Justizsenatorin Leithäuser die Existenz des Trakts erstmals zu, behauptete aber, er sei in aller Öffentlichkeit geplant und gebaut worden, wollte aber z.B. die genauen Baukosten nicht nennen. Außerdem definierte sie den Trakt als "normale Schreibtstation", es gebe dort keine Geräuschisolation und deshalb könne man nicht von einem Trakt reden.

Im selben Monat noch verfaßten wir einen Offenen Brief an die Justizbehörde mit Fragen zum Trakt, den die Senatorin aber nicht beantworten wollte, sie bestand auf einem persönlichen Schreiben. Die Antwort auf dieses persönliche Schreiben erhielten wir im Juli. Sie ist äußerst aufschlußreich und wird deshalb das Kernstück unseres Beitrages sein. Das darin enthaltene Angebot zu einer Begehung des Trakts zusammen mit geladenen Pressevertretern nahm ein Mitglied unserer Gruppe wahr und veröffentlichte darüber einen Bericht in der taz im August 1980.

Greifen wir in Eva Leithäusers Brief etwas voraus:

"Gegenwärtig sind dort (im Fuhlsbüttler Hochsicherheitstrakt, Anm. PPZI) vier Gefangene untergebracht, von denen übrigens keiner dem Kreis terroristischer Gewalttäter zuzurechnen ist."

Terror, Ausbruch, Hochsicherheitstrakt – gar nicht mehr logo.

Da werden Hochsicherheitstrakts wegen der Unnennbaren gebaut – und dann sitzen andere drin. Wie das?

Horst Herold sagt im gleichen Interview, intellektuell so richtig in Schwung gekommen:

"Ich bin gegen die Subjektivisten bei der Betrachtung des Terrorismus, die die Ursache in den Hirnen suchen oder in den Lebensläufen, die nach dem break-down forschen, nach dem Verhaltensknick usw., die das alles zurückführen auf Spinnereien, auf kranke Hirne. Dahin ist die offizielle Forschung ausgerichtet, wenn sie das auch nicht in dieser Primitivität zugibt. Aber sie ist primitiv. Ich bin ein Objektivist. Ich meine, daß alle Erscheinungen ihre objektiven Ursachen haben, ihre objektiven Gesetzmäßigkeiten, und daß wir Terrorismus auch unabhängig von der Person seiner Träger hätten. Die Baaders und die Meinhofs wären da, wenn es den Baader und die Meinhof nicht gäbe. . . Das heißt, solche Erscheinungen wie de der Terrorismus haben eine Signalwirkung, sie sind ein Präludium, sie kündigen etwas an, sie sind Vorläufer – nicht für den Terrorismus selbst und dessen Ideen, sondern für einen grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Terrorismus war und ist immer ein Indiz für das Herannahen gesellschaftlicher Umstrukturierungen vom Ausmaß eines Bebens. Insofern müßten wir eigentlich dankbar sein, daß er auftritt, denn er gibt uns Hinweise auf das, was möglicherweise kommen kann, und er gibt uns auch Möglichkeiten, die Entwicklung zu beeinflussen, sie in andere Bahnen zu lenken. Der Terrorismus signalisiert, wo etwas gestört sein und wo die Störung liegen könnte."

Die Katze ist aus dem Sack: Der Zyniker Herold ist dem Terrorismus dankbar. Sein Konzept der Gesellschaftshygiene hat hier seinen Drehpunkt. Was Herold für draußen entwickelt, hat erst recht seine Geltung drinnen.

Erinnern wir uns: Für den Fuhlsbüttler Sicherheitapostel Donandt war der Terrorismus eine Beflügelung älterer Ideen.

Verabschieden wir uns also von der Gleichung: Terror, Ausbruch, Hochsicherheitstrakt. Kommen wir zum Kern.

Eva Leithäuser spuckt ihn aus:

"Auf Initiative des damaligen Präses der Justizbehörde beschloß der Senat damals ein umfangreiches Programm zur Sicherung des in Hamburg schon seit längerem nach und nach eingeführten Behandlungsvollzuges gegen Störungen durch Ausbrüche, gewaltsame Gefangenenbefreiungen oder in den Anstalten geschürte Unruhen."

Zieht man diesem Satz seine Schale ab, so ergibt sich einfach: Der Hochsicherheitstrakt muß her, um den Behandlungsvollzug gegen Störungen zu sichern. Das klingt präzise, der harte Kern ist die Störung.

Störung! Störung?

Entschuldigen Sie die Störung.
Ich möchte nicht gestört werden.
Bitte nicht stören.
Die Übertragung ist leider gestört.
Ich habe eine psychische Störung.
Er ist geistig gestört.
Verzeihen Sie bitte, wenn ich störe.
Störe ich?
Sie leidet an gestörtem Gleichgewicht.
Seine Manieren stören mich.
Deine Nase stört mich. Dein ewiges Hin und Her stört mich. Dein grünkarierter Rock stört mich. Dein Gerede stört mich. Dein blasses Gesicht stört mich. Dein Schweigen stört mich. Dein ängstlicher Blick stört mich. Deine Anwesenheit stört mich. STÖRENFRIED.
Die öffentliche Ordnung wurde gestört. Das stört mich nicht. Einige Störer wurden festgenommen. Das stört mich.
Im Vorlesungsbetrieb kam es zu Störungen.
Die Post schickte einen Entstörer. Der Behandlungsvollzug soll gegen Störungen gesichert werden. – Wer stört denn? – Störer. – Wodurch denn? – Durch Störungen. – Wer fühlt sich denn gestört? – Der Behandlungsvollzug! – Verzeihen Sie die Störung.

Man sieht, der Begriff Störung hat eine ganz präzise Bedeutung: Wie gut, daß niemand weiß, daß ich "alles und gar nichts" heiß.

Nun der Brief. Originalton Eva Leithäuser: *"Mit Ihrem persönlichen Schreiben an mich vom 2. Juni 1980 haben Sie nicht nur, wie Sie schreiben, einer Form genügt, sondern die Form gefunden, in der Menschen miteinander umgehen sollten, wenn Fragen auftauchen, die einer von ihnen für klärungsbedürftig hält. Dafür danke ich Ihnen. Ich fühle mich dadurch erst in die Lage versetzt, in der Sache selbst Ihre Fragen zu beantworten, die auch Gegenstand des offenen Briefes sind."*

Eva Leithäuser haßt offene Briefe. Sie hat's lieber persönlich – so von Mensch zu Mensch. Nun gut, wir haben ein Begleitschreiben nachgeschoben. Sie war's zufrieden. Sie antwortete:

"Sie haben nicht nur, wie Sie schreiben, einer Form genügt, in der Menschen miteinander umgehen sollten, wenn Fragen auftauchen, die einer von ihnen für klärungsbedürftig hält."

Ein merkwürdiger Satz: Fragen tauchen auf, zwischen Menschen, zwischen Eva Leithäuser und uns, irgendwie, einfach so, aus der Tiefe, aus dem Dunkeln, ganz intim – persönlich. Also, zwischen Eva Leithäuser und uns ist ganz persönlich ein Hochsicherheitstrakt aufgetaucht. Fürwahr, eine klärungsbedürftige Frage.

In persönlicher Form, eben so wie Menschen miteinander umgehen sollten, d.h. in vorbildlicher Form klärt Eva Leithäuser – nein, Eva L. und ihr Planungsstab – unsere persönlichen Fragen.

Wir wollen Euch nicht vorenthalten, in welch' persönlich, vorbildlicher Form Eva Leithäuser und ihr Stab mit Menschen umgehen.

2. Wir werden den Brief häppchenweise verdauen, dabei chronologisch vorgehen und nur ganz geringfügig kürzen.

Eva Leithäuser: *"Die Einrichtung der Sicherungsstation in der Aufnahmeanstalt in Fuhlsbüttel geht wesentlich zurück auf Überlegungen des Jahres 1976, als aus einer Berliner Haftanstalt fünf Terroristinnen ausbrechen konnten."*

Terror, Ausbruch, Hochsicherheitstrakt. Logo. . .

Der Berliner Justizsenator Meyer sagt am 18.1.80 im Berliner Haus der Kirche:

"Der Sicherheitsbereich (in Tegel) ist für die und nur für die Gefangenen gedacht, bei denen er das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung von Ausbrüchen sowie zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Anstalt ist. Wir müssen da bei einigen Sicherheitsmaßnahmen differenzieren. . ."

. . . das einzige wirksame Mittel zur Verhinderung von Ausbrüchen. Horst Herold, Chef des BKA, sagt im Sommer 1980 in einem Interview mit Sebastian Cobler auf die Frage über den Sinn von "praktizierten isolierenden Haftbedingungen:

"Herr Cobler, ich fühle mich da eingebunden in ein gewisses beamtenhaftes Verhalten, daß man gewisse Dinge eben nach innen zum Ausdruck bringt, nicht aber nach außen schreit. Ich halte das mit den Trakten für einen Blödsinn. Als jemand, der auf Effizienz 'getrimmt' ist, muß ich sagen: Es ist ein so ineffizienter Akt, daß ich ihn nur als Blödsinn bezeichnen kann. Aber ich weiß aus meinem beruflichen Kreis, daß die Gefährlichkeit der Leute anhält, daß ihre ideologische Aufladung weiter reicht, daß sie ungebrochen sind – was bleibt uns anderes übrig? Was sollen wir denn tun?"

Wessen Herz (und sei es eine Mördergrube) voll ist, dem läuft der Mund über: H. Herold spricht von einem blödsinnigen ineffizienten Akt, stellt sich dusselig, kann's sich aber nicht verkneifen: Hochsicherheitstrakts, weil die "Leute, Terroristen ungebrochen sind".

Eva Leithäuser beginnt mit den Terroristen, Meyer stützt sich auf dieselben, und auch Herold hält's mit den Unbenennbaren. Während einer Begehung des Hochsicherheitstrakts in Fuhlsbüttel erklärt der Stellvertretende Leiter des Strafvollzugsamtes Donandt:

"Doch eins will ich klarstellen: Die Hamburger Pläne sind älter als das Problem der politischen Gefangenen. 1976 wurden allerdings bedingt durch den Ausbruch der Frauen aus der Lehrter Straße die 'Sicherungsvorstellungen sehr beflügelt."

Terror, Ausbruch, Hochsicherheitstrakt – nicht mehr so logo!

Die Sache ist traurig. Fuhlsbüttel hat zwei Räume: einen Raum mit Behandlungsvollzug und eine Fallgrube Hochsicherheitstrakt. Diese öffnet sich auf ein geheimes Signal. Das Signal heißt Störung. Es ist ein gesetzliches Signal.

Strafvollzugsgesetz § 4, Abs. 2: *"Der Gefangene unterliegt den in diesem Gesetz vorgesehenen Beschränkungen seiner Freiheit. Soweit das Gesetz eine besondere Regelung nicht enthält, dürfen ihm nur Beschränkungen auferlegt werden, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit oder zur Abwendung einer schwerwiegenden Störung der Ordnung der Anstalt unerläßlich sind."* Ein Gummiparagraph.

Das Signal Störung bewahrt sein Geheimnis.

Kammergericht Berlin, 11. Jan. 1980. Beschluß. Geschäftsnr. (1) 1 StE 2/77 (130/77):

Die Angeklagten ... haben es noch in jüngster Zeit verstanden, Flugblätter ... in der Anstalt zu verbreiten, oder dies versucht, um andere Gefangene zum Hungerstreik und damit zu einer erheblichen Störung der Anstaltsordnung aufzuwiegeln. ... (Es) ist (eine) schriftliche Nachricht ... vom Gang aus unter die Tür geschoben worden ... / steht mit ... einem ... Gefangenen in Verbindung, der für ihn Nachrichten übermittelt. Rufkontakte der Angeklagten mit anderen Gefangenen von Fenster zu Fenster sind ohnehin möglich. Nach dem bisherigen Verhalten der Angeklagten besteht die begründete Befürchtung, daß sie die ihnen jetzt im normalen Vollzug gebotenen Kontaktmöglichkeiten weiter wahrnehmen und ... erneut Gefangene zu Hungerstreiks oder anderen erheblichen Störungen der Anstaltsordnung aufwiegeln werden. Die Unterbringung in den besonders abgegrenzten neuen Haftbereich ist das einzige Mittel, um solche Gefahren zu vermindern."

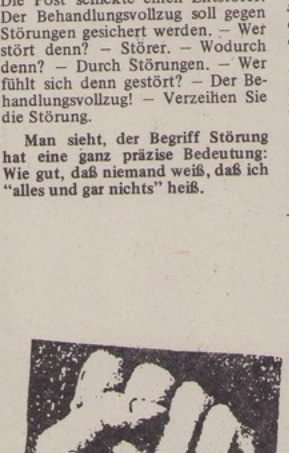
Das Signal Störung ist entlarvt: Flugblätter, Hungerstreiks, Rufkontakte, Gefangenenkontakte, Zellentürnachrichten etc. sind Störungen.

Eve Leithäuser meint, wenn sie Störung sagt: **Widerstand. Störung ist Widerstand, Widerstand ist Störung.**

Warum sagt sie nicht gleich Widerstand? – Weil Widerstand gerecht ist!
Warum sagt sie lieber Störung? – Weil sie lieber nicht gestört wird.

Nehmen wir die Chronologie des Briefes wieder auf. Eva Leithäuser schreibt und ich kommentiere:

Fortsetzung: NÄCHSTE SEITE



Fortsetzung:

TRAKT -

Die Einrichtung einer solchen Sicherungsstation ist mit dem Strafvollzugsgesetz durchaus vereinbar. . . . Das Auge des Gesetzes sitzt immer im Gesicht der herrschenden Klasse

In die Sicherungsabteilung der Aufnahmeanstalt werden Gefangene eingewiesen, ... vom wem?
für die aus den unterschiedlichsten Gründen, ... wer legt die fest?
sei es wegen ihres Verhaltens im Vollzug, ... welchen Verhaltens?
wegen ihrer Gefährdung durch sich selbst . . . soll gerade durch Isolierung Selbstmord verhindert werden?
oder durch andere Gefangene . . . . . soll also der Bedrohte bestraft werden?

oder wegen der Gefährlichkeit von ihnen begangener oder ihnen zur Last gelegter Straftaten . . . . . welche Straftaten sind denn gefährlich und welche nicht?
oder anderer in ihrer Person liegender Gründe . . . . welche Gründe liegen denn in einer Person?
Haftbeschränkungen notwendig werden. . . . . . wer bestimmt die Notwendigkeit?

Daß die den betroffenen Gefangenen damit auferlegten Beschränkungen . . . . . welche Beschränkungen?
so zu wählen sind, ... wer hat hier die Wahl?
daß sie in einem angemessenen Verhältnis . . . . . wer mißt an?
zu ihrem Zweck . . . . . welchem Zweck?
stehen und den Gefangenen nicht mehr und nicht länger als notwendig . . . . . wer legt Härte und Dauer fest?
beeinträchtigen, ist nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel . . . . . welche Mittel sind für wen verhältnismäßig was?

selbstverständlich, ist aber auch ausdrückliche Forderung des Strafvollzugsgesetzes. . . . . . Das Auge des Gesetzes sitzt immer im Gesicht der herrschenden Klasse.

Nachlese:

Eva Leithäuser schreibt:
"In die Sicherungsabteilung werden Gefangene eingewiesen wegen ihrer Gefährdung durch sich selbst."

Hören wir nochmal in Herolds Interview hinein:
"Cobler: Sie wohnen inzwischen sogar schon hier im Amt, auf dem Dach des BKA ...
Herold: Ich bin nicht freiwillig in das Amt gezogen. Ich habe ein schönes Haus im Taunus, was sich unsereins mit bescheidenen Einkommensverhältnissen eben leisten kann.
Cobler: Sie sollen das hier ja einmal als 'mein Stammheim' bezeichnet haben ...
Herold: ... die Wände werden immer dichter, die Hochsicherheitstrakte für alle Institutionen werden immer perfekter – alle kommen wir in den Hochsicherheitstrakt ..."

Leithäuser sagt: In den Hochsicherheitstrakt kommt man wegen Gefährdung durch sich selbst.

Finale

Eva Leithäuser — Kommentar

Die Sicherungsabteilung ist für die Aufnahme von 12 Insassen eingerichtet.
Gegenwärtig sind dort vier . . . . . inzwischen 6
Gefangene untergebracht, von denen übrigens keiner dem Kreis terroristischer Gewalttäter zuzurechnen ist . . . . . Die sogenannten Terroristen waren nur Vorwand, Legitimation für den Bau besonders gesicherter Abteilungen. An politischen Gefangenen wurde ausprobiert, was dann klammheimlich zur Regel wird: Der Hochsicherheitstrakt wird zum Bestandteil des Normalvollzugs: Isolation als Drohung für alle, die sich angeblich nicht in den Behandlungsvollzug integrieren lassen, sich der Kontrolle der Behandelnden entziehen. . . . . .

Natürlich kommen aber auch Gefangene des terroristischen Kreises für eine Unterbringung in der Sicherungsstation in Betracht, ebenso wie alle anderen, allerdings nur, wenn und solange sie in der beschriebenen Weise für den Vollzug im übrigen eine Gefahr sind. . . . . . Zum Beispiel solange es Mißstände im Strafvollzug gibt, die Gefangene veranlassen könnten, mit einem Hungerstreik als letztem Ausweg dagegen zu protestieren. Solange sperre man einige Gefangene in den Hochsicherheitstrakt, damit alle anderen einsehen, daß es gar keinen Zweck hat zu protestieren, und wissen, was ihnen droht.
Die Gefangenen sind auf der Sicherungsstation in Einzelhafträumen untergebracht, die zwar den besonderen Sicherungsbedürfnissen entsprechen, deren Ausstattung aber gegenüber den Zellen anderer Gefangener nicht verändert ist. . . Den besonderen Sicherheitsvorstellungen entspricht vor allem ein Sichtfenster mit Gittern und zusätzlicher Plastikscheibe davor, das sich nicht

arbeiterbuch politische buchhandlung

grindelhof 45 2 hamburg 13

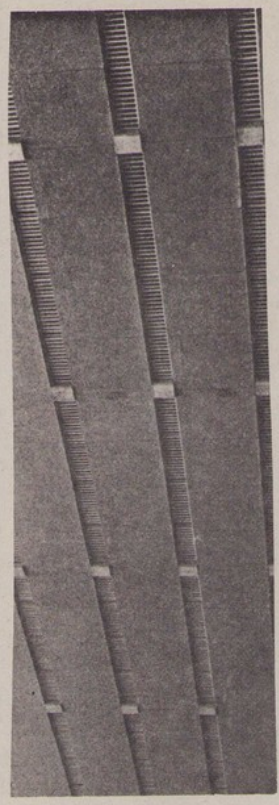
tel. 45 38 01

Johann Most, "Revolutionäre Kriegswissenschaft"
Rixdorfer Verlag 9,80 DM

Ulrike Meinhof, "Die Würde des Menschen ist antastbar"
Wagenbach 9,50 DM

Svende Merian, "Der Tod des Märchenprinzen"
Verlag Buntbuch 28,- DM

Dörfer wachsen in die Stadt – Beiträge zur städtischen Gegenkultur
Zero Verlag 24,- DM



KnAsT IM kNaSt

öffnen läßt. Luft kommt nur durch einen verschließbaren Luftkanal, in dem der Wind weitgehend abgefangen wird, so daß drinnen kaum ein Luftzug zu spüren ist und Außengeräusche nur sehr gedämpft hereindringen. Die Zellen sind ausgestattet mit: einem Stuhl, einem Tisch, einem Bett, einem Schrank, einem Waschbecken mit Wasserhahn, einem Klo. Dabei noch nicht erwähnt ist die Ausstattung der beiden sogenannten Beruhigungszellen im Keller: Einem in den Boden eingelassenen Aluminium-WC, eine gepolsterte Pritsche mit handbreiten Lederriemen zum Anschnallen und schweren Hand- und Fußfesseln. Sie werden verschlossen durch Panzerglas, Gitter und gepolsterte Tür. Sie werden überwacht durch Kameras und Mikrophone. Sie stehen bereit für Gefangene, die durch die bedrückende Atmosphäre und Isolation im Trakt ausklinken. . . . . .

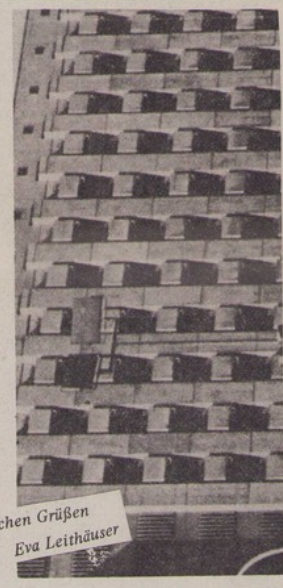
Die Abteilung ist auf einem Stockwerk eines Flügels inmitten der Anstalt so gelegen, daß sämtliche Tages- und Nachtgeräusche gehört werden können. . . . . . Was für Geräusche könnten das sein? Die Isolierstation liegt auf einem eigenen Stockwerk, von anderen Stationen wird kaum etwas zu hören sein. Da bleibt dann das Klappern und Rasseln vom Türenauf- und zuschließen, Schritte auf dem Gang, Stimmen, Geschirrklappern. Daß Geräusche vernommen werden können, hebt die Isolation nicht auf, verzögert höchstens etwas die Zerstörung der geistigen und körperlichen Gesundheit der betroffenen Gefangenen. . . . . .

Unmittelbarer Kontakt zu anderen Gefangenen, die nicht Insassen dieser Abteilung sind, ist allerdings nicht erlaubt. Stimmt genau! Die Ablehnung des Besuchsantrags eines Mitgefangenen von einer anderen Station wurde folgendermaßen begründet: "Ein Besuch in der Sicherungsabteilung ist, um dem Zweck des Aufenthaltes des Herrn X in dieser Abteilung nicht entgegenzuwirken, mit einem hohen Personalaufwand verbunden. Dieser Aufwand wäre nur zu vertreten, wenn es um gewichtige und zugleich förderungswürdige Angelegenheiten gehen würde." . . . . . *(erlaubt ist) hingegen wie bei allen Gefangenen jeglicher Verkehr mit der Außenwelt* . . . . . jeglicher Verkehr mit der Außenwelt heißt zum Beispiel: Die Besucher müssen durch einen Durchsuchungscontainer, werden dort mit einem Metallsuchgerät abgesondet, müssen sich manchmal ausziehen bis auf die Unterwäsche, ihre Kleider durchwühlen lassen und sich selber abtasten lassen. Der Besuch selbst dauert nur eine Stunde. Das Gespräch wird darüber hinaus dadurch behindert, daß die Akustik in dem hohen, kahlen Raum die Stimme so hallen läßt und verzerrt, daß man sehr laut sprechen muß, und dadurch, daß zwei Beamte, die auch sonst auf der Station mit den Gefangenen zu tun haben, dabei sitzen und mithören. Bisher finden die Gespräche über den obligatorischen breiten Tisch hinweg statt. In dem Besucherraum befindet sich aber auch – sozusagen als Drohung im Hintergrund – die Trennscheibe: eine schmale Plexiglasscheibe bis zur Decke hoch, daneben ein Drahtgeflecht zum Durchsprechen, auf der anderen Seite der Raum, in dem dann der Gefangene allein sitzt. Spricht man durch das Drahtgeflecht, kann man den Gefangenen nicht dabei ansehen.

(und erlaubt ist) wenn keine besonderen Gründe entgegenstehen, auch jede Kommunikattion der Gefangenen innerhalb der Sicherungsstation. . . . . . Eine Kommunikation mit den anderen Gefangenen der Station findet mindestens die ersten 4 Wochen überhaupt nicht statt – da werden die Gefangenen erstmal zur "Beobachtung" total isoliert. Und auch danach, wenn überhaupt, nur für 2 1/2 Stunden nach der Arbeit. Und dann:

jeden Tag immer dieselben Gesichter
immer dieselben paar Beamten,
immer dieselben fünf Mitgefangenen,
immer dieselben Gesichter,
immer dieselbe öde Umgebung,
immer dieselben Gesichter,
immer dieselbe öde Umgebung.

Ein eigener Eindruck von den Bedingungen der Unterbringung in dieser Abteilung würde Sie sicherlich davon überzeugen, daß dem Sicherungsgedanken an diesem Platze zwar mehr als in anderen hamburgischen Vollzugseinrichtungen, aber keinesfalls in menschenverachtender oder gar menschenvernichtender Weise Raum gegeben worden ist.



Einschätzung der Knast-Veranstaltung in der Fabrik vom 19.11.

Was hat „Normalvollzug" mit HOCHSICHERHEITS TRAKTS zu tun?

Fuhlsbüttel, Neuengamme, Normalvollzug, Hochsicherheitstrakte sind Begriffe, die Hamburger Bürgern nicht unbekannt sind. Fuhlsbüttel und Neuengamme werden in den Köpfen gehandelt wie Ochsenzoll oder Psychiatrie Eppendorf. Hochsicherheitstrakte hingegen haben nichts mit dem "normalen" Leben der Bürger zu tun, sondern fallen unter den Sammelbegriff "Terrorismus", der irgendwo "da oben" existiert. Terroristen sind eben keine Menschen, sondern negative Halbgötter aus der Unterwelt. So fällt es den Justizbehörden in unserem (?) Lande nicht schwer, alle Widersprüchlichkeiten und Schweinereien, die in den Trakten ablaufen, runterzuspielen und Kritik zu isolieren auf die Spinner. Daß aber die Begriffe Normalvollzug und Hochsicherheitstrakt eng beisammen liegen und tatsächlich eine Einheit sind, wird mehr und mehr Leuten aus der aktuellen Knastarbeit klar.

Diese Klarheit gilt es, weiteren Teilen als der sowieso schon informierten Minderheit zu vermitteln. Als eine Möglichkeit wählten unterschiedliche Knastgruppen (Gefangenen Selbsthilfe, Initiative P.P. Zahl, Grüne, Humanistische Union) eine Veranstaltung in der Fabrik mit Theatersketschen, Wortbeiträgen, Büchertischen und Kif-Kif als musikalischem Reißer.

Erfreulicherweise kamen 200 - 300 Menschen unterschiedlichen Alters und Herkunft – das mag damit zusammenhängen, daß die Veranstaltung von der Kulturbehörde HH mitgetragen wurde in der sogenannten Veranstaltungsreihe "Fabrik Forum".

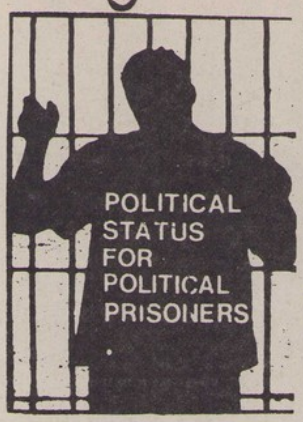
Ansonsten sieht man auf ähnlichen Veranstaltungen (siehe die Veranstaltung im letzten Winter zu den 2.-Juni-Prozessen im Audi Max) immer dieselben Gesichter – eben aus der Randgruppe der Gesellschaft, die über den besten Informationsstand verfügt.

Man kann sicher diesen Abend als "Feigenblatt-Effekt" des liberalen Hamburger Senats einstufen und Zweifel anmelden, ob der Weg mit Behörde und Kommerz-Fabrik richtig ist. Tatsache ist jedoch, daß wir als isolierte Minderheit den Versuch immer wieder unternehmen müssen, die Nachrichtensperre, die über Presseschliches (s. Bild) in der Gesellschaft errichtet ist, zu durchbrechen. Die Form ist vielfältig und muß von dieser Art Veranstaltung bis zur militanten Unterstützung von Widerstand im Knast reichen.

Schade ist, daß Widerstandsformen gegen den Knast nur von einer zu kleinen, aktiven Minderheit diskutiert und praktiziert werden. Ansonsten müßten auch wir in der Lage sein, Veranstaltungen wie diese durchzuführen, ohne Fabrik und Senat; und was noch wichtiger ist: Wir müssen die Öffentlichkeit durch massive Aktionen gegen Knast und Hochsicherheitstrakts sensibilisieren, so daß auch Veranstaltungen wie die zum 2. Juni sich nicht nur im Kreis drehen um immer dieselben Leute.

Nochmal zu dieser Veranstaltung: Der Zusammenhang zwischen Trakt und Normalvollzug wurde durch einige Beiträge gut nahegebracht. So wurde in einem Beitrag gesagt, daß die Isoliertrakte als hochempfindliche Therapiezentren im Knast zu verstehen seien. D.h. jede/r Gefangene muß damit rechnen, in diese Trakte verlegt zu werden, sobald er/sie als "störend" im Normalvollzug empfunden wird. Jeder Widerstand oder jede Störung können dazu führen, daß "Normal"-gefangene "therapiert" werden.

Im Endeffekt bedeutet Hochsicherheitstrakt: Verfeinerte Zerstörung der Persönlichkeit mit Psycho-Technik.



LONG KESH

Am 27.10.1980 begannen die irisch republikanischen Kriegsgefangenen erneut einen Hungerstreik zur Durchsetzung der Forderung nach Anerkennung des politischen Status und Behandlung gemäß der Genfer Konventionen von 1949, die zum Schutz von Kriegsgefangenen aufgestellt worden sind.

1972 hatten die britischen Besatzer den irischen Kriegsgefangenen den politischen Status zuerkannt nachdem 5 Gefangene einen Hungerstreik im Brumblin Road Jail begonnen hatten und ihr Kampf durch massenhafte Demonstrationen und militärische Angriffe auf britische Ziele unterstützt worden war. Die 5 Gefangenen beendeten ihren Hungerstreik am 19.6.1972 in Long Kesh, wohin sie verlegt worden waren, mit der Zusage, ihnen den politischen Status zuerkennen.

1974 empfahl eine Komission, die von dem britischen Parlament eingesetzt worden war und von einem ehemaligen Armeegeneral geleitet wurde, den politischen Status wieder abzuschaffen, und begründeten dieses damit, daß die Gewährung des politischen Status eine zentrale Ursache für die Fortführung der Gewalt in Nordirland sei.

1976 entschied sich die Labourregierung dann dafür, den politischen Status wieder abzuschaffen, und benutzte Gelder aus dem EG Fond für unterentwickelte Randgebiete dazu, in allen nordirischen Knästen Isolationstrakts zu bauen. Diese Entscheidung der Briten muß im Zusammenhang mit dem westeuropäischen Konzept zur Widerstandsbekämpfung gesehen werden, das darauf abzielt, bewaffneten politischen Widerstand zu kriminalisieren, die Kämpfer von der Bevölkerung zu isolieren und ihnen jede politische Motivation für ihren Widerstand abzusprechen. Mit dieser Kriminalisierung der politischen Gefangenen wollen die Briten vortäuschen, daß es in Nordirland keinen politischen Widerstand gegen sie gibt und in der "normalen" irischen Gesellschaft nur kriminelle Gefangene existieren.

GARTREE PROTEST

Für die Kriegsgefangenen hieß diese Entscheidung, daß jeder, der nach dem 1.3.76 verurteilt wurde, nicht mehr gemäß dem Kriegsgefangenenstatus behandelt wird, sondern wie jeder Gefangene Knastklamotten tragen und Zwangsarbeit verrichten sollte, vor allem aber, daß sie nicht mehr die Möglichkeit hatten, ihre Organisationsstrukturen beizubehalten und voneinander isoliert wurden.

Um sich gegen die Kriminalisierung des politischen Widerstandes zu wehren, weigerte Kieran Nugent sich am 14.9.76 als erster, die für die Gefangenen vorgeschriebenen Knastklamotten anzuziehen, und hüllte sich nur in ein Bettlaken ein. Weiterhin verweigerte er, die Zwangsarbeit zu verrichten. Als Antwort darauf wurde er von jeglichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen, durfte weder Besuch noch Briefe, Zeitungen oder Radio empfangen. Im Laufe der Zeit schlossen sich 440 Genossinnen aus dem Frauenknast Armagh und Genossen aus Long Kesh dem Deckenstreik an.

Die Haftbedingungen wurden immer stärker verschärft. So wurden die politischen Gefangenen in Long Kesh in den H-Blocks konzentriert. Ihnen wurde nur noch eine Decke zur Bekleidung gelassen und eine Matratze zum Schlafen.

Die Knastleitung versuchte immer wieder, den Widerstand der Gefangenen durch Schikanen und Folter zu brechen.

So verweigerte die Knastleitung den Gefangenen jede medizinische Versorgung solange die Gefangenen die Knastklamotten nicht tragen, schalten im Winter die Heizung ab und im Sommer an. Wer sich beim Arzt über die Schließer beschwert, die die Gefangenen in regelmäßigen Abständen zusammenschlagen, wird erst recht zusammengeschlagen und bekommt eine Anklage wegen Angriffs auf die Schließer und wird dann in einen Bestrafungsbunker verschleppt. Dort wird der Gefangene dann auf "Diät" gesetzt, das heißt, er bekommt gerade so viel zu essen, daß er nicht stirbt.

Als die britischen Besatzer 1978 immer noch nicht auf die Forderungen der Kriegsgefangenen eingegangen waren, traten am 20.3. 1978 300 republikanische Gefangene in einen Dreckstreik, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben.

Sie weigerten sich, ihre Scheißkübel selber zu leeren, sich zu waschen oder duschen und ihre Zelle sauber zu machen.

In einem im Dez. 1979 aus Long Kesh rausgeschmuggelten Brief beschreiben die Gefangenen ihre Lage folgendermaßen:

Seit die britische Regierung im März 1976 den politischen Status abgeschafft hat, haben sich die Bedingungen in den H-Blocks drastisch verschlechtert. Einige von uns sind nun im vierten Jahr totaler psychischer wie physischer Deprivation, ohne daß es Anzeichen von nur geringster Verbesserung gäbe. Wir haben keinerlei Zugang zu Fernsehen, Radio, Zeitungen, kommerziellen wie religiösen Magazinen; nicht einmal die Bibel hat man uns gelassen. Jegliche Form von mentaler Stimulation wird uns entzogen. Wir dürfen keine Briefe schreiben, noch Papier oder Kugelschreiber haben. Wir erhalten nur begrenzt Post, was ganz im Ermessen der Gefängniswärter liegt; wir dürfen diese dann nur wenige Stunden in unseren Zellen haben, dann wird die Post aus unseren Zellen entfernt oder gar vor unseren Augen zerrissen. Manchmal wenn wir Glück haben und Briefe bekommen, sind Seiten entfernt, so daß der Inhalt keinen Sinn ergibt. Des öfteren werden Informationen über unsere Familien, Frauen, Väter und Mütter zensiert in dem offensichtlichen Versuch, unsere Besorgnis zu steigern. Wir sind den ganzen Tag – 24 Stunden – eingeschlossen; keinerlei Hofgang oder Bewegung! Wir sind nackt – bis auf eine Decke oder ein Handtuch. Es gibt keine Möbel in unseren Zellen, lediglich eine Schaumgummimatratze. Einige von uns nähern sich dem vierten Winter in dieser Hölle unter Bedingungen unbeschreiblichen Dreckes, da sogar unsere normalen Körperfunktionen seit März 1978 als Waffe gegen uns gewendet werden. Wir werden regelmäßig geprügelt, an Bart oder Haaren gezerrt, geschlagen, getreten und mit Knüppeln oder Schlüsselbunden traktiert. Oft werden wir ohne jede Vorwarnung mit Wasserschläuchen unter großem Druck niedergespritzt oder mit Desinfektionsmitteln, die einen fast erblinden lassen, besprüht. Es ist nichts ungewöhnliches, daß nachts Reinigungsmaschinen laufen, um uns den Schlaf zu rauben, daß Desinfektionsmittel im Trinkwasser ist oder Rasierlotion in unseren zu einem Viertel vollen Teetassen. Wir sind aus den Zellen gezerrt und gewaltsam gewaschen worden, abgeschrubbt mit Decksschrubbern in kochendem Wasser, solange bis unsere Haut wundgerieben war, anschließend mit eiskaltem Wasser begossen und dann mit einem weißen Desinfektionsmittel bedeckt. Haare und Bärte wurden uns gewaltsam geschnitten. Wenn wir einen anderen Flügel der H-Blocks betreten, etwa zum Besuch oder wenn wir zur Messe gehen, werden wir erniedrigenden "Mirror-Searches" unterworfen: wir müssen über einem Spiegel kauern, während unser Anus – manchmal per Klammer offengehalten – mit dünnen Metalldektoren, Kugelschreibern, Bleistiften und Fingern – mit und ohne Handschuh – untersucht wird, während wir von bis zu 8 Wärtern festgehalten werden, die uns über den Spiegel prügelten.

Genossen, die verdächtigt werden, Kassiber geschmuggelt zu haben, kommen in die Zellen des Punishment-Blockes bis sie ihren Stuhlgang hatten und ihre Exkremente untersucht wurden.

Wir werden nicht medizinisch versorgt und selbst bei geringfügigen Schmerzen – etwa bei Kopfschmerzen – bekommen wir Tabletten nur, indem wir unter Angabe unserer Knastnummer und Tragen der Knastklamotten die Wärter, die wir mit "Sir" anzureden haben, darum fragen. Aus diesem Grunde erhält keiner der Blanketmen eine ordnetliche medizinische Behandlung. Um die Politik systematischer Brutalität zu vervollständigen, versucht man uns zur Unterwerfung zu zwingen, indem man uns hungern läßt. Unsere Essenrationen sind kaum ausreichend, uns am Leben zu halten. Wir sind ununterbrochen hungrig. Manchmal – wenn wir Glück haben – bekommen wir eine dünne Scheibe Fleisch zu unserer Hauptmahlzeit, einem Schlag Kartoffeln, halbiert, was als Doppelration gilt, und einem Löffel Erbsen oder Karotten. Aber in den H-Blocks sind Annehmlichkeiten rar und wir haben lange schon den Geschmack von Marmelade, Salz, Zucker oder Soße vergessen.

Wenn wir uns strecken, haben wir manchmal das Gefühl, als würden unsere Knochen die Haut zerreißen. Manchmal denken wir nicht darüber nach, und wenn wir uns sonntags während der Messe sehen, wissen wir, daß es uns immer schlechter geht.

Als ob nicht all dies schon genug wäre, wird auch die Heizung unserer Zellen nicht in Ruhe gelassen. Nachts, wenn die Heizung runtergedreht ist oder oftmals auch ganz aus, haben sich manche von uns eine Art Hängematte aus ihrem Blankett gemacht, indem dieses an den Heizröhren verknotet wurde und uns somit an diese anband. Das bedeutet, daß wir die ganze Nacht auf einer Seite schlafen müssen, aber so erfrieren wir zumindest nicht.

Das ist all das, was H-Block heißt.

Diese Bedingungen existieren hier in Irland, nicht in Chile oder Brasilien oder Südafrika, Zimbabwe oder Argentinien. Die meisten von uns sind hier wegen Aktionen gegen die britische Herrschaft, und wir entschuldigen uns nicht für das, wovon wir überzeugt sind.

Aber wir stellen sehr wohl die Ernsthaftigkeit derjenigen in Frage, die unsere Aktionen verurteilen, aber bis jetzt zur Frage der H-Blocks stumm blieben. Es gibt gewiß kaum ein besseres Beispiel moralischer Verkommenheit."

Da die Briten immer noch nicht auf die Forderung der politischen Gefangenen reagiert haben, haben sich die Gefangenen entschlossen, ihren Kampf um den Kriegsgefangenenstatus durch einen Hungerstreik zu verschärfen.

RUC – Folterzentrum nach Provo-Angriff

HUNGERSTREIK ERKLÄRUNG

Die folgende Erklärung ist ein aus dem Knast herausgeschmuggelter Brief des Public Relation Officer (P.R.O.) der im "Deckenprotest" befindlichen Gefangenen in den H-Blocks von Long Kesh:

"Wir, die republikanischen Kriegsgefangenen in den H-Blocks, Long Kesh, fordern unsere politische Anerkennung und die Zuerkennung des Status des politischen Gefangenen. Wir fordern dieses Recht als gefangene Kombattanten in dem fortwährenden Kampf um nationale Befreiung und Selbstbestimmung. Wir wehren uns aufs Schärfste gegen die Bezeichnung als Kriminelle, mit der die Briten versucht haben, uns und unseren Kampf zu diffamieren, und verweisen auf die die Teilung festschreibenden Institutionen der 6 Counties hin, als dem ausschließlichen kriminellen Aspekt im gegenwärtigen Kampf.

Wir alle wurden unter repressiven Gesetzen verhaftet, verhört und oft in den RUC-Zentren gefoltert, sowie durch Sondergerichte ohne Geschworene zu langen Gefängnisstrafen abgeurteilt. Danach wurden wir in die H-Blocks gesteckt und es wurde von uns erwartet, vor der britischen Administration auf die Knie zu fallen und ihre Gefängnisuniform zu tragen. Alle Versuche, uns zu kriminalisieren, zielten darauf ab, den irischen nationalen Befreiungskampf zu entpolitisieren.

Wir brauchen nicht noch einmal die weitbekannten, fast perfekten Formen von Folter, Entwürdigungen und Entbehrungen zu wiederholen, denen wir ausgesetzt waren und sind. Dadurch konnte unser Widerstand nicht gebrochen werden.

Während der letzten 4 Jahre haben wir ihre Brutalität unter erbärmlichsten Bedingungen ertragen – sie ließen uns nackt in unseren Zellen und beraubten uns unserer Individualität – doch wir widersetzten uns dem Versuch, uns zu brechen. Weitere Repression wird lediglich dazu dienen, unsere Entschlossenheit zu stärken und die unserer Genossinnen, die den gleichen Bedingungen im Knast von Armagh ausgesetzt sind. Während dieser Zeit haben viele Individuen, kirchliche Würdenträger, politische Organisationen und Teile der Medien die Art und Weise wie wir behandelt wurden, verurteilt. Doch trotz der Forderungen für eine Lösung des H-Block Protestes blieb die britische Regierung unnachgiebig und entfaltete eine rachsüchtige Arroganz in der Behandlung dieses Problems. Sie weigerte sich, auf unsere Forderungen angemessen zu reagieren, was nur ein weiteres Licht auf ihre Haltung zu der gesamten irischen Frage wirft.

Im Bewußtsein, welche schwerwiegenden Folgen dieser letzte Schritt nicht nur für uns, sondern auch für unsere Genossen darstellt, wollen wir klarstellen, daß jede andere Möglichkeit nun ausgeschöpft ist, und, in der Absicht die Tradition jener fortzusetzen, deren Erbe wir übernommen haben, treten wir nun in einen Hungerstreik.

Wir rufen das irische Volk auf, uns in unseren berechtigten Forderungen zu unterstützen, und wir sind der festen Überzeugung, daß diese Unterstützung in den nächsten Tagen von großer Bedeutung sein wird.

Wir rufen alle Solidaritäts- und Unterstützungsgruppen auf, ihre Bemühungen zu intensivieren. Mit vollem Vertrauen sehen wir der Unterstützung der emigrierten Iren in Amerika, Australien und der ganzen Welt entgegen.

Wir erklären den politischen Status zu unserem Recht und kündigen an, daß ab Montag, 27. Okt. 1980, ein Hungerstreik von Gefangenen beginnt, die die H-Blocks 3, 4 und 5 repräsentieren.

Unser breit anerkannter Widerstand hat uns durch 4 Jahre größter Leiden getragen und er wird uns, wenn notwendig, durch den bitteren Höhepunkt des Todes tragen.

gez. P.R.O./H-Block-Blanketmen
Long Kesh Camp
10. Oktober 1980

EIN WOHNMODELL WIRD ZERSTÖRT !
SELBSTVERWALTUNG FÜR DEN STIFT !

Ein Wohnmodell wird zerstört! Selbstverwaltung für den Stift!

Trotz der beschissenen Situation, jedes Jahr neu um die Verlängerung der "Miet"-Verträge bangen zu müssen, obwohl mancher den Stift nur als billige Unterkunft (halt als Studentenwohnheim) betrachtet, haben die Stiftler in den vergangenen 9 Jahren in Eigeninitiative zusammen Gärten angelegt, die Häuser repariert so gut es ging, Bäder + Klos eingebaut (hat zwei Jahre gedauert, bis das Studentenwerk die Kohle rübergeschoben hat!) und diverse Selbsthilfegruppen eingerichtet: eine Food-Coop, die mit ihren dumping-Preisen dem 'Schwarzbrot' Kopfschmerzen bereitet; eine Teestube, eine Babygruppe, eine AKW-BI, eine offene Sozialarbeitsgruppe und was weiß ich was noch.

Es gibt im Stift Spezialisten für Radio/Fernsehsachen, Boxenbau, Elektrik (hä,hä), Autos, Schiffsbau, Wohnmobilbau, Bhagwan, auch Fotografen, Gärtner (oh, mary-jone), Bäcker, "Winzer", Musiker. . .

Die Schröderstiftswiese ist im Sommer Kommunikationszentrum für alle möglichen Leute aus der Gegend und aus der Uni. Der Stift ist eine der letzten grünen Inseln in der Stadt – von den "öffentlichen" Parks mal abgesehen.

Als die Räumung angekündigt wurde, haben die Bewohner mit einem JETZT ERST RECHT reagiert.

Hier soll eine Chance, ein Vielleicht-Modell zerstört werden! Die Werkstatt 3 ist toll, aber halt eine alte Fabrik. . . (wir brauchen beides!)

Schaut euch den Stift mal an! Stellt euch ein selbstverwaltetes Projekt Schröderstift vor . . . (ich bin so ein Träumer). . .

DER STIFT MUSS STEHEN BLEIBEN !

Bis jetzt ham wir noch "alles im Griff auf dem sinkenden Schiff" – Laßt es nicht absaufen!

Paul

EINTRITT FREI !

"NUR" WOHNRAUMVERNICHTUNG

Seit geraumer Zeit sind wir – rund 120 Mieter und Studenten – einer Situation ausgeliefert, die meines Erachtens am ehesten mit dem Begriff Psychoterror bezeichnet werden kann:

Unser Wohnraum und unsere Wohnkultur, schlicht: unser Zuhause wird zerstört. Da wohnt nun ein Mensch über Jahre hinweg in einer Umgebung, die ihm vertraut ist, die er sich gestaltet und um die er sich berechtigt über Jahre hinweg Sorgen macht, weil eben dieses Zuhause systematisch dem Verfall ausgesetzt ist, da die Verantwortlichen wieder einmal etwas ganz anderes im Kopf haben als Instandsetzung vorhandenen Wohnraums.

Es ist die Rede vom ehrwürdigen Schröderstift zu Füßen des Fernsehturms.

Es ist ja nicht nur so, daß wir unsere Wohnungen verlieren sollen – das wäre ja ein Klacks, dann suchen eben 120 Studenten ganz auf die Schnelle eine neue – nein, darüber hinaus befinden wir uns auch z.T. im Examen, mitten im Studium, im Familienglück, im Leistungsstreß an der Uni, in finanziellen Schwierigkeiten und schließlich so ganz nebenbei in der Situation, daß der Schröderstift nun abgerissen werden soll.

Dies ist eine außerordentliche Unverschämtheit seitens der SAGA (wieder einmal!!), des Hamburger Senats und des Studentenwerks. Das ist keine Politik für den Bürger, meine Herren, das ist unüberlegte und gegen den Bürger gerichtete Willkürpolitik!

Wir, die Mieter des Schröderstifts sind nicht die ersten und einzigen, welche durch eine solche falsche Politik in Not geraten. Was sollen wir mit einem neuen Rathausmarkt, der Millionen verschlingt, wenn wir unsere Wohnungen verlieren, weil es sich nach Ihrer Meinung nicht lohnt, Wohnraum zu erhalten?

Nun – die Bewohner des Schröderstifts sind fassungslos und mehr als betroffen angesichts der Tatsache, daß nun jeden Tag die Polizei in Kolonne auffährt, um das zu tun, was sie ihre Pflicht nennt: Bürger aus ihren Wohnungen zerren, welche systematisch und bewußt nicht subventioniert werden.

Mögen sich doch einmal alle betroffenen Bürger, die ähnlichem Obrigkeitsdruck ausgesetzt waren und noch sein werden, fragen: nur Wohnraumvernichtung, weil Finanzplaner es so wollen?

Ein Mieter des Schröderstifts,
zu Füßen des Fernsehturms
Bernd Leonard

Solidaritätsfest für den Erhalt des Schröderstifts

"TANZ AUF DEM VULKAN"

Man Soll die Feste feiern wie sie fallen. Obwohl wir nach Meinung einiger sich kompetent fühlender Bürokraten unsere Weihnachtsbäume unter den Brücken von Hamburg aufstellen sollen – wir wollen feste Feiern.

Für Samstag, den 13.12. 80 haben wir die Mensa Schlüterstraße gemietet.

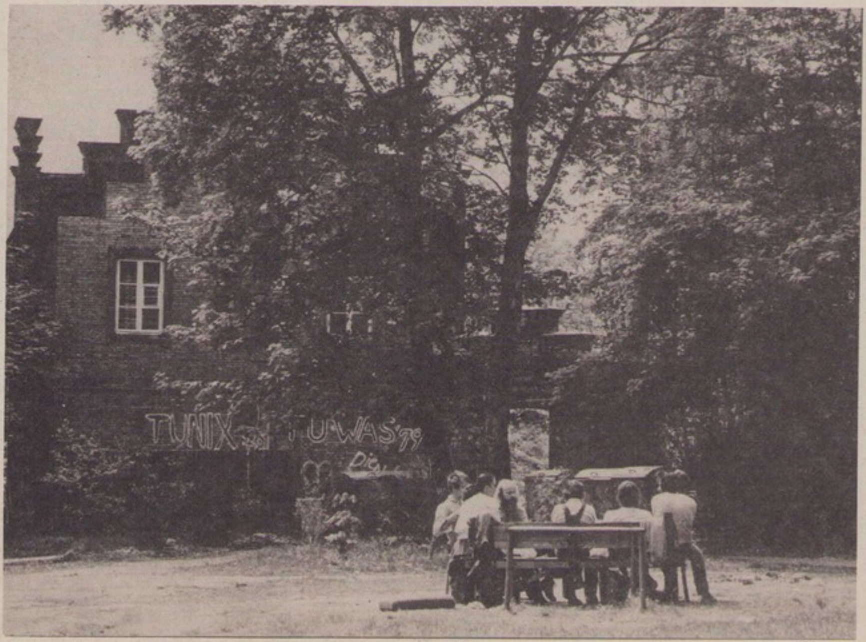
Mit allen, die sich mit uns solidarisch fühlen, wollen wir tanzen, lachen, reden, trinken, essen . . . Spaß haben!

Viel Musik zum Austoben, Informationen aus erster Hand, denn wir sind alle da und einige Überraschungen im Programm.

Beachtet unsere Plakate zum Programm und kommt am

Samstag, den 13.12.1980 in die
Uni-Mensa, Schlüterstraße zum
TANZ AUF DEM VULKAN
dem letzten großen Fest dieses Jahres.

Kontakt: Mieterinitiative Schröderstift — **Christa**



Wer keine Probleme hat, der schafft sich welche !

In einer Stadt, in der 60.000 Menschen eine Unterkunft suchen, ist es für Einkommensschwache fast unmöglich, eine Wohnung zu finden.

In dieser Situation hat die Behördenspitze des Bezirksamtes Eimsbüttel in der letzten Woche die Räumung des Schröderstifts beschlossen.

Sie begründet diese Entscheidung mit dem Argument, daß für Leib und Leben der Bewohner keine Garantie mehr übernommen werden kann. Aber selbst ein von der SAGA beauftragtes "Gefälligkeitsgutachten", das nur die 8 schlechtesten der 20 Gebäude erfaßt, kommt zu dem Fazit, daß die Sicherheit der Bewohner nicht gefährdet ist. Außerdem ist den zuständigen Behörden der Zustand der Gebäude seit mehreren Jahren bekannt.

Seit Jahren haben sie versäumt, eine Entscheidung zu treffen, was mit dem als Universitätserweiterungsbaugelände ausgezeichneten Grundstück passieren soll.

Statt dessen bieten sie uns nun an, in Containern, Jugendherbergen oder geräumten Krankenhäusern zu wohnen.

DAS LASSEN WIR NICHT MIT UNS MACHEN !

Nur den zahlreichen Eigeninitiativen und dem politischen Druck der Bewohner des Schröderstifts ist es zu verdanken, daß die Gebäude nicht gänzlich verfallen sind. Während dessen sind unzählige Gelder über unsere Köpfe hinweg in Gutachten und Verwaltung verschwendet worden. Wir haben durch unsere Eigenarbeit bewiesen, daß wir diese Gelder besser einsetzen könnten!

Diese gemeinsam ausgeführte praktische und politische Arbeit hat die Bewohner des Schröderstifts fest zusammengeschweißt.

Wir fordern den ERHALT DES SCHRÖDERSTIFTS – und eine breite Öffentlichkeit unterstützt unsere Forderung!

Günther

Anja Meulenbelt
FEMINISMUS UND SOZIALISMUS
– Eine Einleitung
Konkret Verlag — DM 9.80

ALLERLEI FRAU
Gedichte, Geschichten, Erträumtes aus der Gruppe Schreibender Frauen
Frauenliteratur Verlag — DM 18.--

HEIMATLOSE GESELLEN – Ein Buch über "nichtseßhafte" Männer
ms edition — DM 19.80

Männersexualität
Gespräche, Bilder, Notizen
Verlag Roter Funke — DM 10.--

BUCHLADEN IN DER OSTERSTRASSE
2000 Hamburg 19 Osterstr 156 Tel.: 4919560

Geschichte des Schröderstifts

Der Schröderstift verdankt seine Existenz der mildtätigen Stiftung des Bankkaufmanns Heinrich Schröder, dem Sohn eines Hamburger Bürgermeisters. Die Stiftung war für Freiwohnungen für Bedürftige mittlerer und höherer Stände gedacht. Unter Leitung des bekannten Architekten Rosenbaum wurde der Schröderstift 1852 erbaut. Er hat außer dem Schröderstift noch zwei Synagogen entworfen, die beide im 3. Reich zerstört wurden. Die Kirche, die den Mittelpunkt des Stifts bildet, steht z.Zt. als einziger Teil der Gebäude unter Denkmalschutz und wird von der Hamburger Griechisch-Orthodoxen Gemeinde benutzt.

Im 2. Weltkrieg brannte ein Teil des Stiftes ab. Arbeiter von Blohm & Voss, die nach dem Krieg für drei Jahre in den Stift einquartiert wurden, mußten als Gegenleistung den zerstörten Teil des Stiftes wieder aufbauen.

Nachdem 1967 ein Grundstückstausch stattgefunden hatte, wurden die ausschließlich älteren Bewohner in ein neues Heim in Kiwittsmoor gesteckt. Die SAGA, die nun den Stift treuhänderisch verwaltete, vermietete die Wohnungen an das Studentenwerk. Als 1971 ein Teil der Gebäude an der Bundesstraße und am Schröderstiftweg abgerissen wurde, zogen die ersten Studenten ein.

120 Studenten wohnen jetzt seit 9 Jahren im Schröderstift beim Schlump. Seitdem die Häuser an das Studentenwerk vermietet worden sind, sind keine grundlegenden Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Trotzdem erstellte der Architekt Prof. Beer im Frühjahr dieses Jahres für die Stadt Hamburg ein Gutachten, in dem die bauliche Substanz des Stiftes positiv beurteilt wurde.

Die SAGA ließ daraufhin ihrerseits ein zweites Gutachten erstellen. Der Gutachter Herr Jonas, der schon oft für die SAGA tätig war, kam in kürzester Zeit zu dem Urteil:

"Obwohl ... keine Einsturzgefahr besteht, können die Gebäude nur noch abgebrochen werden, da die Durchfeuchtung für meine Begriffe ein Bewohnen unzumutbar macht."

Nun hat das Bezirksamt nach Rücksprache mit der SAGA paradoxerweise aufgrund dieses Gutachtens, wegen angeblicher Gefahr für Leib und Leben der Bewohner, die kurzfristige Räumung nach SOG 3 (Sicherheit- und Ordnungsgesetz) über die Köpfe des Kerngebietsausschusses und der betroffenen Mieter hinweg beschlossen.

Die 120 Mieter haben seit dem 31.10.80 keine Mietverträge und müssen täglich mit einer Räumung rechnen. Durch die Anwendung der Klausel "Gefahr im Verzug" (SOG 3) umgeht die Behörde jede juristische Auseinandersetzung mit den Mietern.

WIR WOLLEN WOHNEN BLEIBEN !

Kontakt-Nummern:

Gerd Hamann	410 52 63
Paul Siems	45 30 98
Gabi Leuteritz	45 13 76

Watt willt
datt witt

. . . na bis denn

Frauenhaus * ein Fest im Wohnungsamt!

Fast 100 Frauen und Kinder aus den 4 autonomen Hamburger Frauenhäusern besetzten am 20.11. das Bezirksamt Wandsbek. Dies geschah im Rahmen der norddeutschen Aktionstage, in denen wir öffentlich die Schwierigkeiten darstellen wollten, die autonomen Frauenhäusern und den darin lebenden Frauen gemacht werden. In den meisten Städten steht an erster Stelle das Problem der Finanzierung der Häuser. Die meisten Städte versuchen, die mißhandelten Frauen mit einem pro Kopfgeld abzuspeisen (Finanzierung nach dem § 72 Bundessozialhilfegesetz). In Hamburg haben 2 Frauenhäuser nach längerem Kampf erreicht, vom Senat über einen Haushaltstitel finanziert zu werden. Die Arche, das Frauenhaus für mißhandelte Prostituierte und geschlagene Frauen, wird noch nach dem § 72 BSHG finanziert.
Der § 72 geht davon aus, denjenigen Hilfen zu gewähren, die zu einer "Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft" nicht fähig sind und die diese "Schwierigkeiten aus eigenen Kräften und Mitteln nicht überwinden können". Außerdem verlangt der § 72, daß über die Frauen Einzelfallberichte geschrieben werden, die ihnen diese Unfähigkeiten attestieren, da sonst eine Finanzierung für ihren Aufenthalt unterbleibt. Für die in der Arche lebenden geschlagenen Frauen und alle Kinder erfolgt überhaupt keine Finanzierung. Diese von der Behörde gemachte Trennung zwischen mißhandelten Prostituierten und mißhandelten Ehefrauen und die Diskriminierung der Frauen durch Einzelfallberichte wollen die Frauen aus der Arche nicht und fordern deshalb auch einen Haushaltstitel. Am Freitag wurde dies in einem Offenen Brief an die Behörde deutlich gemacht.

Um die Diskriminierung der Frauen aus Frauenhäusern bei der Wohnungssuche ging es den Frauen aller 4 Frauenhäuser bei ihrer gemeinsamen Aktion im Wohnungsamt Wandsbek.

Z.B.: Ruth lebt seit 1 1/2 Jahren im Hamburger Frauenhaus. Von dort aus hat sie für sich und ihre 4 Kinder einen Dringlichkeitsschein. Ihr wurde aber keine Wohnung angewiesen, und sie hat versucht, über Makler, Saga und Bekannte was zu finden. Erstaunlicherweise hat sie auch 3 Angebote erhalten, doch daß sie dabei als "Freiwild" betrachtet wurde, hat sie sehr schnell erfahren müssen.

Beim ersten Mal wollte der sehr rührige Saga-Wohnungsvermittler ihr eine Wohnung in Cuxhaven anbieten und sich selbst gleich noch als Mitbewohner dazu. Das 2. Angebot war noch "besser". Ruth hatte sich bei einem Arzt um eine MTA-Stelle beworben und ihm ihre Lage geschildert. Er schlug ihr dann vor, zu ihm ins Haus zu ziehen und 6 Tage im Monat für 800 DM zu arbeiten. Doch dieses überwältigende Angebot hatte einen Haken. Am Tage würde er arbeiten und nachts würde er leben, meinte der Arzt, und daraufhin schlug Ruth auch dieses Angebot aus. Beim 3. Mal scheiterte es daran, daß Ruth zwar die Vermittlungsgebühr für den Makler auf den Tisch legte, aber den vom Makler geforderten Bürgen nicht stellen konnte.
Ruth hat sich weiterhin beim Wohnungsamt um eine Wohnung bemüht. Freundlich wurde ihr dann auch immer mitgeteilt, daß keine vorhanden wäre – trotz Dringlichkeitsschein – auch eine Form der Ablehnung. Sie will im Dezember eine Ausbildung anfangen und auch wegen der schulischen Situation für ihre Kinder braucht sie dringend eine Wohnung.

10.00 Uhr: Das Wohnungsamt ist besetzt, die Gänge voller Frauen und Kinder, wir feiern dort ein Fest: ein Kuchenbuffet auf einer Bank, auf einer anderen gibt es was zu trinken, Wohnungssuchende und Sozialhilfeempfänger bekommen Orangensaft, Kinder toben durchs Haus, Frauen machen Musik.
Vor dem Amtseingang weht ein lila Bettuch: "Das Wohnungsamt ist besetzt".Wohnungsgutscheine und Flugblätter werden verteilt, Passanten finden die Aktion richtig.

Der Bezirksamts- und der zuständige Abteilungsleiter versuchen, Haltung zu bewahren und geben sich fortschrittlich-souverän, verständnisvoll. Dem baldigen Verhandlungsangebot – wie üblich sollen nur 3 Vertreterinnen verhandeln – folgen alle Frauen: der Bezirksamtsleiter versucht aufzulisten, was er schon alles für das Frauenhaus gemacht hat – die Frauen zwingen ihn, auf Ruth's Forderungen einzugehen.
Ruth werden 3 Wohnungen angeboten, 2 davon in Steilshoop, aber Ruth weigert sich, ins Wohnghetto zu ziehen. Sie könnte es nicht ertragen, nur auf Häuser sehen zu müssen. Diese Kälte und einförmige Umgebung lehnt sie auch für ihre Kinder ab. Ihre Argumente gegen Steilshoop werden vom Amtsleiter der Pressse gegenüber auf die Aussage reduziert, Steilshoop sei "asozial". Für ihn, der selbst in einem Einfamilienhaus lebt, ist Steilshoop ein Musterprojekt, z.B. wegen seiner vielfältigen Spielmöglichkeiten für Kinder. Ruth versteht unter Kinderfreundlichkeit etwas anderes.

Ruth ist nur ein Beispiel wie schwierig es gerade Frauen aus Frauenhäusern gemacht wird, trotz Dringlichkeitsschein eine Wohnung zu bekommen. Diesen überhaupt genehmigt zu bekommen ist schwierig: Einer Frau wurde er z.B. mit der Begründung verweigert, sie wohne zu kurz in der Arche. Aber bei der Wohnungssuche sind gerade Frauen aus Frauenhäusern auf die Hilfe der Wohnungsämter angewiesen. Auf dem "freien Wohnungsmarkt" haben sie so gut wie keine Chance. Den Wohnungssuchenden werden meist Fragebögen vorgelegt, die Fragen nach Beruf, Arbeitgeber und Bruttoeinkommen enthalten und unterschrieben werden müssen. Ist eine Frau arbeitslos oder bezieht sie Sozialhilfe, braucht sie sich gar nicht zu bewerben. Bei Maklern wird die "Ausscheidung" von "Problemmietern" noch sorgfältiger getroffen. Bei Mietwilligen werden z.T. standarisierte Fragebögen vorgelegt, die über die o.g. Angaben hinaus noch folgende Auskünfte verlangen: z.B. ob die Miete in den letzten 12 Monaten regelmäßig gezahlt wurde, wer der letzte Vermieter war, ob Möbelschulden vorhanden sind, oder ob die Möbel, die in die zu mietende Wohnung mit eingebracht werden sollen, schon abgezahlt sind, ob schon einmal eine Räumungsklage erfolgte. . . Oft werden Frauen schon diskriminiert, weil sie im Frauenhaus wohnen.

13.00 Uhr: Der Amtsleiter gibt eine Pressekonferenz mit Journalisten: die Betroffenen werden ausgeschlossen. Wir besetzen derweil das Vorzimmer. Ein Vermerk in den Kalender der Sekretärin: Das Frauenhaus war hier. Frauen spielen vor, wie es sein sollte: unkomplizierte Wohnungsvergabe, Kleidergeldvergabe ohne Rechtfertigung, Sozialhilfe ohne diskriminierende Fragen.

Kurz nach 13.00 Uhr Abbruch der Aktion: Wir erfahren, daß Sabine einen Selbstmordversuch im Frauenhaus gemacht hat. Sie hat sich mit Spiritus übergossen und selbst angezündet. Sie liegt mit lebensgefährlichen Verbrennungen im Krankenhaus.
Betroffenheit, Angst, Wut und Hilflosigkeit. . .
Wir wissen wieviel Kraft es kostet, in einer gewalttätigen Beziehung zu leben, dann auszusteigen ohne zu wissen, wie es weitergeht. Das Leben im Frauenhaus ist nicht leicht: die Steine, die die Behörden – ob Sozial- oder Wohnungsämter – den Frauen in den Weg legen, machen es schwer, daß Frauen noch den Mut haben, sich eine eigene Lebensperspektive vorzustellen.
Im allgemeinen Chaos ist es mehreren Presse- und Behördenvertretern gelungen, ins Haus zu kommen und überall herumzuschnüffeln.
Resultat: sensationsgieriges Ausschlachten von Sabines Verzweiflungstat und Veröffentlichung eines Bildes vom Frauenhaus und der Adresse. Mehr können wir nicht sagen und müssen weiteres abwarten.

Zusammenlegung von Dringlichkeitsscheinen!

Abkehr von Ehe = Verzicht auf Menschenwürde?

Wir wollen Dringlichkeitsscheine! Wir wollen nicht vom Urteil der Fürsorgerin abhängen und keine intimen Daten erzählen!

Wir wollen Wohnungsinstandsetzung statt Abriß!

Ich bin auch ohne Mann ein Mensch und brauche eine Wohnung!

In die Wohnknasts sollen die einziehen, die sie erfunden haben!

Wir wollen Landburgen und auf Bäume klettern!

Wir fordern Wohnungen für:
- Frauen mit Kindern
- Alleinstehende Frauen
- Frauen aus Frauenhäusern

und alle anderen netten Menschen!

ARCHE: 4399446

Bezirksamtsleiter – Abteilungsleiter

Für mißhandelte Frauen und ihre Kinder

Tel. 226478 oder 6772833

Frauenhaus

DIE POLIZEI

ZENTRALORGAN FÜR DAS SICHERHEITS- UND ORDNUNGSWESEN
MIT BEITRÄGEN AUS DER POLIZEI-FÜHRUNGSAKADEMIE

Demolierter Streifenwagen in Hannover: „Die haben uns ausgetrickst"

Die Praktiken der Hausbesetzer und daraus abzuleitende Einsatzgrundsätze der Polizei

PA Maximilian Beierl, Pol. Präsidium München

Im nachfolgenden Beitrag untersucht der Verfasser die Strategie der passiven und aktiven Verteidigung von besetzten Häusern, den Bau von Barrikaden und den Kampf im Haus, so wie er von den im Haus befindlichen Demonstranten praktiziert und gegenüber der Polizei immer wieder angewendet wird. Aus dieser Diagnose – orientiert am »Handbuch für Hausbesetzer« – zieht er polizeitaktische Folgerungen, wobei seine Konsequenzen von der Bereitstellung der Kräfte über das Eindringen, die Durchsuchung und Festnahme bis hin zu möglichen Anschlußaktionen reichen und damit die breite Palette der unterschiedlichen Einsatztechniken und -möglichkeiten ausleuchten.

In einem Seminar des Polizeipräsidiums München über die Bekämpfung der Gewaltkriminalität waren die psychischen und physischen Anforderungen an die Beamten der Sonderkommandos (MEK, PSK) zu erarbeiten. Meine Vorschläge wurden sowohl in der Arbeitsgruppe als auch von allen Teilnehmern des Seminars akzeptiert. Die vorgeschlagenen Anforderungen hatte ich der Informationsschrift »Untergrundkampf in den Städten« entnommen. Die darin von Marighella, dem brasilianischen Revolutionär, aufgestellten Forderungen an die Untergrundkämpfer konnten bedenkenlos für die Polizei übernommen werden.

Dieses Beispiel soll zeigen, daß insbesondere dort, wo noch kein entsprechendes eigenes Dokumentations- bzw. Unterrichtsmaterial vorhanden ist, auf Informationen des polizeilichen Gegenübers zurückgegriffen werden kann und muß.

In der PDV 100 sind der Begriff der Hausbesetzung definiert, Maßnahmen angeführt, einige Barrikadenarten angesprochen, taktische Grundsätze fixiert, Einsatzmittel aufgezählt und mögliche Störaktionen nach der Räumung aufgezeigt. Im folgenden sollen die Praktiken der Hausbesetzer und die taktischen Grundsätze für das polizeiliche Einschreiten bei Hausbesetzungen bzw. -räumungen detaillierter dargestellt werden.

Die Praktiken der Hausbesetzer

»Der Kampf gegen die Zerstörung des Wohnraums gegen Profit und Ausbeutung der grundlegenden Lebensbedingungen kann nicht auf der Ebene der kritischen Theorie geführt werden, sondern nur auf der Ebene einer revolutionären Strategie. Die Hausbesetzer sind eine Avantgarde im Wohnkampf.

Dieser Kampf wird nicht in den Gerichtssälen der Klassenjustiz entschieden, sondern auf der Straße. Darum genügt es nicht, ein Haus zu besetzen, es muß auch, wenn die Polizei kommt, verteidigt werden im solidarischen Kampf aller Genossen gegen die Spekulanten und Polizei, die sie schützt!«

Das ist ein Zitat aus dem Handbuch für Hausbesetzer! Zentren der Motivation sowie der Planung waren und sind die Universitäten sowie verschiedene Kollektive.

Es würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen, würde ich auf die politischen Hintergründe der verschiedenen Hausbesetzungen eingehen. Eine Anmerkung sei jedoch vermerkt: In vielen Fällen wurde die Motivation der Hausbesetzer durch die indifferente Haltung mancher Politiker erleichtert, wenn nicht gefördert!

Wenn auch häufig Spontanaktionen behauptet wurden, läßt der Modus Operandi vielfach planmäßiges Vorgehen erkennen; so werden geeignete Objekte und Zugangsmöglichkeiten erkundet, günstige Zeiten für die Besetzung ermittelt und die Beschaffung von Barrikadenmaterial organisiert.

In Frankfurt wurden sogenannte »Mob-Pläne« erstellt, nach denen bei Polizeiaktionen gegen die Besetzer, Vertrauensleute bestimmt waren, die im Schneeballsystem eine möglichst große Anzahl von Sympathisanten zum Schauplatz bringen sollten. Auch das Läuten von Kirchenglocken und das Abschießen von Feuerwerkskörpern waren geplant und zum Teil durchgeführt worden. In die Planung mit einbezogen waren nicht selten die Arten der Verteidigung besetzter Häuser.

Die Strategie der passiven Verteidigung sollte die Räumung der Objekte möglichst verzögern, um den herbeigerufenen Sympathisanten und den Bürgern deutlich zu machen, für die Sicherung welcher Interessen die Polizei eingesetzt wird. Dabei beschränkte man sich auf den Bau von Barrikaden und wich kampflos vor der Polizei zurück. Weit weniger harmlos ist die Strategie der aktiven Verteidigung.

Diese Art, nicht selten praktiziert, soll die Polizei zum harten Eingreifen bis an die Grenze des militärischen Häuserkampfes zwingen. Hierdurch will man Solidarität mit den Hausbesetzern und eine breite Publikumswirkung erzielen. Die schon militant anzusprechenden Überlegungen gipfeln in der Forderung nach Gegenobservation.

In Frankfurt wurde festgestellt, daß insbesondere der Standort der Bereitschaftspolizei und bekannte Sammelorte der Polizeikräfte observiert wurden. Die Hausbesetzer wollen sich aus verständlichen Gründen vor Überraschungen

schützen.

Dem Schutz vor Überraschungen durch Polizeieinsätze dient auch die Aufstellung von Wachen im Objekt und dessen unmittelbarer Umgebung. Eine entsprechende Ausrüstung mit Kleinfunkgeräten stellt kein unüberwindliches Problem mehr dar.

Neben diesen Maßnahmen ist das Hauptaugenmerk auf den Barrikadenbau zu richten.

Vom Stacheldrahtverhau im Vorfeld über Barrikaden an Fenstern und Türen bis zum Gitterschutz vor Tränengasgranaten an höhergelegenen Fenstern wird im »Handbuch für Hausbesetzer« ein breites Spektrum von Abwehrmaßnahmen exakt beschrieben. Der für die Hausbesetzungen spezifische Barrikadenbau wird flankiert von Maßnahmen, die – abgesetzt vom Objekt – die Besetzer weitgehend psychologisch unterstützen sollen.

Diese flankierenden Maßnahmen, z.B. der Agitation durch Flugblätter, Plakate und Demonstrationen sind zweifellos geeignet, starke Polizeikräfte zu binden und dem Einsatz zur Räumung zu entziehen. Die psychologische Unterstützung der Hausbesetzer macht jedoch ihre materielle Versorgung nicht überflüssig.

Die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten dürfte allerdings für die Hausbesetzer unproblematisch sein, sogar die Mitnahme von Antibabypillen wird im »Handbuch für Hausbesetzer« angeführt.

Verbandmaterial wird in den Fällen der aktiven Verteidigung als zwingend erforderlich angesehen, denn für diesen Fall spricht das Handbuch vom sogenannten »Kampf im Haus«.

Vor dem »Kampf im Haus« soll das Eindringen der Polizei durch das Hinabwerfen von Gegenständen verhindert werden. Als Wurfgeschosse werden vorgeschlagen:

- Steine,
- gefüllte Flaschen,
- wassergefüllte Einkaufsbeutel,
- Farbbeutel,
- Molotowcocktails,
- unbrauchbare Bildröhren (große Splitterwirkung) und
- ausgehängte Fensterrahmen.

Im Haus sind die Treppen neben den Barrikaden mit Schmierseife oder Glutolinleim unbegehbar zu machen. Auch die Verwendung von sogenannten Kampfstangen (Holzstange, 4 cm Durchmesser, 2 – 2,5 m lang) kann das weitere Vordringen der Beamten verhindern. Im Treppenhaus muß die Polizei auch mit dem Abschütten von heißem Pech, Öl, Farbe bzw. Leinöl oder ungelöschtem Kalk rechnen, selbst das Vorschieben von Frauen und Kindern als Schutzschilde wird den Hausbesetzern empfohlen. Sollten alle genannten Methoden und Mittel nicht nützen, wird von Rückzug und Kapitulation gesprochen.

Rückzug und Kapitulation haben im übrigen organisiert zu erfolgen. Der Rückzug ist rechtzeitig bekanntzugeben und gemeinsam durchzuführen. Ebenso hat die Kapitulation abzulaufen, wobei geschlossen und mit erhobenen Händen das Haus zu verlassen ist. Dies sollte aber keinesfalls den Eindruck erwecken, daß nicht verschiedentlich versucht wird, über Dächer oder Keller zu entfliehen bzw. sich zu verstecken, um so der Festnahme zu entgehen.

Für eventuelle Festnahmen wurden im »Handbuch für Hausbesetzer« die in früheren Schriften bereits erwähnten Grundsätze wiederholt. Neu und besonders bezeichnend für Hausbesetzungen ist die Aufforderung zur Durchführung von Anschlußaktionen.

Anschlußaktionen haben den Zweck, die Öffentlichkeit auf das Vorgehen der Polizei aufmerksam zu machen und die Polizeikräfte zu zersplittern. Neben den Demonstrationen ist mit Plakatanschlägen, Brandanschlägen (Frankfurt am 21.2.1974), Errichten von Straßensperren und Sachbeschädigungen zu rechnen; derlei Aktionen binden in der Regel starke Polizeikräfte über längere Zeit hinweg.

Die genannten Praktiken erfordern eine Reihe von technischen Hilfsmitteln, deren Beschaffung aus finanziellen Gründen häufig zu Improvisationen zwingen. Vielleicht ist gerade deshalb dieses Thema so ausführlich im »Handbuch für Hausbesetzer« behandelt.

Auf zweckmäßige Bekleidung wird besonderer Wert gelegt. Feste Kleidung, stabiles Schuhwerk, Schutzhelm, Gesichtstuch, Schutzbrille, Lederhandschuhe, drei bis vier gefaltete Zeitungen und ein Suspensorium sollten die Grundausrüstung eines Hausbesetzers sein. Dabei ist auch schon an den Barrikadenbau und die hierzu erforderliche Schutzbekleidung gedacht.

Zum Errichten der Barrikaden werden neben dem entsprechenden Werkzeug vor allem Kanthölzer, Bohlen sowie Draht und Nägel verwendet. Es wird zum Kauf, aber auch zum Diebstahl aufgefordert. Bemerkenswert ist folgender Hinweis:
»Genossen, achtet darauf, daß die Werkzeuge nach Gebrauch zurückgebracht werden!«
Damit soll die fehlende Zueignungsabsicht zum Ausdruck kommen...

Obwohl die Barrikaden zum Großteil dilettantisch errichtet waren, zeigt der Einsatz in Frankfurt, bei dem U-Eisenträger einbetoniert worden waren, daß die Polizei auch mit massiven Hindernissen rechnen muß. Die Beseitigung derartiger Sperren ist dann besonders schwierig, wenn sie aktiv verteidigt werden, insbesondere unter Einsatz von Wurfgegenständen.

Wurfgegenstände wie Steine und Brandflaschen verursachen meist erhebliche Verletzungen der Einsatzkräfte. Als Beweis der Radikalisierung darf folgendes Zitat aus dem Handbuch betrachtet werden:
»Nie eine einzelne Flasche werfen! Brandflaschen in Serie von 10 bis 15 Stück gegen das gleiche Ziel einsetzen.«

Da auch auf Seiten der Hausbesetzer mit Verletzten gerechnet wird, legt man besonderen Wert auf »Erste Hilfe« und das hierzu erforderliche Verbandsmaterial. Empfohlen werden Autoverbandskästen, Dreieckstücher und Desinfektionsmittel. Dazu sind Genossen, die über fundierte Kenntnisse in medizinischer Hilfe verfügen, verpflichtet, Schulungsgruppen zu bilden, in denen die Grundregeln praktisch eingeübt werden müssen.

Soweit zu den Praktiken der Hausbesetzer. Es konnte nur ein Extrakt aus der bisher gemachten Erfahrung und aus dem »Handbuch für Hausbesetzer« geboten werden. Eine flexible Gestaltung der Polizeieinsätze ermöglicht es ohnehin, neue Erscheinungsformen bzw. Varianten entsprechend aufzufangen.

Taktische Grundsätze für die Räumung

Die Meldung einer Hausbesetzung im eigenen Dienstbereich wird keinen Polizeiführer besonders erfreuen. Erster Ansatzpunkt ist, wie bei fast allen polizeilichen Lagen, eine intensive Erkundung. Fotos vom Objekt sowie der näheren und weiteren Umgebung, Karten und Pläne sind wichtige Unterlagen für die weiteren Maßnahmen. Empfehlenswert ist die Beschaffung von Stockwerksplänen über den Hausbesitzer. Gerade den Hausbesitzer, der Hausverwalter oder frühere Mieter können wichtige und aktuelle Erkenntnisse liefern. Über kommunale Versorgungsbetriebe wären eventuelle unterirdische Schächte zu ermitteln. Von der Erkundung ist hier die Observation streng zu trennen.

Die *Observation* ist unter Einsatz von Nachtsichtgeräten und Richtmikrofonen so konspirativ durchzuführen, daß sich sowohl die Hausbesetzer als auch eventu-

elle Sympathisanten trotz entsprechendem Mißtrauen völlig unbeobachtet fühlen. Ziel der Observation ist es, folgende Erkenntnisse zu gewinnen:

- Zahl der Okkupanten,
- Alter (Kinder – Obdachlose),
- Geschlecht,
- Nationalität (Dolmetscher),
- Rädelsführer,
- Mittelsmänner,
- Wachen,
- Bewaffnung und Ausrüstung,
- Art der Barrikaden,
- Verbindung nach außen,
- Schlafgewohnheiten,
- Verpflegungsbeschaffung,
- bauliche Veränderungen und
- Fluchtwege (über Dächer oder Vorbereitung von Mauerdurchbrüchen).

Die Observation ist durch Beamte der Kriminalpolizei bzw. durch Spezialkommandos ohne Unterbrechung bis zum Abschluß der Räumung durchzuführen; der Einsatzleiter ist ständig zu informieren. Die so gewonnenen Erkenntnisse stellen einen wichtigen Faktor für die Festlegung des Zeitpunktes der Räumung dar.

Der *Zeitpunkt der Räumung* wird in der Regel eine Frage von vorhandenen Kräften sein. Zur Räumung ist eine für Zuschauer möglichst unattraktive Zeit zu wählen, in der Regel die Nachtzeit. Selbst wenn aus mancher Ideologie heraus besetzte Rathäuser, Konsulate und ähnliche Objekte höchsten Symbolwert haben, kann bezüglich der Zeit der Räumung nichts anderes gelten. Dies steht im Widerspruch zur PDV 100, in der für solche Fälle »unverzüglich konsequente polizeiliche Maßnahmen« zwingend vorgeschrieben werden. Dennoch muß der Polizei eine Vorbereitungszeit eingestanden werden, die es ihr ermöglicht, nicht überhastet unter Zwangsanwendung zu räumen, sondern überlegt und in Ruhe alle Besetzer auf Anhieb festzunehmen und beweiskräftig der Justiz zuzuführen. Die Forderung nach einer Vorbereitungszeit ist schon allein durch den meist personalaufwendigen Einsatz und der damit verbundenen Bereitstellungsdauer der Kräfte gerechtfertigt.

Der *Kräfteansatz* ist äußerst sorgfältig zu berechnen. Für folgende spezifische Aufgaben sind Kräfte bereitzustellen:

- Aufklärung,
- Observation,
- verkehrspolizeiliche Aufgaben,
- äußere Absperrung,
- innere Absperrung,
- äußere Hausabsperrung,
- innere Hausabsperrung,
- Durchsuchungstrupps,
- Festnahmetrupps (pro Besetzer 4 Beamte, pro weiblichen Besetzer 1 Beamten der WKP),
- Dokumentationstrupps (Film und Foto),
- Eindringtrupps,
- Kräfte gegen flankierende Maßnahmen,
- starke, geteilte Reserven und
- starke Nachaufsicht.

Je nach Zahl der Hausbesetzer ist für einen sofortigen und reibungslosen Abtransport der Festgenommenen zu sorgen. Selbst zahlenmäßig schwach besetzte Häuser erfordern aus den genannten Gründen starke Polizeikräfte.

Die *Geheimhaltung der Aktion* – das polizeiliche Gegenüber fürchtet insbesondere das Überraschungsmoment – wird durch die Bereitstellung starker Polizeikräfte besonders erschwert. In vielen Fällen wird es erforderlich sein, auch gegenüber den eigenen Beamten, mit Ausnahme der Führungskräfte, die geplante Räumung geheimzuhalten. Das Einsatzziel ist mit Begriffen wie Ausländerrazzia, Suche nach Vermißten oder nach Diebesgut zu kaschieren. Zudem muß durch geeignete Maßnahmen verhindert werden, daß sich Polizeibeamte unbeabsichtigt zum Zeitpunkt der Räumung in der Nähe des Objektes aufhalten.

Wie bereits ausgeführt, ist damit zu rechnen, daß Polizeiunterkünfte, Polizeidienststellen und potentielle Bereitstellungsorte vom Störer observiert werden. Es ergibt sich auch die Schwierigkeit, die Kräfte möglichst nahe an das Objekt zum Bereitstellungsort heranzuführen, ohne die Aufmerksamkeit des Gegenübers zu erregen. Täuschungsmanöver können sein, Umwege über Sportstätten bzw. Schießanlagen oder ein intensives und scheinbar planloses Verlegen von Kräften aus der Unterkunft heraus und von Teilkräften in die Unterkunft hinein. Da meist der Polizeifunk abgehört wird, kann auf diesem Wege durch Falschmeldungen Verwirrung gestiftet werden.

Noch weitaus diffiziler gestaltet sich das Heranführen der Einsatzkräfte an das besetzte Haus. Mindestforderung ist absolute Funkstille. Bei der Verwendung von Stichworten oder Decknamen kann die Funkstille durchbrochen werden. In diesem Fall ist jedoch meist damit zu rechnen, daß – bedingt durch die Vielzahl der eingesetzten Beamten – der Einsatzerfolg durch enttarnende Funkgespräche gefährdet werden kann.

Erlaubt es die Lage, kann *der erste Angriff* durch Beamte in Zivil erfolgen; unmittelbar darauf müssen jedoch uniformierte Polizeikräfte eingesetzt werden. Als Transportfahrzeuge können Funkstreifenfahrzeuge oder zivile Omnibusse verwendet werden. Auch an Scheinmanöver ist zu denken – Einsatz der ersten Kräfte zu Aktionen wie Verkehrsunfall, Schlägerei, Brand (Rauchbomben), die durch Beamte in Zivil in der Nähe des besetzten Hauses gestellt werden. Eine weitere Möglichkeit für die Heranführung der Kräfte bietet die exakte Zeit-Weg-Berechnung unter Festlegung von fixen Ablaufpunkten.

Als Beispiel soll die seinerzeitige Taktik der Frankfurter Polizei erwähnt sein: Dort war mit schwachen Kräften ein Scheinangriff inszeniert worden, die Polizei zog sich dann zurück, über Funk wurde die Einsatzleitung von der mißglückten Aktion unterrichtet und von dort die Hausräumung für diese Nacht abgeblasen. Nachdem im besetzten Gebäude Ruhe eingekehrt war, konnte die Räumung mit starken Kräften ohne nennenswerten Widerstand erfolgen. Das Eindringen in das Haus war aufgrund der vorangegangenen sorgfältigen Observation reibungslos abgelaufen.

Durch die Observation können die von den Hausbesetzern eingerichteten Noteingänge als schwache Stellen erkannt werden; weitere Ansatzpunkte sind Fenster, Kellereingänge, Feuertreppen, vorgesehene Durchbrüche zu Nachbarhäusern, Dächer, nahe am Objekt stehende Bäume und eventuelle Versorgungsschächte. Als Kräfte für die Eindringtrupps – stets an mehreren Stellen – bieten sich die Beamten der technischen Züge der Bereitschaftspolizeien an. Erlaubt es die Zeit, sind diese Trupps anhand von Dias und Plänen eingehend in die Örtlichkeit einzuweisen. Vorheriges Training, z.B. der Umgang mit Steckleitern, hat sich stets positiv erwiesen. Weitere Hilfsmittel zum Eindringen sind:

- Lichtmastkraftwagen (zusätzliche Blendwirkung),
- Wasserwerfer,
- Abschleppfahrzeuge,
- Winden,
- Motorsägen,
- Stichsägen,
- Rammgeräte,
- im übrigen sämtliche Schneid- und Hebelwerkzeuge der technischen Züge.

Nr. 12769.
Aschenbecher
in Form eines Schutzmannskopfes mit entsprechender Aufschrift. Oberteil geht nach hinten umzuklappen, wodurch der Behälter zur Aschenaufnahme freiliegt. Sehr originell, aus Messing, außen fein bemalt. Höhe 13 cm.
Stück Mk. 2.–

Gummi und Plüsch.

Die genannten *Eindringtrupps* haben nur die Aufgabe, den übrigen Trupps das Betreten des Objekts zu ermöglichen. Den Eindringtrupps folgen die Kräfte der inneren Hausabsperrung, die Durchsuchungs-, Festnahme- sowie Dokumentationstrupps. An dieser Stelle soll daran erinnert werden, daß spätestens mit dem Beginn des Eindringens die äußere und innere Absperrung und die äußere Hausabsperrung aufgebaut sein müssen. Die Trupps dringen bis zum Dach vor und beginnen dort ihre Tätigkeiten.

Aufgaben der einzelnen Trupps:

- *Durchsuchungstrupps*
  Absuche des Hauses nach Personen und Sachen (Personen = Straftäter, Entwichene, Hilflose, Sachen = Waffen, Sprengstoff, Diebesgut, Rauschgift und politische Schriften strafbaren Inhalts), Sicherstellung bzw. Beschlagnahme und Transport der Gegenstände; entsprechende Transportmittel sind vorzusehen.
- *Festnahmetrupp*
  Festnahme von Straftätern und Entwichenen sowie Ingewahrsamnahme Hilfloser, Durchsuchung der Festgenommenen, Transport der Personen zu Auffangräumen im Gebäude. Dort werden Festnahmelisten und -karten geführt sowie der Transport zur eigentlichen Festgenommenensammelstelle (vorzugsweise in einem Polizeigebäude) veranlaßt. Bei der Festnahme ist jede Person nach ihrem persönlichen Eigentum zu fragen, die Angaben sind auf der Festnahmekarte zu vermerken.
- *Dokumentationstrupp*
  Dokumentation vom Beginn des Eindringens an. Film- und Fotoaufnahmen im Haus, in jedem Raum mit den darin befindlichen Personen. Einzelfotos jeder im Gebäude aufgefundenen Person mit Sofortbildkameras unter Angabe des Zimmers, indem sie angetroffen wurde.

In den Durchsuchungs-, Festnahme- und Dokumentationstrupps sind Beamte der Kriminal- und der Schutzpolizei zu integrieren. Von der Kooperation aller Trupps hängt ein wesentlicher Teil des Erfolges ab. Die genannten Spezialkommandos sind unter eine Führung zu stellen, ebenso die Absperrkräfte. Insgesamt können folgende Pakete gebildet werden:

- Aufklärungskräfte,
- Observationskräfte,
- Kräfte für Verkehrsaufgaben,
- Absperrkräfte,
- Eindring-, Durchsuchungs-, Festnahme- und Dokumentationstrupps sowie
- Einsatzkräfte gegen flankierende Maßnahmen und Anschlußaktionen.

Eine Bildung von Einsatzabschnitten im Gebäude kann bei größeren Objekten in Frage kommen.

Der *Abschluß der Durchsuchung* und der Festnahmen stellt keinesfalls das Ende der gesamten Aktion dar. Mit dem Hausbesitzer ist im Rahmen der Maßnahmen frühzeitig Verbindung aufzunehmen. Dabei ist vor allem auf einen sofortigen Beginn der Abbrucharbeiten unmittelbar nach der Räumung zu drängen, falls ein Abbruch des Hauses vorgesehen ist. Ist noch Mobiliar im Gebäude, sollten schon für den Zeitpunkt der Räumung vom Hausbesitzer geeignete Transportfahrzeuge bestellt worden sein. Außer in den Fällen der absoluten Geheimhaltung der Aktion ist darauf zu drängen, daß der Hausbesitzer oder ein Beauftragter anwesend sind. Eigentumsverhältnisse aufgefundener Gegenstände können dann sofort geklärt und Schäden am Gebäude beweiskräftig festgestellt werden.

Die Abbrucharbeiten und eventuelle Transportfahrten müssen in der Regel durch die Polizei geschützt werden. Je nach Lage ist hierfür eine mehr oder weniger starke Nachaufsicht vorzusehen. Die Erfahrungen zeigten bisher, daß insbesondere der Schutz der Abbrucharbeiten starke Polizeikräfte binden.

Neben dieser Aufgabe sind ebenfalls starke Kräfte für eventuelle *Anschlußaktionen* bereitzuhalten. In Frankfurt waren am 21.2.1974 nach einer Hausräumung sechs Hundertschaften der Bereitschaftspolizei zur Unterbindung und Beseitigung von Störungen eingesetzt worden. Es mußten mehrere Demonstrationen aufgelöst, Straßensperren beseitigt, Möbelwagen bei der An- und Abfahrt geschützt und Straßenbahnen die Weiterfahrt ermöglicht werden. Im Verlaufe der Hausräumung und der Anschlußaktionen in Frankfurt waren 36 Personen festgenommen, 9 Beamte zum Teil erheblich verletzt und 3 Dienstfahrzeuge erheblich beschädigt worden.

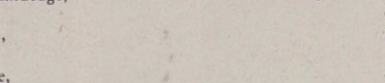
Den Anschlußaktionen ist individuell und flexibel entgegenzutreten. Bewährt haben sich Raumstreifen, Objektschutz und getrenntes, aber brennpunktbezogenes Bereithalten von Reserven.

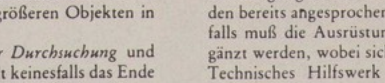
Soweit zu den taktischen Grundsätzen für die Räumung besetzter Häuser. Ergänzend dazu sind noch spezifische Einsatzmittel und die Inanspruchnahme von Hilfsdiensten anzuführen.

Die *persönliche Ausrüstung* und Bekleidung der Einsatzkräfte hat den jeweiligen Aufgaben zu entsprechen. Generell sind Schutzhelme, Schutzschilde und Oberbekleidung aus Leder unabdingbar. Sind größere Störaktionen im Haus nicht mehr zu erwarten, muß den Beamten Gelegenheit gegeben werden, die nunmehr hinderlichen Ausrüstungsgegenstände, insbesondere die Schutzschilde, an einer gesicherten Stelle abzulegen.

Die Beamten der Eindringtrupps tragen zur Arbeitskleidung Schutzhelme und sind gegebenenfalls durch Kräfte mit Schutzschilde zu sichern. Für die Aufgabe des Eindringens sind von der Ausbildung und Ausrüstung her die Beamten der technischen Züge der Bereitschaftspolizeien bestens geeignet. Die Einsatzmittel wurden bereits angesprochen; erforderlichenfalls muß die Ausrüstung kurzfristig ergänzt werden, wobei sich Feuerwehr und Technisches Hilfswerk stets hilfsbereit zeigten.

Mögen Feuerwehr und THW bereit sein, Geräte zur Verfügung zu stellen, ein


Nr. 956. Bürste,


Nr. 956. Bürste,

Aufgaben der Polizei (K u. S) bei Hausbesetzungen

1. Je nach Größe des Objekts
1.1 *Sachbearbeiter* bestimmen oder aus K u. S sachbearbeitende Kommission bilden (vorläufiger Einsatzstab)
1.2 *Aufgaben:*
Erkenntnissammlung
Auswerten von Ergebnissen/Erfahrungen
Verbindungsaufnahme/Besprechungen/Verhandlungen mit:
- Eigentümer/Hausverwalter
- Behörden
  Jugend-, Bau-, Gesundheits-, Ausländer-, Meldebehörde
- Gerichtsvollzieher
- Staatsanwaltschaft
- Versorgungsbetriebe
  Gas-, Wasser-, Strom-, Abwasseranschlüsse
- Bundespost
  Funkfrequenzermittlung, Telefonanschlüsse, -überwachung
- Abbruchfirma/Speditionen

2. Aufklärung/Erkundung/Observation
2.1 Ermittlung des Personenkreises der Hausbesetzer
- Anzahl, Geschlecht, Führung, Motivation, Anlaufstellen

2.2 Örtlichkeit
- Lage-, Bau-, Anschlußpläne für Gas-, Wasser-, Strom-, Telefonleitungen, Abwasserkanäle (Fachmann zum Lesen der Pläne)
- Bauänderungen durchgeführt? noch nicht registriert!
- Hydrantenpläne (Feuerwehr), voll einsatzfähig für Wawe, Warma?

2.3 Ermittlung von Sympathisanten
- Personenkreis
- Wie wird Verbindung gehalten? Alarmierungsplan?
- Pläne zum Widerstand, Mobplan?
- Wird Gegenobservation betrieben?

3. Entwicklung konspirativer Einsatzmethoden,
z.B. Einschleusen von Beamten bzw. Verbindungsleuten als Handwerker, Lieferanten, Passanten

4. Sammeln von Beweismaterial
4.1 Zugehörigkeit zu den Hausbesetzern?
4.2 Feststellung weiterer Straftaten durch
- objektbezogene Anzeigenbearbeitung
- Kontrolle von Personen, Fahrzeugen und deren Ladungen
- Halterfeststellungen, Aufenthaltsermittlung

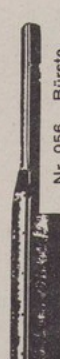
4.3 Begleitende Straftaten
- Körperverletzungs-/Eigentumsdelikte
- Drogenkonsum
- Prostitution

5. Rechtliche Abklärung
durch wen?
- Sachbearbeiter im Einsatzstab oder
- Justitiar der Behörde

6. Vorbereitung im eigenen Bereich
6.1 Kräfte
- Berechnung
- Bereitstellung
- Ausbilden/Vorüben/Trainieren

6.2 Führungs- und Einsatzmittel
- Katalog anlegen
  Was ist vorhanden – Bereitstellung!
  Was ist erforderlich – Anforderung bei benachbarten oder übergeordneten Dienststellen!

6.3 Entwicklung einer Einsatzkonzeption (lagebedingt)


Nr. 956. Bürste,

Nr. 956. Bürste,

direkter Einsatz zum Eindringen kann aus rechtlichen Gründen nicht vertreten werden. Damit sei jedoch nicht gesagt, daß die Feuerwehr überhaupt nicht herangezogen werden solle. Eine eventuelle Brandbekämpfung und der Einsatz von Sprungtüchern zur Rettung von Menschenleben bleiben Aufgaben der Feuerwehr – wenn erforderlich – unter Polizeischutz. Neben der Bereitstellung einer entsprechenden Anzahl von Rettungsfahrzeugen, möglichst mit Notarzt, ist auch noch an Abschleppfahrzeuge zum Freimachen des Einsatzraumes zu denken.

Trotz intensiver Vorfeldarbeit wird es der Polizei nicht gelingen, alle Imponderabilien auszuschließen. Eine flexible Polizeiführung muß jedoch in der Lage sein, den Vorteil des Gegenübers zu kompensieren. Folgende Grundsätze für die Räumung besetzter Häuser sollen diese Aufgabe erleichtern:

Vor der Räumung

- exakte Aufklärung,
- konspirative Observation,
- taktische Terminierung der Räumung und
- strikte Geheimhaltung des Einsatzes.

Während der Räumung

- optimaler Schutz der Einsatzkräfte,
- Einsatz von modernem technischen Gerät und
- intensive sowie beweiskräftige Dokumentation

Nach der Räumung

- verstärkte Nachaufsicht,
- gezielte Öffentlichkeitsarbeit und
- planmäßiges Nachbereiten des Einsatzes.

ALTERNATIVE RÄUMUNG

Erstklassige Qualität bei soliden, reellen Preisen.
Bei gleich guter Qualität kaufen Sie nirgends billiger.

Die Praktiken des Staats- und Verfassungsschutzes...

**Vor knapp fünf Monaten erschien dazu eine Broschüre, und Radio Klabautermann schickte es über den Äther.
Was hat sich seitdem dazu getan? Zum einen möchten wir euch alle auffordern, eure Meinung dazu zu schreiben, ob kurz, ob lang. Zum anderen stellen wir euch im folgenden zwei "Gruppen" vor, die – jede auf ihre Art – mit der Broschüre "gearbeitet" haben.**

DIE WELT Mittwoch, 3. September 1980 - H *
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Linksextremisten hörten die klaren Funksprüche der Terroristen-Fahnder ab

MANFRED SCHELL, **Bonn**

In Kreisen von Linksextremisten zirkuliert eine 126 Seiten umfassende Dokumentation, in der Funksprüche von Observationskommandos des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz abgedruckt sind. Die Observanten hatten den Fehler begangen, bei Operationen im Stadtgebiet den Funkverkehr untereinander ohne den Sprachverschleierer Kryptophon zu führen. Sie nannten zwar nicht die Klarnamen der zu beobachtenden Personen, aber Betroffene können daraus erkennen, ob der Verfassungsschutz ihnen auf den Spuren gewesen ist.

In dieser Dokumentation wird auch über Observationen berichtet, bei denen es um per Haftbefehl gesuchte Terroristen ging. Wie verlautete, waren die Spitzen des Verfassungsschutzes entsetzt darüber, als sie im nachhinein von dieser Panne erfuhren.

In der Dokumentation werden über Operationen, die an unterschiedlichen Tagen stattgefunden haben, unter anderem folgende Funksprüche abgedruckt: „14 folgendes. Können Sie auf die Reeper fahren, eventuell in Frage kommende Wohnungen grob abschätzen und alle Telefonzellen dort ebenfalls erfassen mit der erforderlichen Nummer?" – Rückfrage: „Wie groß soll denn in etwa der Umkreis sein der gelben Kasten?" – „... dann bis zum unbenutzten Kaufhaus, bis zum Bowling Center, bis zur Siomon von Utrecht Straße!" Frage: „Nur in diesem Bereich, ich dachte noch darüber hinaus?" Antwort: „Nein, nein, vielleicht gucken Sie sich mal um, wo dort noch welche sind ..."

An einem anderen Tag verzeichnet die Dokumentation, die inzwischen an alle Sicherheitsbehörden gegangen ist, folgende Funksprüche: „120 von 50 kommen. Komm bitte mal klar – ich habe meinen Lotto (Lotto ist der Sprachverschleierer, d. Redaktion) nicht dabei. Wir sind in der Parallelstr., der Mittelstr., der Rotbaumchaussee. Wir alle sind hier – die 130 ist im Moment im Quartier."

An einem weiteren Tag sind in der Dokumentation folgende Funksprüche vermerkt: „Sie sind mit zp 1 (Zielperson, d. Red.) Richtung Altons vorletzter Waggon. Die 3er brauchen nachher nicht in den Zug steigen, da sind die 4er dran und die 5er." „50, steigen Sie dann am Damm noch zu, das reicht dann." – „Nochmal zur Information, von unseren Freunden in Colonia wird vorher noch jemand zusteigen."

„Frage von 41 soll er den Zugbegleiter jetzt mal ansprechen oder hat sich das erübrigt." – „Nein, das kann er nachher auf dem Weg nach ... vorsichtshalber." – „Kurz vor Zielbahnhof werden noch Kräfte zusteigen auf 4000." (Mit 4000 ist ein Funkkanal gemeint, d. Red.).

Bundesinnenminister Baum hat gestern Oppositionsführer Kohl in Bonn über die Hintergründe der im Frühjahr nicht erfolgreichen Beobachtung von Klar und Schulz unterrichtet. Die WELT hatte berichtet, Klar und Schulz seien mehrere Tage lang durch verschiedene Bundesländer gereist, ohne daß ein Zugriff erfolgt sei. Generalbundesanwalt Rebmann und auch das Bundeskriminalamt seien zu spät unterrichtet worden. Die Hamburger Innenbehörde hatte aufgrund der WELT-Berichte Strafanzeige gegen unsere Informanten gestellt.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Zimmermann, erklärte, die Behandlung der „schwerwiegenden Fahndungspanne" in Hamburg und Bonn wachse sich zu einem „handfesten Vertuschungsskandal aus". SPD und FDP versuchten, eine parlamentarische Aufklärung zu verhindern. Die Union verlange seit einer Woche eine Sondersitzung des Innenausschusses. Es gehe darum, zu klären, warum die Terroristen Klar und Schulz nicht festgenommen worden seien, „obwohl tatsächlich eine Zugriffsmöglichkeit bestand". Die Schuldfrage bei „diesem Versagen muß zweifelsfrei geklärt werden; sie wird spätestens dann erneut auftauchen, wenn neue Terroranschläge erfolgen sollten".

Sollten SPD und FDP weiterhin eine Sitzung des Innenausschusses blockieren, sehe sich die Union gezwungen, eine Sondersitzung des Parlaments zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu beantragen.

Ein für gestern vorgesehenes Abendessen der Länder-Innenminister, zu dem Baum eingeladen war, wurde kurzfristig abgesagt. Wie der bayerische Innenminister Tandler auf Rückfrage bestätigte, bestand der Anlaß für die Absage unter anderem darin, daß Baum kürzlich in Köln mit dem Ex-Terroristen Mahler aufgetreten ist.

14

HAMBURGER ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR STRAFVERTEIDIGER e.V.
GESCHÄFTSSTELLE: 2 HAMBURG 60 · ALSTERKRUGCHAUSSEE 186 · TELEFON: 512225

HAMBURG, DEN 15. August 1980

An die
Freie und Hansestadt Hamburg
Herrn Senator Werner Staark
Präses der Behörde für Inneres
Johanniswall 4 (Sprinkenhof)
2000 Hamburg 1

Offener Brief

Betr.: Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg

Sehr geehrter Herr Senator Staark!

Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Strafverteidiger hat die Stellungnahmen und Veröffentlichungen zum Erscheinen der Broschüre "Die Praktiken von Staats- und Verfassungsschutz am Beispiel Hamburg" aufmerksam verfolgt. Hierbei haben wir eine Stellungnahme Ihrer Behörde zu den in dieser Broschüre behaupteten illegalen Praktiken des Staats- und Verfassungsschutzes vermißt. Bei der Durchsicht der Broschüre sind uns u.a. folgende Punkte aufgefallen:

Es wird behauptet, daß

1. Polizeibeamte bei der Begehung von Straftaten zusehen und erst einschreiten, nachdem die Straftat begangen wurde (S. 4, Spalte 2 Mitte), obwohl es Aufgabe der Polizei ist, Straftaten zu verhindern;
2. entgegen der Bestimmung des § 81 b StPO zu erkennungsdienstlichen Zwecken Portraitfotos gegen deren Willen auch von strafrechtlich nicht beschuldigten Personen gemacht werden (S. 16, Spalte 1 unten, S. 21, Spalte 1 oben, S. 22, Spalte 1 unten, S. 36, Spalte 2 oben);
3. unter Verletzung des § 201 StGB Unbeteiligte belauscht werden (S. 21 Spalte 1 unten, S. 37, Spalte 2 Mitte, S. 77, Spalte 1 unten);
4. unter Verstoß gegen §§ 239, 344 StGB Unschuldige verfolgt und festgenommen werden (S. 43, Spalte 2 Mitte, S. 46, Spalte 1);
5. unter Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen Auskünfte erteilt werden (S. 47, Spalte 1 Mitte);
6. Polizeibeamte erklärt haben, bei ihnen gäbe es nur den Fangschuß (S. 48, Spalte 1 oben) und damit zu erkennen geben, daß sie bereit sind, gegen §§ 211, 212 StGB zu verstoßen;
7. Verfassungsschutzbeamte an der Schußwaffe ausgebildet werden, obwohl ihnen gesetzlich keine polizeilichen Befugnisse zustehen (S. 23, Spalte 1 unten, S. 101, Spalte 1 unten).

Wir bitten um Auskunft, ob diese von uns nur beispielhaft aufgeführten Behauptungen tatsächlich zutreffen.

Im Hinblick auf die von aufgeführten Punkte 3 - 6 haben wir eine Kopie dieses Schreibens an den Herrn Senator für Justiz übersandt.

Mit verfüglicher Hochachtung

Die Bundeswehr hatte Geburtstag, aber das wißt ihr ja wohl schon alle. Doch wer hat eigentlich die Bundeswehr gemacht, bzw. wer hat sie aufgebaut? Wem müssen wir noch gratulieren?

Die Arbeitsgruppe "Wir feiern mit" der gf hat sich die Mühe nicht erspart, die Adressen von Eltern der Panzer, Maschinengewehre, Kriegsschiffe usw. aus Norddeutschland zusammenzustellen, damit wir alle mitfeiern können.

Rüstungsfirmen im norddeutschen Raum

entnommen aus der Broschüre 'Rüstungsfirmen' – zu beziehen über Postlagerkarte A 051488, 1000 Berlin 20. Preis 4 DM + 1 DM Porto, Vorauskasse in Briefmarken oder bar.

In dieser Broschüre sind Adressen von Firmen, die Produkte für militärische Zwecke herstellen. Sie haben in den jeweiligen militärischen Zeitschriften für ihre Produkte inseriert.

2000 Hamburg

AEG-Telefunken, Fachbereich Marinetechnik, Bezirk Wedel, Hafenstr. 32, Tel. 04103/700-1, Telex 21895 19. Magnet. Schiffschutz (aus: Internationele Wehrrevue, Febr. '79)

Autoflug Gerhard Sedlmayr GmbH, Hamburg 52, Königgrätzstr. 1, Tel. 803545 (Privatadresse). Fallschirme (aus Wehrtechnische Monatshefte, Mai '78).

Blohm & Voss, Bezirk Steinwerder, Vorstand: Dr. Michael Budczies, Dr. Werner Bartels, Grevendamm 3, Tel. 306-1, Telex 0211047. Fahrzeugbelüftung (aus Wehrtechn. Monatshefte, Nov. '65).

GKSS – Gesellschaft für Kernenergieverwertung im Schiffsbau, Geesthacht, Reaktoranordnung (aus: wm Sept. '64)

Nico-Pyrotechnik, Hanns Jürgen Diedrichs KG, Bezirk Trittau, Geschäftsstelle: Lange Mühren 9, Tel. 330443. Munition (aus: wm, Okt. '64)

Precitronik Gesellschaft für Feinmetall & Elektronik mbH, Bezirk Altona, Schützenstr. 77/79, Tel. 8501091 Telex 0214348 (Kurt Eichweber). Schußwaffen, -simulatoren, Präzisionsgeräte (aus wm, Dez. '64)

Rohde & Schwarz, Bezirk Altona, Große Bergstr. 213-217, Tel. 38019-1. Funk- und Fernmeldeanlagen (aus Internationale Wehrrevue, Aug. '78)

ETA Coorporation GmbH, Munition (aus Wehrtechn. Monatshefte Nov. '64). Aus dem Hamburger Adressbuch: ETA CORP., Hydrodynamik, Aerodynamik, Roosens Park 9, Tel. 8804906, Geschäftsführer – Großkopf. Aus dem z.Zt. gültigen Telefonbuch: Großkopf, Elfriede, Roosens Park 9, Hamburg 52, Tel. 8804906
(Unter der angegebenen Adresse befindet sich ein exklusiveres Haus, bei dem die Fensterläden größtenteils geschlossen sind.)

2117 Wistedt-Harburg

WEPO, Pyrotechnische Fabrik Wistedt, W. Worquignon. Nebemunition (aus Wehrtechn. Monatshefte, Dez. '62)

2300 Kiel

Anschütz & Co GmbH, Bezirk Wik, Feuerleitsystem für Fahrzeug – Waffen (aus WM Dez. '65)

Atlas MaK Maschinenbau GmbH, Bezirk Friedrichsdorf, Antrieb für Schulminen (aus: WM März '66)

Fa. IBAK Helmut Hunger. Unterwassersuchgeräte (WM, März '66)

HAGENUK, Minenwerfer für Schiffe (WM Juni '64)

Howaldswerke Deutsche Werft AG, Bezirk 14, Postfach 146309, Tel. 0431/7021, Telex 292428, Schiffbau (aus Internationale Wehrrevue, Aug. '78)

MaK Maschinenbau Kiel GmbH, Bezirk Friedrichsdorf. Schultorpedos (aus WM, Dez. '62)

2350 Neumünster

Aluminium- & Metallwerke Soerensen & Köster GmbH
Schulmunition (WM Okt. '63)

Wilhelm Behrens, Seilfabrik, Raketen Leine (WM Dez. '63)

2370 Rendsburg-Nordostseekanal

Werft Nobiskrug GmbH, Tel. 04331/2071, Telex 029404, Postfach 160. Schiff (IW, Juli '79)

2800 Bremen

Alfko Außenhandelsgesellschaft mbH, Bezirk 1, Postfach 100305, Soegestr. 60, Telex 246169
Fahrzeugüberholung (IW, Mai '79)

Carl Schuenemann Verlag, Bezirk 1, Postfach 1109, Marine-Jahrbuch (aus Soldat & Technik, März '75)

Elektro Spezial GmbH, Bezirk 44, Postfach 3009, Tel. 0421/42871, Radar, Computer (Soldat & Technik, März '75)

Krupp Atlas Elektronik, Bezirk 44, Sebaldsbrucker Heerstr. 235, Tel. 0421/45831. Sonar (ähnlich wie Echolot) (aus IW, Jan. '79)

Vereinigte Flugtechnische Werke GmbH, Flugzeugbau (WM, Juni '66)

2874 Lemwerder

Rene Guiot, Tel. 0421/67464, Telex 0244672, Postfach 1104, Container (IW, Juli '79)

3000 Hannover

Gesellschaft für praktische Lagerforschung GmbH. Zünder. (WM, Okt. '62)

Rheinstahl-Hanomag AG, Bezirk Linden, Panzerantriebe (WM, Sept. '63)

3030 Walsrode

Wolf & Co AG, Munition (aus WM, Febr. '64)

3100 Celle

ITAG, Postfach 114, Seilwinden (Soldat & Technik, Febr. '75)

3300 Braunschweig

Buessing Automobilwerke AG. Panzerfahrzeuge. (WM, Mai '63)

Schubert-Werk KG, Schußhemmender Körperschutz (z.B. schußsichere Westen) (aus WM, Nov. '62)

SchaLLoch

BERATUNG KAROLINENSTR. 6
ANFERTIGUNG TEL. 43 84 96
VERKAUF MO-FR 10.30-18.30
REPERATUR SA 10.30-14.00

Gitarren, Lauten, Drehleiern

Die Arbeitsgruppe "Perfektionismus aus Deutschland" gibt im folgenden einen kleinen Überblick, warum die Deutschen in manchen Ländern so beliebt sind.

Polizeihilfe der BRD für die Dritte Welt

Rheinstahl

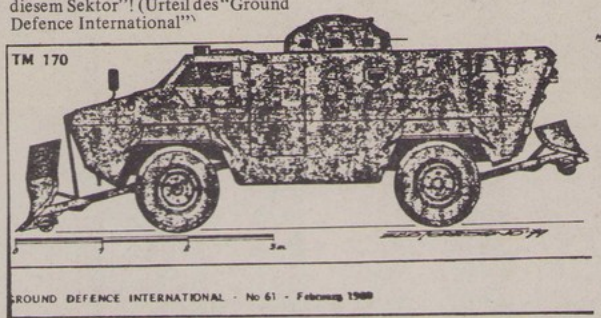
Polizeipanzerwagen werden in Peru gegen streikende Lehrer und Bergarbeiter eingesetzt. – Der Polizeipanzerwagen (UR 416) von Rheinstahl wurde an folgende Länder geliefert:

Peru	300
Venezuela	20
Togo	30
Kenya	20-30
Holland	2
Griechenland	15
Marokko	30
BRD	10
El Salvador	20

Rheinstahl UR416 armed with a 20mm Rh202 cannon

Thyssen Henschel

(Firmenlager von Rheinstahl) produziert Thyssentruppentransporter CONDOR, der je nach Wunsch mit Maschinengewehren oder Schnellfeuerkanonen ausgerüstet werden kann. Außerdem wird gerade ein verbessertes Modell des UR 416 entwickelt, das den neuesten Anforderungen angepaßt ist. "Thyssen hat eine ganze Familie von Anti-Guerilla- bzw. anti-riot (Anti-Aufruhr) Fahrzeugen entwickelt und ist eindeutig der führende Produzent auf diesem Sektor"! (Urteil des "Ground Defence International")



GROUND DEFENCE INTERNATIONAL · No 61 · Februarg 1980

Schätzungsweise importieren die Länder der 3. Welt Waffen im Wert für 10 Milliarden Dollar von Industriestaaten. Der größte Teil davon entfällt auf schwere Waffensysteme wie Panzer, Raketen, Kampfschiffe, Bomber etc., die für den Kampf zwischen regulären Armeen gebaut sind. Schätzungsweise entfallen 1-2 Milliarden US-Dollar auf polizeiliche Technologien, wenn man paramilitärische Ausrüstungen und solche für nachrichtendienstliche Tätigkeit miteinschließt. Zu den Repressionstechnologien zählen polizeiliche und paramilitärische Kommunikationssysteme, Geräte für Observationen und Abhören von Telefonen, EDV-Systeme für polizeiliche Informationen und Fingerabdrücke, Geräte zur Verabreichung von Elektroschocks, gepanzerte Sicherheitsfahrzeuge, Handschellen und Daumenschrauben, chemische Einsatzmittel für die Aufruhrbekämpfung, Schlagstöcke und Wasserwerfer.

Sie alle dienen repressiven Systemen und werden von Diktaturen, die sich nur mit Gewalt an der Macht halten, als technische Universalmittel angesehen, um damit auf ihre Art drängende politische Probleme zu lösen. Außerdem bieten die Industriestaaten den Ländern der 3. Welt Ausbildungs- und Beratungsprogramme sowie auch Geheimdienstöffiziere, Berater und Ausbilder an, die bestimmte ideologische und taktische Haltungen anempfehlen und aufbauen können

In Äthiopien z.B. dienen bundesdeutsche Experten der Polizei, indem sie für die Modernisierung des Kommunikationsnetzes, für den Aufbau einer Offiziersschule, sowie für die Ausrüstung von 26 Kompanien mit Stahlhelmen und anderem militärischem Gerät sorgen.

Die Bundesregierung hat die offizielle Militär- und Polizeihilfe für die Länder der 3. Welt 1978 praktisch verdoppelt. 1976 wurden ca. 24 Mio. DM bereitgestellt, 1978 waren es 48 Mio. DM. 1979 bis 1981 will die Bundesregierung rund 30 Entwicklungsländern Ausrüstungshilfe im Wert von 150 Mio. DM zukommen lassen.

(Die Informationen sind der Zeitschrift CILIP Nr. 0-6 entnommen.)

El Salvador TAZ, 25.6.1980

Ein Dorf ausgerottet

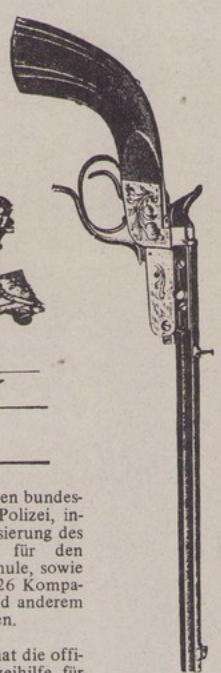
3.600 Tote an einem Tag

Tegucicalpa/Managua, 24.6. (afp). Mindestens 600 Salvadorianer sind bei dem Versuch, nach Honduras zu fliehen, von Mitgliedern der Armee, der Nationalgarde und der rechten paramilitärischen Organisation „Orden" umgebracht worden. Dies wurde in einem am Montag in Honduras veröffentlichten Dokument, das unter anderem vom Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz des Landes, Monsignore Jose Carranza unterzeichnet ist, mitgeteilt. Zwei salvadorianische Flüchtlinge berichteten ihrerseits gegenüber der Presse in Managua, daß kürzlich in dem Dorf Cara Sucia an der Grenze zu Guatemala mindestens 3.000 Salvadorianer getötet worden seien.

Heckler & Koch

Waffenlieferant für die BRD – lieferte kürzlich 5.500 Maschinenpistolen vom Typ MP 5 SD an Malaysia. Zur formalen Umgehung der Waffenausfuhrbestimmungen der Bundesregierung wird in Thailand das Heckler & Koch automatische Gewehr HK 43 und entsprechende Munition sowie das Heckler & Koch automatische Gewehr G 3 produziert. Mit dem G 3 war auch die Guardia National von Nicaragua bewaffnet. Es gibt Vermutungen, daß das HK 43 1975 aus Thailand nach Chile geliefert worden ist.

Um Probleme mit der Einschränkung von Waffenausfuhren der Bundesregierung zu vermeiden, läßt sich der Rüstungskonzern MBB beim Verhökern der Panzerabwehrwaffe ARMBRUST an Malaysia durch eine Brüsseler Firma vertreten (MBB = Messerschmidt-Bölkow-Blohm GmbH)



Deutsche Polizei in Urwald und Wüste

Kommissare als Ausbilder und Berater in zahlreichen Ländern

DÜSSELDORF, 20. September (dpa). Deutsche Kommissare bilden in Afrika und Asien Polizisten aus oder beraten arabische Potentaten; die Männer der Antiterroreinheit GSG 9 werden sogar so oft von ausländischen Staaten für derartige Aufgaben angefordert, daß die Truppe in Personalnot geraten kann. Bezahlt wird diese Art „Entwicklungshilfe" für mehr als dreißig Länder vom Auswärtigen Amt aus einem Sonderfonds. Er läuft im Etat als „Ausrüstungshilfe für afrikanische und asiatische Länder". Das Gesamtvolumen beträgt für die Jahre 1978 bis 1981 gut 147 Millionen Mark./

Frankfurter Allgemeine Zeitung
21. 9.1979

Nicht mit uns ...!

Totalverweigerung

OFFENER BRIEF

An das KREISWEHRERSATZAMT KIEL
Küterstraße, 2300 Kiel 1

Kiel

Meine Herren!

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihre Aufforderung zur Musterung, zu der ich am 1.10. um 8.45 Uhr geladen bin, aus persönlichen und politischen Gewissensgründen nicht nachkommen werde, denn als ernsthafter, konsequenter Kriegsdienstverweigerer kann ich mich an keinerlei Handlungen beteiligen, die geeignet sind, kriegerische Auseinandersetzungen vorzubereiten oder die Zahl der Verweigerer zu begrenzen.

Dazu folgende Punkte:

– Als Kriegsdienstverweigerer kann ich nicht zulassen, nach meiner Verwendungsfähigkeit eingestuft zu werden und mich zu eben diesem Zweck verwalten zu lassen. Ich glaube nämlich, daß sich in dem Bestreben, auch Kriegsdienstverweigerer zu mustern, zu verwalten und zu überwachen, schon der Plan ihrer kriegerischen Verwendung offenbart.

– Da mein Entschluß, den Kriegsdienst zu verweigern, völlig unabhängig von meiner körperlichen Tauglichkeit oder Untauglichkeit ist, sehe ich in der Musterung für Kriegsdienstverweigerer für mich keinen Sinn. Ich muß mir aber gleichzeitig die Frage stellen, wozu Ihnen diese trotzdem so wichtig ist?

– Meiner Meinung nach verstößt diese sinnlose Musterung gegen den obersten Grundsatz des Grundgesetzes, welcher besagt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Ich empfinde es als äußerst entwürdigend und erniedrigend, mich mustern und klassifizieren zu lassen, damit man mich wie ein Werkzeug verwenden kann.

Es wird Ihnen in diesem Zusammenhang sicher auch einleuchten, daß es mir unmöglich ist, einen Wehrpaß anzunehmen und damit meine Verwendung zu begünstigen. Es heißt, wie Sie sicherlich wissen, im Wehrpaß unter Nr. 6: "Der Inhaber des Wehrpasses unterliegt der Wehrüberwachung."

Ferner möchte ich Ihnen heute schon mitteilen, daß ich ebenfalls nicht gedenke, mich einem Prüfungsverfahren zu unterziehen, daß ich aus folgenden Gründen für eine äußerst verwerfliche Einrichtung halte:

– Ein Mensch oder eine menschliche Gesellschaft ist weder berechtigt noch in der Lage, das Gewissen eines anderen Menschen zu prüfen. Noch dazu als Basis für eine Entscheidung darüber, ob er zum organisierten Töten erzogen werden soll oder nicht.

– Das Prüfungsverfahren kann kein Gewissen prüfen! Eine Tatsache, zu der sich eine Reihe führender Politiker sogar öffentlich bekannt haben. Die Frage, wozu dieses Verfahren dennoch beibehalten wird, läßt sich nur damit beantworten, daß es als Ventil zur beliebigen Regulierung der Zahl der Kriegsdienstverweigerer benutzt wird. Eine Einrichtung, die kein ernsthafter Kriegsdienstverweigerer gutheißen kann. Ein Umstand, der mich zur Ablehnung der Gewissensprüfung zwingt.

– Ein Mensch, der es ablehnt, sich zum organisierten Morden ausbilden zu lassen, muß sich vor Gericht verantworten und läuft dabei noch Gefahr, abgelehnt zu werden, was seinem Leben einen irreparablen Schaden zufügen kann, während sich umgekehrt derjenige, der sich zum organisierten Morden bereiterklärt, in keiner Weise verantworten muß. Dieser Zustand ist pervers!

– Das Prüfungsverfahren erkennt nur eine bestimmte Art von Gewissengründen an. Der Verweigerer darf sich lediglich auf seine persönliche Gewissensnot berufen, in die er durch eine Tötung kommen würde. Durchaus berechtigte politische Gründe werden nicht akzeptiert, obwohl sie mit der pazifistischen Sache, um die es letztendlich geht, meist untrennbar verbunden sind. Dadurch erhält die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer den Charakter eines Sonderrechts. Eine Art großzügigen "Naturschutzgesetzes für seelisch bedrohte Sonderlinge".

Ich selbst könnte mir zum Beispiel Fälle vorstellen, in denen ich als letztes Mittel auch zu vernichtender Gewalt greifen könnte. Ich kann zwar nicht mit Bestimmtheit sagen, wie ich reagieren würde, aber ich kalkuliere eine Tötung durchaus ein. Zwar würde ich durch diese Tat natürlich in schwere Gewissensnöte kommen, aber ich bin auch nur ein Mensch und die Tatsache, daß ich als ein solcher wie viele vor mir reagieren könnte, muß ich hinnehmen. Es macht für mich nun aber einen riesigen Unterschied aus, ob ich in einer persönlichen Notwehrsituation in diese fürchterliche Lage geraten sollte oder ob ich mich zielstrebig zum organisierten Morden ausbilden lasse und bereithalte, um einem Staat oder einer Clique zur Verfügung zu stehen. Es ist mir völlig unmöglich, irgendeinem System einen Blankocheque über meine Mithilfe bei kriegerischen Aktionen auszustellen, und sei es auch "nur", daß man mich im zivilen Bevölkerungsschutz einplant. Ich bin ein ganz normaler Mensch mit allen Schwächen und Gefahren, die die menschliche Natur in sich birgt. Auch bin ich öfters aggressiv und manchmal wohl auch ungerecht. Ein normaler Kriegsdienstverweigerer ist kein Heiliger, sondern ein Mensch, der den organisierten Massenwahnsinn ablehnt. Kein Befehl und kein Gesetz kann mich von meiner Eigenverantwortung befreien.

Deshalb beantrage ich an dieser Stelle meine uneingeschränkte Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

– Schon viel zu viele Kriegsdienstverweigerer sitzen wegen ihrer konsequenten Haltung oder auch, weil sie im Prüfungsverfahren nicht anerkannt wurden, als politische Gefangene in bundesrepublikanischen Gefängnissen. Ihnen gehört meine Solidarität. Auch diejenigen, die durch ihre Nichtanerkennung in den Selbstmord getrieben wurden, verlangen von mir den Boykott dieses perversen Verfahrens.

Wie Sie sich wohl nun schon denken können, bin ich ebenfalls nicht bereit, den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Zum Beispiel als billige Arbeitskraft im sozialen Bereich, dem das Geld durch die Hochrüstung fehlt. Einen Friedensdienst kann der zivile Ersatzdienst ohnehin nicht darstellen, da dieser zwangsläufig unter anderem Ihrer Institution entgegenarbeiten müßte.

In der Hoffnung, daß ich meine Beweggründe verständlich dargestellt habe, bekanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Sollten Sie durch mein Verhalten in Schwierigkeiten kommen, so ist dies nicht gegen Sie persönlich gerichtet, sondern unumgänglich.

So verbleibe ich mit
freundlichen Grüßen

Jörg Dickmann

Hast Du es gesehen?
Das Meer von Helmen und Schilden.
Sie sagen, wir leben in einem freien Land.

Hast Du es gesehen?
Das Aufgebot der Gewalt.
Sie sagen, sie wollen keine Gewalt.

Ein amerikanischer Präsident spricht von dem Einmarsch in die Ölländer zur Sicherung unserer vitalen Interessen.

Hast Du sie gesehen?
Die Fackeln neben den grauen Uniformen.
Sie sagen, sie schützen die Demokratie.

Hast Du sie gesehen?
Die Feldjäger, die einen Mann zusammenschlagen.
Er hatte gerufen: "Wann fällt das 1:0 ?!"

Stell Dir mal vor, die machen ernst!
Die machen wieder einen Krieg.
Du hast sie doch gesehen, die Panzer, die Soldaten, die Raketen.
Du hast doch gewußt, daß wir in der NATO sind.
Stell Dir mal vor, die machen wirklich ernst!

Sie sagen, sie wollen uns schützen.
Dabei wollen sie sich nur selber schützen.
Und bauen den teuersten Flugzeugträger der Welt.

Sie verhängen ein totales Demonstrationsverbot über eine ganze Stadt, weil die Bundeswehr sich nicht verstecken darf.
Sie fahren 10.000 Polizisten auf, weil sie den Frieden wollen?
Stell Dir mal vor, die machen ernst!

Sie schleudern uns giftiges Wasser mit ihren Wasserwerfern entgegen, denn Argumente haben sie nicht. Wir bleiben da. Und dann fordern sie Gummigeschosse und neue Waffen.
Sie wollen ihn vielleicht nicht – aber sie tun alles dafür, daß wir nichts mehr dagegen haben, gegen ihren Krieg.

F. J. Strauß bei der Rekruten-Vereidigung in München

Stell Dir mal vor, die machen ernst!

Aber dann stell Dir vor, wir machen ernst!
Denn wir leben für unsere Vorstellungen.

auf dem Paradeplatz der Hitlerarmee, dem Königsplatz.

Zwischenzeitlich ist Jörg von der Polizei abgeholt worden und wegen fehlender Zusammenarbeit mit den Musterungsbehörden "nach augenschein tauglich" zwangsgemustert worden. Mit einem Bußgeld waren die Behörden auch schnell bei der Hand. Für den ins Haus stehenden Prozeß sind zweckdienliche Spenden willkommen:
Commerzbank Kiel-Gaarden,
Kto.-Nr. 7759 434/01.

Nähere Informationen gibt's bei:
Jörg Dickmann, Schulstr. 24
2300 Kiel 14.

Vor kurzem erging in Hamburg ein Urteil wegen freiwilligen Abbruch des Zivildienstes. Detlef Döring wurde dabei von der häßlichen Justiz mit 6 Monaten Knast OHNE Bewährung verurteilt. Dagegen hat er Berufung eingelegt und erwartet jetzt 'ne neue Verhandlung. Wer mehr darüber wissen möchte und in der Berufungsverhandlung ein Lehrstück preußischer Justiz miterleben möchte, wende sich an:
Detlef Döring, Illerweg 19
2000 Hamburg 65, Tel. 640 47 18 (abends).

Das Spendenkonto zur Deckung der Prozeßkosten soll auch nicht verheimlicht werden: Postscheckkonto Nr. 858 17-202, Karl-Heinz Seng. (Vermerk: Prozeß Detelf).

Infos über Totalverweigerung gibt es nach wie vor bei der Gruppe "Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Militarismus", Kalle Seng, Mansteinstr. 47 III, HH 20, Tel.: 49 82 92.

Pax, Kalle

BUCH HANDLUNG WELT

Marktstraße 12
2 HH 6 (Karolinenviertel)
43 78 48
Mo.-Fr. 12 - 19 H
Sa. 11 bis 2

unsere Geschenkempfehlung:

Mike A. Hentz
Performance Dokumentation
Din A3, 120 S.,
Autorendruck DM 25,–

Hannes Hatje
St. Pauli Girl präsentiert PSEUDO
128 S., Prosa/Poesie, 126 Bilder
Loose Blätter Presse DM 16,–

Dennis Timm
Das Kreuz des Südens
ist auch ein Kreuz
Prosa, 65 S.
Huba Production DM 14,80

Amok Koma
Anthologie für die 80er
Din A4, 200 S.
Expanded Media Edition DM 28,–

Christoph Derschau
Die guten Wolken
Haikus + Polaroids
Verlag Klaus Renner DM 24,–

Fachbuchhandlung für Minipressen, Selbstverlage, Autorendrucke. Über 50 Lit.Zeitschriften, Aktuelles zur Ökologie, Spiribücher, Kunst, Amerikanischer Underground (über 250 Titel, engl. und deutsch)

Stell dir vor, sie gäben einen Krieg – und keiner käme !

Wir sind ehemalige Bundeswehrsoldaten, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen während des Wehrdienstes und der politischen Entwicklung in der letzten Zeit zusammengefunden haben:

- Die Bundeswehr verschickt neue Alarmreservebescheide
- Forderung nach Frauenwehrpflicht
- Massenhafte öffentliche Vereidigungen
- Wiedereinführung von Orden
- Ständige Erhöhung des Wehretats
- Verstärkte Werbung der Bundeswehr unter Jugendlichen
- Nachrüstungsbeschluß der Nato
- "Es gibt keine prinzipiellen Einwände gegen ein militärisches Eingreifen der Bundesrepublik am persischen Golf" (Alfred Dregger, MdB).

Die Bundeswehr, die am 12.11.80 ihr 25jähriges Jubiläum feiert, soll laut GG 26/1 eine reine Verteidigungsarmee sein. – Wir wollen aber nicht "unsere" Ölquellen am persischen Golf verteidigen. Wir wollen überhaupt keinen Krieg. Wir wollen weder für die Nato noch für den Warschauer Pakt töten oder sterben! Deshalb werden wir anläßlich des Bundeswehrgeburtstages, wie viele andere Menschen im gesamten Bundesgebiet auch, KdV-Anträge stellen!

Thomas Arp / Helmut Günther / Karsten Keuch / Thomas Koch / Jürgen Krümmel / Bernd Liesenfeld / Kay Pegler / Jörn Schulz / Horst Stig / Klaus Vietzen / Harald . . . / . . . usw.

Gewaltfreier Widerstand gegen Truppenübungsplätze und sonstige Militäranlagen –

Zu diesem Thema plant die Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion Arbeitstreffen und Seminare.

Die Darstellung und Analyse des Widerstandes im Larzac/Frankreich kann dabei Anregungen für deutsche Initiativen liefern. Da im Gegensatz zum Larzac über die vergangene und gegenwärtige Widerstandsaktivität gegen Truppenübungsplätze und sonstige Militäranlagen in der Bundesrepublik nur wenige und bruchstückhafte Informationen vorliegen, suchen wir dringend –

Materialien (Dokumentationen, Untersuchungen, Adressen von Initiativen und einzelnen Beteiligten, Flugblätter, Plakate) über Protest- und Widerstandsaktionen – Aktive, die ihre eigenen Erfahrungen aus solchen Initiativen weitervermitteln bzw. austauschen wollen und an der Vorbereitung / Durchführung derartiger Veranstaltungen interessiert sind.

Ziel der Auswertung und des Austausches französischer und deutscher Erfahrungen sind neue Impulse für Strategie und Formen von Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit für den Widerstand gegen Militäranlagen. Zunächst möchten wir mit bereits auf diesem Gebiet Engagierten Erfahrungen zusammentragen und gemeinsam effektivere Kampfformen entwickeln, um die Ergebnisse in konzentrierter Form in den weiteren Widerstand einfließen zu lassen. Ein weiterer Schritt wäre die Einführung von Interessenten, die bislang auf diesem Gebiet noch nicht engagiert waren.

Kontakt: Wolfgang Hertle,
Großer Schippsee 28, 21 HH 90,
Tel.: 040 / 77 79 57

P.S.: Das Larzac Wochende findet vom 20.-22. Februar 81 im Landkreis Lüchow-Dannenberg statt.

Sicherlich habt ihr von der Greenpeace Aktion kürzlich in Nordenhamm gehört, wobei es um die Verhinderung einer weiteren Verklappung durch Chemie-Scheiße in die Nordsee ging. In Hamburg gibt's nun auch eine

Greenpeace-Gruppe:
Carl-Cohnstr. 89, 2 HH 60,
Tel.: 27 67 10.

Nationale Koordination:
Jöllenbeckerstr. 1,
48 Bielefeld 1.

HAMBURG, SEPTEMBER '80

Ein Mann wird verhaftet.
Er saß in einem ihm nicht gehörenden Auto. Im Auto sollen sich verschiedene auffällige Gegenstände befunden haben wie Pässe, Papiere, Perücken und eine Waffe.
Der Mann kommt in Untersuchungshaft. Er schweigt.
Doch der Computerstaat arbeitet gewissenhaft.
Der Mann heißt Hartmut Behrens, zuletzt wohnhaft in Berlin West, seine Telefonnummer befand sich in einem Notizbuch in einer konspirativen Wohnung. Also ein Sympathisant.
Von der Winterreise wurde er nicht verschont.

SCHNITT

Univiertel, im Juni '80
In einer von sogenannten fortschrittlichen Leuten bewohnten WG ist ein Zimmer frei. Das übliche Spiel.
Eine Suchanzeige in den Szeneblättern, ein Zettel ans schwarze Brett der Uni Und prompt die 1oooo Wohnungssuchenden strömen herbei.
Auch Gerd meldet sich.
Die WG-Vollversammlung entscheidet, daß er nett ist.
Also, Gerd zieht ein.
Ab und an sehen sie sich beim Frühstück, es wird gekocht, der Abwasch klappt.
Sie reden, diskutieren über dies und das:
"Da bin ich aber anderer Meinung." "Naja, da hast du auch wieder recht."
"Aber wie verhindern wir die AKWs. Praktischer Widerstand oder die Grünen." "Ich glaube, das müssen wir differenzieren." usw.
Die Geschichte nimmt ihren Lauf!
"Gerd ist jetzt schon drei Wochen nicht da." "Wollte er nicht in Urlaub?"
"Ich weiß nicht, hast du nicht 'ne Adresse von ihm?"
Es wird praktisch gehandelt.
Ein Teil der WG schaut sich Gerds Koffer an. Und siehe da!
Ausweispapiere, Ausweisstanzgeräte und diverses mehr.
Ein Terrorist? . . . äh, ich mein militanter Kämpfer.

SCHNITT

Was machen wir jetzt?
Ein Teil der WG handelt, nicht denken, die Angst und die Karriere im Nacken,
wenn DIE das bei uns finden, wenn SIE die Wohnung stürmen . . .?
Kein Gedanke, etwa einen Anwalt zu rufen, Freunde zu fragen.
Nein, 110 die Polizei muß her.
Das Verhör
Die Polizei nimmt ihnen die Geschichte ab, aufatmen, DANK?
Wie sind sie denn an DEN gekommen.
Alles wird genau erzählt, wie er kam, war, was er sagte, wen er kannte, wie das Vorstellungsgespräch war.
ALLES, aber auch restlos ALLES wird erzählt.
Ohne Druck, Drohung oder sonstwas.
ANGST und NAIVITÄT? Eine schreckliche Mischung.
Dies ist kein Märchen.
Gerd ist Hartmut und Hartmut sitzt.

SCHNITT

Seine Adresse: Holstenglacis 3-6, 2000 Hamburg 36.
Schreibt ihm und uns.
ehl.

(Ich schreib schon mal: SCHEISSE / SCHEISSE / SCHEISSE / SCHEISSE) u.

VLB-TREFFEN

Ich soll also einen Artikel über das Berliner Treffen des Verbandes linker Buchhändler (VLB) verfassen. Am besten was satirisches in der Art von: alles Schaumschlägerei und Sahneprinzen mit alternativen Profitgeierallüren, diese Bücherfreaks. Und da wäre ja auch was dran. Fraglos.

Indes, ich kann die Kolleginnen und Kollegen nicht zu sehr verärgern, sonst verkaufen sie am Ende unsere Bücher nicht mehr, und wir gehen pleite. Vielleicht sollte ich lieber eine Satire über mich selbst schreiben, den revolutionären Verleger mit Umsatzsorgen, der beim Humpen Bier unter Postern von Marx und Bakunin auf dem Kanapee sitzt, Arbeiterlieder hört und eine Satire über alternative Bücherfürsten zu schreiben versucht.

Das Dilemma liegt also offen zutage. Es ist das hinlänglich bekannte Dilemma der linken Bourgeoisie und jener, die strampeln, um dazuzustoßen – aber eben auch jener, die strampeln, um nicht da reinzukommen, und gleichzeitig dennoch linke Betriebsführer bleiben wollen. Alles Quatsch und Humug.

Andererseits würden halt viele wichtige Bücher nicht erscheinen oder vertrieben werden können, wenn es keine linken Verlage und Buchläden gäbe. Deshalb denke ich trotz allem, daß es richtig ist, damit weiterzumachen. Nur sollte man sich keinen Illusionen hingeben oder da was rumheucheln, sondern lieber zusehen, daß man außerhalb dieses Jobs aktiv ist und seine revolutionäre Identität nicht durch sein alternatives Geschäft – das in dieser Gesellschaft eben doch immer nur ein (kapitalistisches) Geschäft bleibt – zu definieren versucht. Und da gibt es auch für Verleger und Buchhändler viel zu tun. Z.B. kann man wie die Genossinen und Genossen von Cafe + Buch Stadtteilarbeit machen und den Laden zu einer Art Kommunikationszentrum werden lassen. Oder man kann sich in einer revolutionären Gruppe organisieren und Agitation und Propaganda betreiben. Und dann – das sei hier mal ganz klar gesagt – sind mir die Genossinnen und Genossen vom Roten-Morgen-Buchladen immer noch lieber als jene Fredis, die nichts anderes tun, als sich in der Kneipe über deren Beknacktheit lustig zu machen. Und das gilt übrigens nicht nur für linke Buchhändler und Verleger. Welcher linke Anfach als betroffener Genosse zu einer Demo? Kaum einer außer denen vom KBW, wo das seit eh und je eine Selbstverständlichkeit ist. Und das dünkt mich, gut und nicht schlecht zu sein, denn gerade diejenigen, die das Glück haben, von einer Arbeit leben zu können, in der sie sich relativ gut verwirklichen können und die direkt oder indirekt auch noch von den Genossen bezahlt wird, sollten sich, wenn sie schon Linke sein wollen, nicht zu gut für die alltägliche revolutionäre Kleinarbeit im Dienste der arbeitenden Massen sein. Deswegen ist die Sache mit der Fischmehlfabrik in vielen Fällen auch gar nicht so abwegig – aber darauf werden wir nach der Revolution zurückkommen.

Nun aber zum Berliner Treffen. Leider wurde dort über die vorgenannten Fragen nicht diskutiert. Vielmehr wurde vornehmlich über Rabattierungs-Probleme gesprochen. Aber da habe ich nicht zugehört, weil ich nicht weiß, was Staffelrabatte, Barsortiment und dgl. Fachausdrücke mehr für eine tiefere Bedeutung haben. Insofern bin ich noch kein ganz richtiger Geschäftsführer. Aber in einem Jahr bin ich sicher voll auf dem laufenden und werde fachmännisch vorschlagen,

HÄNGOVER – CHAOS

Die Vorgänge um die öffentliche Vereidigung von 1200 Rekruten am 11.11.80 im Niedersachsenstadion in Hannover ziehen noch immer ihre Kreise.

Es war eine äußerst schwere Geburt, für die Demonstration am 11.11. eine Aktionseinheit zustande zu bringen, da an derselben vom KBW, BWK, SAG, KB, Frauen-, Jugend- und sonstigen Zentren bis zu den Falken alles vertreten war, was Rang und Namen in der linken Bewegung hat. Die große Streitfrage war, ob die Demonstration nur bis zur Marktkirche in die Innenstadt oder ob sie bis an das Stadion führen sollte. Diese Frage wurde wie folgt beantwortet: die Demo geht bis zur Marktkirche, wird dort offiziell aufgelöst, und was dann weiter passiert, bleibt offen. Ebenso wurde der gemeinsame Beschluß gefaßt, sich als Aktionseinheit von keiner Aktion, egal welcher Art, zu distanzieren.

So verlief dann die Demo, die gegen 17.30 Uhr startete, bis zur Marktkirche auch relativ friedlich. Dort wurde als krönender Abschluß noch eine Puppe, die als Schmidt identifizierbar war, verbrannt. Danach erfolgte an die umstehende Bevölkerung die Ausgabe von mehreren Zentnern Schweineschwänzen, -innereien, -knochen und -pfötchen, frei nach dem Motto, die Schweine von heute sind die Schinken von morgen, Fleisch für alle.

Bewaffnet mit diesem Reiseproviant machten sich circa 800 Leute auf den Weg zum Stadion. Dort angelangt stellten sich uns die Bekannten gut uniformierten Kreise entgegen. Hier stellt sich nun heraus, daß man Schweinefleisch unter anderem auch zum Werfen mißbrauchen konnte. Nachdem aber immer klarer wurde, daß ein Durchkommen zum Stadiontor unmöglich war, wurde der Rückzug eingeleitet.

In dieser Phase hatten wir es ausschließlich der Polizeiführung bzw. Nicht-Führung zu verdanken, daß wir nicht von zwei Seiten in die Zange genommen wurden. Außerdem wurden die Mannschaftswagen, die von hinten kamen, von einigen beherzten Demonstranten mit Steinen und auseinandergenommenen Straßensperren beworfen, so daß sie in wilder Panik weiterfuhren und einige sogar beinahe in die Leine (Fluß in Hannover).

Nun begann der lange Marsch zurück in die Innenstadt, auf dem uns Wasserwerfer und Bullen folgten. Als sehr günstig erwies sich dabei die Taktik, mitten auf der Straße zwischen den Autos im Abendverkehr lang zu laufen.

Einige Demonstranten machten dann mitten zwischen den Autos einen einzelnen Streifenwagen aus. Auf die Frage eines Demonstranten: "Na, habt ihr Angst", wußte der eine Bulle nichts besseres zu tun als seine Knarre zu ziehen und auf die vor dem Wagen stehenden Demonstranten zu zielen. Diese Handlung erregte die Gemüter der anwesenden Demonstranten so sehr, daß sie den Streifenwagen kurzerhand, nachdem die Insassen hatten flüchten können, auf den Rücken drehten. Dabei wurden auch chemische Keule, Mützen, Funke und anderer Kleinkram erbeutet.

Hiernach begann das eigentliche Spektakel. Die ganze Innenstadt widerhallte von jubilierenden Glockentönen, hervorgerufen durch einstürzende Fensterscheiben. Der Pöbel schlägt zurück gegen den Moloch Betonstadt, welch ein Gefühl. Es wurden die Auslagen der Geschäfte geplündert, und man konnte beobachten, daß auch zufällig vorbeikommende Passanten reichlich zulangten.

Zu dieser Zeit war kein Uniformierter in der Innenstadt zu sehen, nur hordenweise Zivis, die sich aber nicht trauten einzugreifen.

Der zweite Teil der Geschichte spielt sich dann am selben Abend in den beiden Zentren Raschplatz-Pavillon und UJZ Kornstraße ab.

In der Kornstraße lief am Abend eine Veranstaltung zu den Züricher Unruhen, zu der ungefähr 200 Leute erschienen waren. Dort rief auch der Pavillon an und berichtete, daß die Bullen den Pavillon umstellt hätten und eine Hausdurchsuchung begonnen hätten. Im Pavillon fanden die Bullen aber nichts relevantes und zogen so weiter zur Kornstraße, umstellten hier mit einigen Hundertschaften die angrenzenden Häuserblocks und versuchten dann, ohne Durchsuchungsbefehl in das Haus einzudringen. Dies mißlang anfangs, da wir das Tor verbarrikadiert hatten. Die Bullen brachen dann in den im Haus befindlichen Kinderladen und in das Büro einer Baufirma ein und kamen so von allen Seiten unter Einsatz von chemical mace doch herein. Die Verbarrikadierung hatte aber immerhin bewirkt, daß mittlerweile 5 Rechtsanwälte da waren. Die Stimmung zu diesem Zeitpunkt war nicht die schlechteste, zum einen wegen der gelungenen Demo und zum anderen durch Sekt, Gesang und Tanz hervorgerufen.

Die Bullen starteten nun im ganzen, unter Mißachtung aller Rechtsgrundlagen, drei Hausdurchsuchungen hintereinander, wobei zum Teil weder Anwälte noch Vereinsvorstand anwesend sein durften. Im Zuge dieser Durchsuchungen wurden mehrere Sachen geklaut (Quittung hat keiner erhalten). Auch in den nächsten Tagen konnten die Bullen nicht klären, ob diese Gegenstände nun shore sind oder nicht, und mittlerweile werden sie einfach nicht mehr erwähnt. Der Hammer war dann aber eine Plastiktüte, die auf dem Dachboden gefunden wurde. Als die Tüte gefunden wurde, befanden sich darin zwei Nummernschilder wie Zeugen beobachten konnten, die Tüte wurde nach draußen zu einem Bullenwagen gebracht, jedoch nach einer halben Stunde wieder hereingetragen, und nun befanden sich aufeinmal noch Zündschnüre und Zünder und das "Kochbuch" darin.

Bild am nächsten Tag:

Terrorpläne im Jugendzentrum... Ernst Albrecht meinte, man sollte dem UJZ die Förderung streichen, wenn der wüßte, daß sie schon seit einem Jahr gestrichen ist . . . .

Wir kommen immer durch
die Spaßguerilla

mao

ps: Als Anekdote sei noch erwähnt, daß der Einsatzleiter Kunze, ein charakterlich unfester Mensch, sowohl den Überfall auf die Kornstraße als auch den Autounfall, den er tags zuvor verschuldet hatte, mit den Worten quittierte: Heute hat das Recht keine Gültigkeit.

ps: Heute, am 25.11. ist der Polizeipräsident zurückgetreten (Möcklinghoff, der Innenminister, steht noch aus, gf)

144 Seiten, DM 16
ISBN 3-88653-010-8

In dieser Anthologie erörtern Wissenschaftler, Schriftsteller und Journalisten aus dem In- und Ausland die durch Aufrüstung, Kriegsdrohungen und -vorbereitung gekennzeichnete internationale Lage. Ihre Antworten auf die im Buchtitel gestellte Frage fällt notwendigerweise sehr unterschiedlich aus, da die Verfasser/innen von verschiedenen Grundpositionen aus argumentieren (marxistischen, pazifistischen, sozialdemokratischen, ökologischen ...).
Gemeinsam ist den Verfassern freilich das Bemühen, einen Beitrag gegen den Krieg und für den Frieden zu leisten.

Yilmaz Güney
Die Herde

112 Seiten, 16 Farbfotos, DM 18
ISBN 3-88653-030-2

Der in Berlin und Locarno 1979 ausgezeichnete Film „Sürü" (Die Herde) gilt als ein wichtiger Beitrag des Drehbuchautors Yilmaz Güney und des Regisseurs Zeki Ökten zur heutigen politischen Situation in der Türkei. Der Film läuft noch in den Kinos der Bundesrepublik und wurde bereits im ZDF gezeigt.
Außerdem zeugt dieses Buch auch von den literarischen Fähigkeiten Yilmaz Güneys, der zur Zeit eine 19jährige Haftstrafe absitzt und der dieses Drehbuch im Gefängnis von Istanbul schrieb.

Nazım Hikmet
Menschenlandschaften
Viertes Buch

104 Seiten, DM 15
ISBN 3-88653-024-8

Der vierte Band des fünfteiligen Werkes handelt vom Verhältnis der Bauern Anatoliens zu den Agas, von der Zersetzung der Bürokratie durch die Honoratioren, von der Hilflosigkeit des Volkes, zeigt entsetzliche Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, von den Schlachten der Deutschen gegen die Rote Armee und von der Niederlage des Faschismus vor Moskau...

Svende Merian
Der Tod des
Märchenprinzen

350 Seiten, DM 28
ISBN 3-88653-027-2

Das sagt die Autorin über ihr Buch: *Mein Buch ist ein Frauenroman oder die Geschichte einer unglücklichen Liebe, ein erotischer Roman, ein unerotischer Roman, ein politischer Roman, ein unpolitischer Roman, ein Roman mit Gedichten zwischendrin, eine Autobiographie ... eben ein Roman.*

buntbuch-verlag · lindenallee 4
2000 hamburg 19

Am 12.11.80 mußte der auch als AKW bekannte radioaktive Schrotthaufen in der Nähe von Brunsbüttel erneut stillgelegt werden, da aus den Rohren eines Sicherheitsbehälters "einige" Liter Wasser ausgetreten waren. Am 17.11. konnte Brunsbüttel wieder in Betrieb gehen.

Abschaltungen kurz nach der Wiederinbetriebnahme scheinen in Brunsbüttel zur Traditionspflege zu gehören, bereits am 28.8. hatte sich der Reaktor wenige Tage nach der Wiederinbetriebnahme abgeschaltet, nachdem er zuvor über zwei Jahre wegen Reparaturarbeiten stillgelegen hatte. Traditionspflege ist es wohl auch, wenn die HEW immer noch nicht dazu bereit ist, eine Abschaltung als endgültig anzusehen.

Die Prozeßgruppe der BUU hat in einem Papier die technischen Hintergründe der Brunsbütteler Abschalttradition beschrieben, aus dem wir einige Auszüge veröffentlichen.

... Da eine Kontrolle – die ihren Namen verdient – über den Bau und Betrieb von AKWs staatlicherseits nicht stattfindet, sehen wir uns als Teil der Anti-AKW-Bewegung in der widersprüchlichen Situation, eine immanente, technische Kritik an der Art und Weise des Baus und Betriebs von AKWs zu leisten, obwohl unsere eigentliche Kritik grundsätzlich ist, obwohl wir prinzipiell gegen jeglichen Betrieb von Atomanlagen sind.

Wir warnen auch davor, die Wirksamkeit einer Kritik auf der technischen Ebene zu überschätzen: der Betrieb von Atomanlagen kann nur durch eine – im umfassenden Sinne – politische Kritik, nur durch konkreten Widerstand verhindert werden. Wenn wir hier Schweinereien öffentlich machen, dann um diesen konkreten Widerstand ein wenig zu unterstützen, die Einsicht zu stärken und zu verbreiten, daß konkreter Widerstand gegen die Zerstörung unserer Umwelt, unseres Lebens nottut! . . .

... In Zusammenhang mit der Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel sind uns eine Reihe von Informationen zugänglich geworden, von denen wir die folgenden für besonders bemerkenswert halten:

I Brennelement-Schäden

– Die Schädigung von zahlreichen Brennstäben – mehr als zweieinhalb Mal so viele wie vorausberechnet – erfolgte hauptsächlich während eines einzigen Anfahrens des Reaktors. **Das automatische Schutzsystem**, das die Ursachen solcher Schäden verhindern soll, **hat** offensichtlich **nicht funktioniert**: entweder ist es **völlig unzureichend** oder es hat **zuvor einen Eingriff** in dies System gegeben.

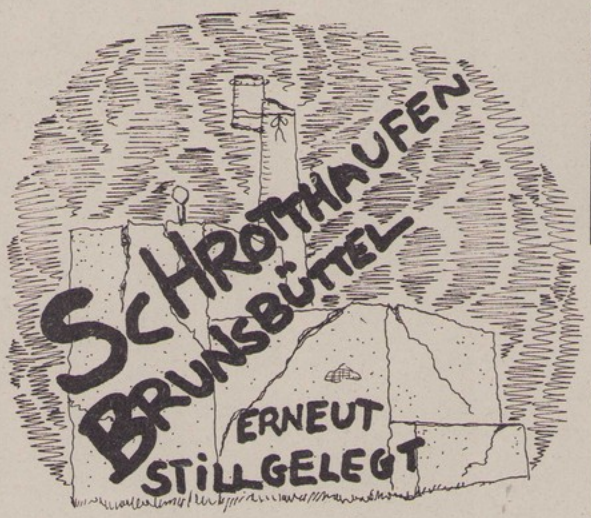
– Die Schädigung der Brennstäbe wurde spätestens ein halbes Jahr nach dem erwähnten Vorfall am Ansteigen des Gehalts von radioaktiven Spaltprodukten im Reaktorwasser sichtbar. Dieser **eindeutige Hinweis auf defekte Brennstäbe wurde** von Betreibern (HEW, NWK) und Aufsichtsbehörden (Schleswig-holsteinisches Sozialministerium, TÜV Norddeutschland) **ignoriert**: der Reaktor wurde nicht abgeschaltet, es wurde nicht versucht, die defekten Brennstäbe zu finden und durch intakte zu ersetzen. Als Folge des Weiterbetriebs mit defekten Brennstäben kam es zu den hohen radioaktiven Emissionen aus dem AKW, die über denen aller anderen westdeutschen AKWs lagen. Das heißt, **Betreiber und Aufsichtsbehörden haben wissentlich die Schädigung vieler Menschen in Kauf genommen.**

– Es sind während des Stillstandes 1978 - 1980 nur jene 61 Brennstäbe ausgewechselt worden, bei denen Spaltprodukte durch Risse oder Löcher nach außen gelangen konnten. Es wurde nicht versucht, auch solche Brennstäbe zu finden und auszuwechseln, die zwar beschädigt waren, deren Schäden aber **noch** nicht so stark waren, daß Spaltprodukte den Brennstab verlassen konnten. Damit wird in Kauf genommen, daß solche **Schäden sich nach der Wiederinbetriebnahme vergrößern und erneut radioaktive Spaltprodukte freigesetzt werden.**

– Von Seiten der Genehmigungsbehörden sind den Betreibern **keine Auflagen** erteilt worden **für den Fall erneuter Brennstabschäden**: damit läßt das Sozialministerium auch für die Zukunft den Betrieb des AKW Brunsbüttel mit starken Brennstabschäden zu.

II Veraltete Brennelemente

Die Brennelemente im Brunsbütteler Reaktor bestehen aus 7x7 Brennstäben, während später in Betrieb genommene bzw. in Bau befindliche Siedewasserreaktoren Brennelemente mit 8x8 bzw. 9x9 Brennstäben haben (sollen). Der Vorteil ist die geringere Belastung des einzelnen Brennstabs und damit ein besserer Schutz gegen Beschädigungen der Brennstabhüllen.



III Blockierung der Kühlung eines einzelnen Brennelements

Im bisherigen Betrieb haben sich mindestens zweimal losgelöste Teile im Brunsbütteler Reaktor befunden (derartige Vorfälle hat es auch in anderen AKWs gegeben). Daraufhin ist von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) genauer untersucht worden, welche Auswirkungen es hätte, wenn ein derartiges Teil den Kühlwasserfluß durch ein Brennelement blockierte. Trotz des Ergebnisses, daß **bei vollständiger Kühlwasserblockade alle Brennstabhüllen und 60% des Brennstoffs im blockierten Brennelement schmelzen werden**, sind keine Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden.

IV Änderung der Jod-Grenzwerte

Die neuen Jod-Grenzwerte stellen nicht nur eine effektive Erhöhung dar. Zusätzlich erlaubt der Wegfall der Bezeichnung "erhöhte Kurzzeitabgaben" die Benutzung einer anderen Berechnungsvorschrift für die radioaktive Belastung der Umgebung. Resultat: **dieselbe** Menge an abgegebenem radioaktivem Jod führt nach den neuen Grenzwerten **rechnerisch** zu einer **zehnmal kleineren Belastung der Umwelt** als nach den alten Grenzwerten. Mit diesem Taschenspielertrick wollen die Genehmigungsbehörden das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg vom 2.7.79 unterlaufen.

V Risse an Speisewasserleitungen

Obwohl an Speisewasserleitungen **Risse** entdeckt worden sind, deren **Ursache bisher nicht herausgefunden** werden konnte, ist der seit Mitte 1978 beschlossene Austausch dieser Leitungen erst für 1982 vorgesehen. Auch der seit 1975 beschlossene Splitterschutz für die Drucktanks des Schnellabschaltsystems soll erst 1981 eingebaut werden. Grund für den Aufschub: die Betreiber haben die notwendigen Teile so spät bestellt, daß die Lieferfirmen sie nicht früher liefern können. Trotzdem lassen die Aufsichtsbehörden den Weiterbetrieb zu. . .

... In der Vergangenheit ist hauptsächlich auf die Gefahren für die Menschen außerhalb des AKW durch dessen Betrieb hingewiesen worden. Gerade der Betrieb des Brunsbütteler Reaktors macht aber deutlich, wie sehr auch die Menschen innerhalb des AKW gefährdet, ja schon geschädigt worden sind:

– Der Betrieb mit mangelhafter Neutronenflußinstrumentierung bedeutet eine mangelhafte Kontrolle über den Reaktor, brachte direkte und indirekte Gefahren mit sich. Er hat zumindest indirekt zu den starken Brennelementschäden geführt.

– Der Weiterbetrieb trotz offensichtlicher Brennelementschäden hat dazu geführt, daß aus den defekten Brennelementen immer mehr radioaktive Spaltprodukte freigesetzt worden sind, die Schäden immer größer wurden.

Dadurch sind die Strahlenbelastungen bei der Reparatur der Brennelemente wesentlich höher gewesen, als es bei einer sofortigen Reparatur (etwa Anfang 1978) der Fall gewesen wäre. (Die **durchschnittliche** Strahlenbelastung bei der Reparatur wird zu 20 bis 30 Millirem pro Mann und Schicht – also binnen 8 Stunden – angegeben, bei einigen Personen erhöhte sich die Strahlenbelastung bei bestimmten Arbeitsvorgängen auf bis zu 60 Millirem in 2 Stunden. Die Reparatur erstreckte sich etwa über fünf Wochen, es wurde in zwei, vorübergehend sogar in drei Schichten gearbeitet.)

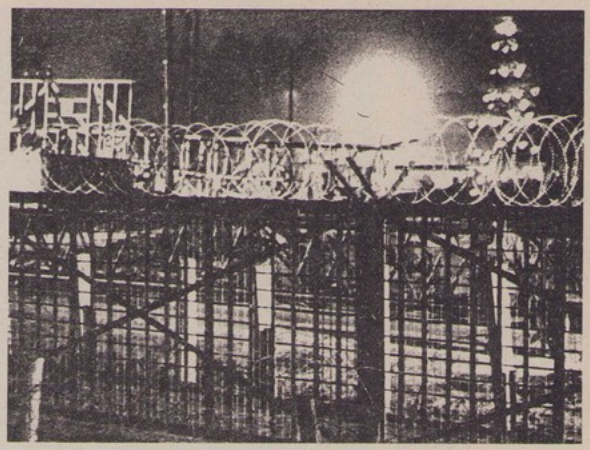
Aber auch die Auswirkungen anderer Unzulänglichkeiten und die verantwortungslose Betriebsweise des Reaktors schädigen zunächst meistens die Menschen im AKW, bevor die Menschen

bevor die Menschen in der Umgebung darunter zu leiden haben.

Der bisherige Betrieb wie auch die Maßnahmen (genauer: die unterlassenen Maßnahmen) während des Stillstandes zeigen die Menschenverachtung von Betreibern und Aufsichtsbehörden, die Krankheit und Tod vieler Menschen wissentlich in Kauf nehmen. Der Weiterbetrieb des AKW Brunsbüttel ist das, was schon der bisherige Betrieb war: ein Verbrechen! . . .

(Das ganze Papier "Informationen zur Wiederinbetriebnahme von Brunsbüttel wird im nächsten Anti-AKW-Telegramm veröffentlicht.

Adresse:
Anti-AKW-Telegramm
c/o AK Politische Ökologie
Postfach 202, Hamburg 6
Tel. 439 86 31



(Hoch lebe unsere 0-Nummer):
BROKDORF VI UND BRUNSBÜTTEL XXI VORBEREITEN!

Urteilsverkündung im Prozeß gegen Brunsbüttel:
17.12. 9.00 Uhr
OVG Lüneburg

Mopo 22.11.80

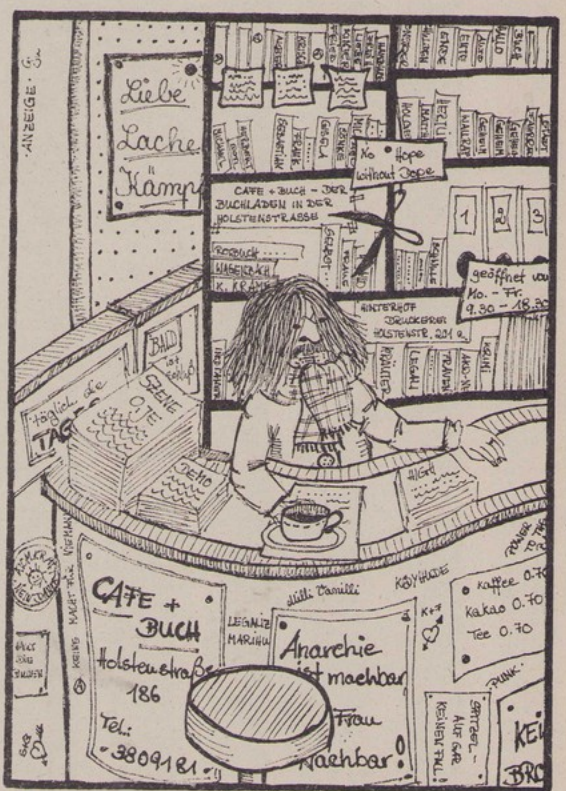
AKW Brunsbüttel: Entscheid offen

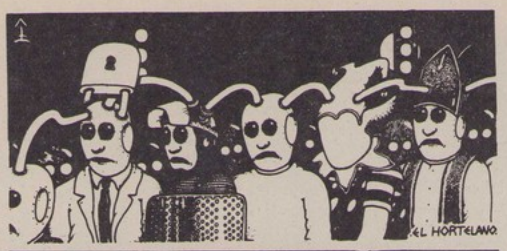
wh Lüneburg – Eine Entscheidung über den Weiterbetrieb oder die erneute Stillegung des Atomkraftwerkes Brunsbüttel hat das Verwaltungsgericht Lüneburg gestern noch nicht getroffen.

In der Verhandlung ging es vor allem darum, ob die nach einem Störfall am Atommeiler vorgenommenen Reparaturen „wesentliche Veränderungen" der genehmigten Anlage darstellen. Sollte dies vom Gericht bestätigt werden, müßte das Kraftwerk wieder abgeschaltet und ein Genehmigungsverfahren nachgeholt werden.

Eine derartige Entscheidung wäre auch für alle anderen Atomreaktoren im Bundesgebiet von Bedeutung.

Vor dem Gericht wurden auch die Ursachen für die Beschädigung von Brennelementen diskutiert. Die Parteien vertraten unterschiedliche Auffassungen, ob darin die Gründe für die 120 Schnellabschaltungen des Reaktors liegen.





IRGENDWANN WERDEN WIR LEBEN!

Sie ging den Weg, den sie schon seit neun Jahren täglich ging. Sie fuhr mit der U-Bahn in die Richtung, die sie seit neun Jahren fuhr.
Sie war auf dem Weg zur Schule.

Doch heute fiel ihr besonders auf, daß die Leute die Mordgeschichten in der Zeitung viel interessanter fanden und es ihnen scheißegal war, was für Menschen ihnen gegenüber und neben ihnen saßen. Gerade heute hatte sie keine Lust, zur Schule zu gehen: seit neun Jahren mußte sie da immer das lernen, was sie nicht interessierte! Sie dachte eine ganze Weile darüber nach, bis jemand laut rief: "Die Fahrkarten bitte!" Schreck – sie hatte vergessen, eine neue Marke für ihre Monatskarte zu kaufen! Der Kontrolleur kam auf sie zu und sagte nochmal laut: "Bitte die Fahrkarten!" Sie tat, als ob sie ihre Karte suchte, während die anderen Leute in der Reihe ihre schon vorzeigten. Da drehte sich der Kontrolleur zur gegenüberliegenden Reihe um. (Ha!)

Und neben ihr saß ein junger Typ, der gab ihr seinen Fahrausweis und grinste. Als der Kontrolleur sich zurückdrehte und fragte, ob sie ihre Karte jetzt gefunden hätte, zeigte sie ihm freudestrahlend eine vor und dachte sich dabei, daß sie ja gar kein schlechtes Gewissen zu haben brauchte, weil diese Fahrkarte schließlich auch aus dem Automaten stammte! Dann haute der Kontrolleur endlich ab, und sie kam mit dem jungen Typen ins Gespräch.

Er fragte: *"Wie heißt du denn?"*
"Sabine. Und du?"
"Thomas."

Dann war es eine Weile still, und plötzlich lachten sie beide, und Thomas erzählte Sabine, daß er die ganze Zeit überlegt hätte, daß sie wohl Sabine heißen würde. *"Und warum hast du gelacht?" "Weil ich dachte, du heißt sicher Thomas!"*

Später sagte Thomas: *"Ich hab' überhaupt keinen Bock heute auf Arbeit." "Mensch, das trifft sich gut – ich hab auch keinen Bock zur Schule. Laß uns doch irgendwas unternehmen!" "Klar"*, meinte er, *"ich weiß ein unheimlich tolles Cafe, da können wir erstmal ordentlich frühstücken. Aber kriegst du keinen Ärger zu Hause, wenn du nicht zur Schule gehst?" "Doch, schon . . . ich werde wohl Taschengeldentzug kriegen oder zwei Wochen Ausgangssperre oder drei Wochen Fernsehverbot, oder ich müßte in den Ferien zu meiner Tante fahren und dürfte nicht mit nach Spanien. Och – das gäbe noch 'ne ganze Reihe Sachen, was sie mir auftragen können – am liebsten alles zusammen! Sie meckern immer täglich 'rum, daß die moderne Erziehung viel zu frei wär', aber so empfind' ich sie jedenfalls nicht! Und wenn ich meine Eltern dann frage, warum man neun Jahre zur Schule gehen und eine Ausbildung machen und 37 Jahre lang arbeiten muß, um eine einigermaßen kleine Rente zu kriegen, und warum man so zu alt gemacht wird, als daß man noch irgendwas lustiges machen kann . . . – ob das das Leben wär', sag' ich, und dann wissen sie keine Antwort."*

"Mensch, das find' ich aber toll, daß du dir über solche Sachen Gedanken machst! Ich glaube, wir haben uns verdammt viel zu erzählen, denn bei mir zuhause läuft es genauso ab."

In diesem Augenblick wurde laut durchgerufen: *"Endstation, bitte alle aussteigen."* Und beide sind mindestens zehn Stationen zu weit gefahren!

Also fuhren sie zurück und gingen frühstücken im Cafe und redeten den ganzen Vormittag, tranken Kaffee und machten allerhand lustiges zusammen. Für sie und für ihn war es ein sehr erfolgreicher, schöner Tag, und beide hatten überhaupt nicht mehr so große Angst vor dem Anschiß der Eltern.

In der darauffolgenden Zeit trafen sie sich immer häufiger, und sie fanden es toll, zusammen zu sein und miteinander zu sprechen. Jeder konnte dem anderen sehr lange zuhören. Das gab ihnen das Gefühl, verstanden zu werden, was sie lange hatten suchen müssen, bis sie es fanden. Sowas gab es bei den Eltern nicht, bei den Lehrern nicht – schon gar nicht bei den Verwandten, Geschwistern und so weiter . . . – wie gesagt, sie mußten sehr lange suchen, bis sie dies Gefühl wiedergefunden hatten.

Eines Tages – sie hatten sich für Donnerstag verabredet – kam Sabine nicht. Er rief bei ihr an, er wählte so oft ihre Nummer, er guckte immer wieder, ob er sich auch nicht verwählte – doch es kam nur jedes Mal derselbe Spruch: *"Kein Anschluß unter dieser Nummer!. . ."*

Das hörte sich in seinen Ohren so an, als wenn jemand sagen würde: *"Die schöne Zeit ist vorbei, mein Junge, das Leben ist hart – wußtest du das noch nicht?"*

Er ging nach Hause und wußte zum ersten Mal seit Wochen nicht mehr, was er mit sich anfangen sollte. Zum ersten Mal kam es ihm unheimlich stark zu Bewußtsein, wie er auf eines Menschen Vertrauen und Verständnis und Zuneigung angewiesen ist.

Von ihr kam kein Lebenszeichen mehr – kein Brief, kein Anruf – jeden Tag wurde das Warten unerträglicher, und er fragte sich manches Mal, für was das Leben da ist, wenn es keine Menschlichkeit gibt.

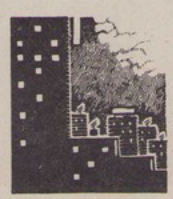
Nach einem Vierteljahr und einem Tag und 99 Minuten 9 Stunden kam endlich ein Brief.

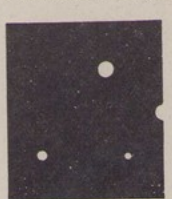
"Hallo Thomas!
Man hat mich in ein staatliches Internat gesteckt, wo ich nur zweimal in der Woche rausdarf – wo mir jeder Brief, den ich bekomm', geöffnet wird, natürlich ohne das Wissen der Behörde, nachweisen kann man ihnen das nicht!

Meine Eltern haben mich da reingesteckt, weil ich in Deutsch eine 5 habe und in Englisch eine 4 und weil ich zehn Tage unentschuldigt nicht in der Schule war. Ich habe versucht, ihnen zu erklären, daß die zehn Tage nicht so wichtig sind, wie es wichtig ist, einen menschlichen Freund gefunden zu haben, und daß die schlechten Noten nichts mit unseren heimlichen Treffen zu tun haben, sondern damit, daß wir eine neue Deutschlehrerin und Englischlehrerin gekriegt haben, mit der ich nicht klarkomm' (– es ist eine alte Pute!, aber das hab' ich meinen Eltern natürlich nicht erzählt. . .) und daß sie den Stoff, den wir jeden Tag reingehämmert kriegen, auf eine ganz andere, blöde Weise reinhämmert – auch meine Mitschüler sagen das. Aber sowas verstehen meine Eltern ja nicht (– in ihrer Jugend ging es ihnen doch soooo schlecht!). Ich konnte Dir so lange keine Nachricht schreiben, weil die Aufnahmezeit knapp drei Monate dauert, wo du keinen brieflichen Kontakt mit jemandem aufnehmen oder gar telefonieren oder Besuch kriegen darfst. Da ist ein Extrahaus, wo nur 'Aufnahmejugendliche' sind, so daß du nichtmal heimlich einen Brief abschicken kannst. Das Internat meint damit zu erreichen, daß wir es so besser überwinden, von zuhause fort zu sein – wo ich natürlich ganz anderer Meinung bin, aber das akzeptieren sie hier nicht.

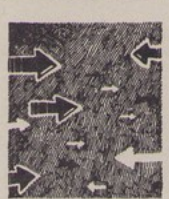
Ich find's verdammt Scheiße, und außerdem liegt das Internat auch noch im Schwarzwald – soweit von Hamburg entfernt, daß ich Dich nichtmal an den zwei Tagen, wo ich Ausgang habe, besuchen kann! Und abgeschlossene Fenster haben wir auch! Ich komm' mir vor wie im Knast und als ob ich dafür bestraft worden bin, daß ich Verständnis, Zuneigung, Vertrauen, sozusagen Menschlichkeit gesucht habe, und als ob ich jetzt dafür hinter Gittern sitze, daß ich's gefunden hab. Ich glaube, ich kann die Leute im Knast jetzt viel besser verstehen – warum sie einbrechen, warum sie morden und solche Sachen machen. Nämlich bestimmt haben sie auch Menschlichkeit gesucht, oder sie haben gemerkt, daß Menschlichkeit von unserer Gesellschaft mißbraucht worden ist, die die doch unter allen Umständen unterdrücken will! Sie fördert nur noch den Konkurrenzkampf und schützt die wahren Diebe und Mörder, die uns alles kaputtmachen mit ihrem Geld und ihrer Macht. Darüber habe ich besonders viel nachgedacht in der Zeit, wo wir uns nicht gesehen haben, und es ist mir erst da so richtig klargeworden. Ich empfinde alles wie eine verfluchte Schweinerei, und ich hoffe, daß ich so schnell wie möglich aus diesem Kabuff wieder rauskomm'. Ich hoffe, Dir geht's gut – und mach Dir nicht so viele Sorgen! Schreibe mir so schnell es geht, aber denke daran, daß die Briefe geöffnet werden. . . Tschüß, Deine Sabine
P.S. Ich garantiere Dir, wir werden uns sehr bald wiedersehen!"

verdammt nochmal
ich bin unheimlich traurig
ich hab' eine wahnsinnige wut
wenn ich dastehe
und das gefühl hab'
total ohnmächtig zu sein
und zusehen muß
wie das
was für mich leben heißt
rücksichtslos
und mit brutaler gewalt
zerstört wird
wie für die interessen
einiger weniger
alle
ihren kopf hinhalten müssen
und dazu
noch einen draufgeknüppelt kriegen
auf "legalem" weg
tyrannisiert werden





wie viele
nicht verstehen können
nicht verstehen wollen
was geschieht
wie viele
nicht verstehen
vielleicht weil
sie angst haben
zu verstehen
und ich weiß
ich werde
den wenigen
meinen ersten schlag versetzen
verdammt nochmal
weil mir irgendwann
der kopf abfällt
wenn ich immer
meine linke wange
auch noch hinhalte



Und beide sind mindestens zehn Stationen zu weit gefahren!

Also fuhren sie zurück und gingen frühstücken im Cafe und redeten den ganzen Vormittag, tranken Kaffee und machten allerhand lusti-

Fortsetzung nächste Nummer

heinrich heine buchhandlung

Unsere Zeitschriften

grosse freiheit, Die Grünen, Geschichte und Gesellschaft, Horlekin, Hermannstraße, Hefte für Demokratie und Sozialismus, ID, Journal für Geschichte, IMSF-Berichte, IPW Berichte, Kritik, Konkret, Kursbuch, Konkursbuch, KJ, Kürbiskern, Kühltürme, Kämpfende Jugend, Linkskurve, Links, Litfass, Lateinamerika Nachrichten, L'80, Lyrikzeitung, Medium, Mehrwert, Marxistische Blätter, Nachtcafe, Nachbarschaft, Neue Deutsche Literatur, Nachrichten, Neues Forum, Norddeutschte Beiträge, Peripherie, Pflasterstrand, Psychologie heute, Päd extra, Prokla, Sinn und Form, Schokolade, Sozialistische Gewerkschaftspolitik, SPW, Sozialist, Sozialistische Tribüne, Spuren, Tat, Titanic, Tumult, Tendenzen, Mundo obrero, Theater heute, die TAZ, Transatlantik, Umweltmagazin, Wechselwirkung, WS Mitteilungen, Wiener Tagebuch, Weimarer Beiträge 'Z', u.a.

grindelallee 26, 2000 hamburg 13, 040/44 97 78

Klamotten
Leela
Trenchs
Hemden
Kleider
Blusen
Westen
Pumphosen
Wir...
Ihr?
Schanzenviertel
Vereinsstr. 61
Mo-Fr. 1330-18 Sa 11-14h
Naturwolle 100g 4.50

Die Maus hat rote Strümpfe an, damit sie besser lesen kann.

NAUTILUS Buchhandlung

Bahrenfelder Str. 68
2000 Hamburg 50
Tel. 040/395176

Support your local ↗

Suche dringend eine Schreibmaschine - möglichst billig. Nachricht bitte bei der gf hinterlassen (390 28 75) Wolle

KLEINANZEIGEN

Die Instandbesetzer, die wirklich eine Wohnung suchen, treffen sich jeden Dienstag in Cafe & Buch (Holstenstr. 186) von 17.00 - 18.30 Uhr, um weiteres zu planen.

Es passiert so viel wichtiges in Hamburg, daß die Leute nicht mal mehr Zeit haben, Kleinanzeigen zu schreiben. . .

Kennt Ihr schon den?!?: "Sechs Leute suchen immer noch 'ne Wohnung (Haus)! Für jeden ein Zi. (6-8) wollen sie dadrin auch haben! Und das alles in Hbg. u. Umg.. Naiv oder?? Sven, Tel. 527 88 43".

Wer tauscht? (Zum Anf. 81). Wir wollen wieder nach Altona/Eimsbüttel (in'ne 4-Zi-Whg). Haben das gleiche in der Koppel. Anrufe bewegen Umzugswagen: Tel. 39 71 56, Hartwig.

Auf die Dauer hilft nur Pauer. . .

Und hier noch eine kleine Richtigstellung: Die Autonomie ist keine Parteiaufbauorganisation!

Wenn das Kreiswehrersatzamt am Holstenbahnhof steht, ist Cocktailparty angesagt.
Was? Molotowcocktails? oder was?
Nee, nee. Sekt oder Selters.

ulli, petra, andi, tommi, ruth und nase grüßen bernie in der ferne! Ⓐ

Verdichtung, Vernetzung für einen Kinder-Befreiungs-Stadtteil
Päderastenfreundliche Menschen, kämpferische Jugendliche und Pedofile, keine Sozialarbeiter, keine Konsumlinken, die in der Nähe der Indianerkommune eine eigene Ausreißer-Sperrmüllkommune oder eine antipsychiatrie-Gruppe o.ä. aufmachen wollen, sollen schnell in Nürnberg anrufen oder nach Nürnberg kommen, weil wir hier eine sehr große, sehr geeignete Wohnung für 200 bis 250 Mark vermitteln können. Aber schnell, sonst iisst sie weg. Treff auch für Einzelpersonen, die andere für solch ein Projekt suchen und endlich unsere Befreiung praktizieren wollen: 5.-7. Dez. bei: Indianerkommune, Mittlere Kanalstr. 34 (?), 85 Nürnberg, Tel. 0911/26 67 86.

Jetzt geht's klein weiter – aus der Versenkung sind noch mehr Anzeigen aufgetaucht:

Welche klavierspielende Frau hat Lust, mit mir (w., spiele Trompete) Musik zu machen? Dörte, Tel. 491 95 62

Pelzmantel, Fohlen, lockig, schwarz, wadenlang, Gr. 42/44, Mann/Frau, sehr gut in Schuß. 150,- DM, Rehn, Tel. 279 78 84

Orgel zu verkaufen, 1manualig, Vox-Continental, 700,- DM, 45 61 09.

Eva (1 3/4), Gela 25, Jörg 24 suchen ab sofort WG mit Kindern. Tel. 04102/31828

Schwarzmarkt Schwarzmarkt – S

An alle treuen und untreuen Schwarzmarkt Freund/innen:

1. Am 4.9. mußten die Herren vom FDZ wieder eine ergebnislose Hausdurchsuchung bei uns über sich ergehen lassen.
2. Zwecks gestiegener Anzeigenpreise in der großen freiheit können wir uns eine selbige in dieser Nummer nicht leisten. Bezahlt doch mal bitte eure Schulden bei uns, die nach der Methode "Kleinvieh" schwindelerregende Summen erreicht haben. Dann können wir auch wieder unsere Schulden (z.B. an diese große freiheit) begleichen.
3. Denkt auch an unsre Mitfahrerzentrale, die einzige nicht-kommerzielle, die auch ab und zu mal funktioniert! Wenn sie aber mal funktioniert, d.h. wenn die Vermittlung klappt, würden wir uns auch riesig freuen, wenn bei Gelegenheit mal 'ne Spende von ca. 3 Mark eingeht; auch Naturalien sind sehr willkommen, z.B. Obst, Schokolade, Rauchwaren u.ä. Wir 'arbeiten' hier nämlich alle umsonst!
4. Noch immer ist die Lage hoffnungslos, aber nicht ernst.
5. Chaotische Grüße und cannabistische Küsse von euerm aufgefrischten Ladenkollektiv.

Und dann gibt's bei uns noch:
– Humanes Wohnen e.V.: WG-Vermittlung, WG-Archiv
– Infozentrum: Alternativadressen, Veranstaltungen, Flugblätter, Dokus
– Buchladen: Alternatives, U-Comix; Drogen, Buch- + Platten-Antiquariat!

Und suchen tun wir:
1 Verstärker, 1 Plattenspieler, 1-2 Boxen am besten umsonst, damit die Musikqualität im Schwarzmarkt endlich besser wird.
Schwarzmarkt, Bundesstr. 9
HH 13, Tel. 410 42 28
Mo - Sa 12 - 18 Uhr

IMPRESSUM

grosse freiheit –
zeitung für Hamburg und Umgebung
Herausgeber/in: gf-Kollektiv
Nernstweg 32, 2 Hamburg 50,
Tel. 040 / 390 28 75.

Verantwortlich für Anzeigen und i.S.d.P.g.: Ulli Kaiser, Nernstweg 32 stellvertretend für das Kollektiv.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Bei Nachdruck bitte Belegexemplar an uns.

Eigendruck / Eigensatz

Anzeigenpreise auf Anfrage.
Geld an: PSchA Hmb.
Kto.-Nr. 432377-208, M. Jacob.

Erscheinungsweise: monatlich, möglichst am Anfang des Monats.
Handverkäufer und Wiederverkäufer bekommen 20% Rabatt.
Bürostunden: Mo + Do 17 - 22 Uhr.

Redaktionsschluß für Nr. 41 (Jan.): 18. Dezember
Legetermin für die Januar-Nr.: ???

Linker Frauenbuchladen in Nigeria sucht /braucht Literatur von allem (es muß unbedingt in englischer Sprache sein), was der Buch-Markt hergibt. Spendenfreudige (u. das nicht nur zur wein-ach-leid), Büchernarren werden/sind aufgefordert, gespendete Sachen an folgende Adresse zu schicken: Kalle Kreul, Kattenvennerstr. 110, 4544 Ladbergen.
P.S. wem "die klamotte" nicht genügend zusagt und mehr Informationen will (vor allem die 'lünken frauen'), kann sich mit dem Frauenbuchladen direkt in Verbindung setzen, die Adresse kriegt sie/er von mir.

Ich, Victoria aus Ghana, möchte weiter in der BRD leben können. Daher suche ich einen deutschen Mann, der mich heiratet, sonst werde ich Ende Dezember ausgewiesen. Falls das ein Anreiz sein kann: Ich biete 1.500 DM. Meine Adresse: Luruper Weg 7, 2 HH 19.

ABBORTNEMONG

Ich red so gern mit meinem/r Briefträger/in, deshalb möcht ich die "grosse freiheit" per Post, gleich nach Erscheinen, für 10 Ausgaben haben

Name .....

Adresse .....

Unterschrift .....

25,– DM ....
.... DM ....
habe ich auf das PSchKto. PSchA Hmb. Nr. 432377-208, M. Jacob, überwiesen.

.... Scheck liegt bei
.... Abovertängerung
.... Neuabo

Anstatt der Tärmine:

13.12.

Solidaritätsfete für den Erhalt des Schröderstifts
Mensa Schlüterstr., Eintritt frei, gute Musik 20.00

Ich würde sehr gerne in liebe WG ziehen. Am liebsten wäre mir eine Frauen-WG. Raum Altona, Ottensen, Karoviertel oder Eimsbüttel. Bin 22, Holländerin und werde Erzieherin. Mehr beim Tee! Anja, Tel. 390 11 59.

Wer hat Lust auf Landleben mit Stadtanschluß? Wir, Horst, Ursula, Klaus wohnen in einem Haus mit Garten in Tornesch (hinter Pinneberg, S-Bahnanschluß) und suchen noch zwei nette Leute, für die leben mehr ist, als nur Bürger zu sein. Tel. 04122 / 53 108

Yes – sofort her mit dem Haus für Nicko, Marianne, Helmut, Susanne, Nobby + Wolfgang, Renate, Johannes, Silvie und Tiere. Außer zum Wohnen brauchen wir noch diverse Nebengebäude und Garten. Geld spielt keine Rolle ! (2000,- höchstens!!!!) 30 km von hier. Tel. 435447 bis 30.12.80 – danach 39 36 11.

Suche gebrauchte Einarmnähmaschine. Ich will endlich wieder einen Rock tragen. Hannah, Tel. 39 78 96 oder nachm. 439 50 50.

Wir suchen 'ne WG mit Haus und Garten am Rand von Hamburg oder ein Haus oder Leute ab 25 Jahre, die auch sowas suchen. Birgit 200 59 61, Gunnar und Thomas 21 63 41.

Suche Wohngemeinschaft auf dem Land, die 1 Kind in Pflege nimmt. (Kontakt über große freiheit).

Ich suche zu Anfang '81 oder früher eine WG, in der wir nicht nur zusammen wohnen! Horst 48 88 71.

DRUCKEREI IN ST. PAULI

SIMON-VON-UTRECHT STR. 85A
2 HH 4 TEL. 040/310154

OFFSETDRUCK BIS DIN A2

Beim Regenbogen, Bachstr. 15, 8125 Huglfing, Tel. 08802/8282 gibt's folgendes:
Theaterreise: 2 1/2 Wochen durch Oberbayern im Zirkuswagen, Theater, Pantomime, Clowns.
Selbsterfahrungsgruppen: Encounter, Bio-Energetik, Massage, Tanz, Sensivity, Meditationsgruppen mit erfahrenen Therapeuten.
Kreativität: Kräuter, Theater, Spiel, Kosmetik.
Neubeginn-Gruppe: 27. - 1.1.81, 4-Tage-Gruppe mit großem Fest
Bücher: KDV-Broschüre "Wie verweigere ich den Kriegsdienst" DM 3 + Porto gegen Vorauszahlung; Bücher über Therapie – Bhagwan Shree Rajneesh. Buch das noch...

grosse freiheit
KLEINANZEIGEN

Kneipe in Altona zu verkaufen Tel. 3900420

Bitte mit Schreibmaschine ausfüllen & einschicken →

NERNSTWEG 32-34
2 HAMBURG 50
TEL. 040/390 2875

druckstock buchdruck siebdruck

offset

konFRONT druckerei

telefon: offset 3 90 32 77
buchdruck/siebdruck 39 54 35

* nernstweg 32, * 2000 hamburg 50 * 4. stock *

WEIHNACHTEN + NEUJAHR BRINGT ALLE AUS DEM HÄUSCHEN... DENKT AN EUREN MAGEN... RUFT HAL AN VOR WEGFLIEGEN!